



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Landrat Thomas Ebeling, Bürgermeister Martin Birner und Landräte-Präsident Landrat Christian Bernreiter (stehend v. l.) freuen sich über den Eintrag von Innenminister Joachim Herrmann ins Goldene Buch von Neunburg vorm Wald.

Jahrestagung des Bayerischen Landkreistags:

Im Zeichen der Bundestagswahl

Die bayerischen Landkreise haben sich bei ihrer zweitägigen Hauptversammlung in Neunburg vorm Wald für die Bundestagswahl positioniert. Als „Dauerbrenner“ formulierte der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, die Auswirkungen der Flüchtlingskrise, die Mehrbelastungen durch das Bundesteilhabegesetz und das Pflegestärkungsgesetz, aber auch Probleme bei der medizinischen Versorgung.

Wie Bernreiter betonte, stünden die Unterbringung von Asylbewerbern, die Wohnsitzzuweisung wie auch die Wohnraumschaffung für anerkannte Flüchtlinge in unmittelbarem Zusammenhang und müssten von der Bayerischen Staatsregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden gemeinsam gelöst werden.

Konkrete Forderungen

Der Bayerische Landkreistag fordert daher die Anpassung der Wohnsitzzuweisung, die Erleichterung und Flexibilisierung bei der Ausweisung geeigneter Grundstücke für den sozialen Wohnungsbau durch die Gemeinden sowie die Öffnung der 2. Säule des Wohnungspaktes für Wohnungsbau-Gesellschaften.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Vormerken!
 22. Juni 2017

**Power für Bayerns Kommunen:
 GZ lädt zum Energie-Forum**

Achtung geänderter Veranstaltungsort! Am 22. Juni 2017 ist es wieder soweit: Die Bayerische GemeindeZeitung lädt zum großen Info-Tag für Kommunen. In der Stadthalle Germering treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche. Weitere Informationen unter www.bayerisches-energieforum.de

5. Bayerisches WasserkraftForum in Straubing:

Juwel im Energiemix

Als Informationsveranstaltung und Dialogplattform in Bayern hat sich das jährlich stattfindende Bayerische WasserkraftForum der Bayerischen GemeindeZeitung etabliert. Rund 150 politische und kommunale Entscheidungsträger, Vertreter aus Wirtschaft, Verwaltung und Verbänden sowie Fach- und Führungskräfte aus Wasserkraftunternehmen nahmen am mittlerweile 5. Forum in Straubing teil. Als Medienpartner fungierte einmal mehr TV Bayern Live.

Insgesamt präsentierten über 20 Partner und Aussteller im Herzogschloss ihre Innovationen und Angebote. Darüber hinaus stand ein knappes Dutzend Fachvorträge auf der Agenda, unter anderem zu den Themen „Wasserkraft – mehr als nur Stromerzeugung“, „Wasserkraft im Kontext der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“, „Wasserkraft – Finanzierung mit der Deutschen Kreditbank im Bayerischen Sparkassenverbund“ und „Das Eckpunktprogramm in Bayern und dessen positive Wirkung für die Umwelt am Inn“. Hochkarätige Referenten erläuterten die Potenziale der Wasserkraft, deren Einsatz für das Gelingen der angestrebten Energiewende unverzichtbar ist.

Auf- und Abstiegshilfen für die Fische

Zudem konnten Tagungsteilnehmer einen individuellen Besuchstermin für das nahegelegene Kraftwerk am Höllenstein mit seiner weltweit einzigartigen Fischschleuse vereinbaren.

„Dafür, dass die avisierte Energiewende gelingt, müssen wir alle gemeinsam unseren Beitrag leisten. Die Wasserkraft als grund-

lastfähige und CO2-freie Energiequelle kann ein Teil der Lösung dieses Problems sein“, unterstrich GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel in ihrer Begrüßung, ehe die Bürgermeisterin der Stadt Straubing, Maria Stelzl, in ihrem Grußwort den Konzern Stadtwerke Straubing vorstellte.

Laut von Hassel kommt den Kommunen in der Energiepolitik „eine tragende und deshalb höchst verantwortungsvolle Rolle“ zu. Viele Städte und Gemeinden seien Anrainer von Wasserkraftanlagen oder betrieben eigene Wasserkraftwerke. Sie müssten mit vielfältigen Rahmenbedingungen zurechtkommen.

Erfreulicherweise sei die Akzeptanz für die Wasserkraft innerhalb der Bevölkerung außerordentlich hoch. Die Verlegerin wies darauf hin, „dass es oftmals sinnvoll wäre, bei Wasserkraftanlagen die Bürger – im wahrsten Sinne des Wortes – mit ins Boot zu nehmen.“

In Ausgabe Nr. 12/2017 der Bayerischen GemeindeZeitung, die am 29. Juni erscheint, wird eine Sonderdokumentation der Tagung veröffentlicht. Unter www.bayerisches-wasserkraftforum.de stehen die Vorträge bereits zum Download bereit. **DK**



Von links: Dr. Ulrich Maly, Vize-Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister aus Nürnberg; Innenminister Joachim Herrmann, Dr. Eva Lohse, Präsidentin des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeisterin aus Ludwigshafen am Rhein; Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages. Bild: Stadt Nürnberg/Silvia Wawarta

Passgenaue Politik im Visier

Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Nürnberg

„Heimat. Zukunft. Stadt.“: Unter diesem Motto hat die diesjährige Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Nürnberg den Wert der Städte für das gesellschaftliche Zusammenleben thematisiert. Mit rund 1.200 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet diskutierte der Kommunalverband, wie die Städte Aufgaben für die Zukunft annehmen.

Die wiedergewählte Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigshafen, plädierte zum Auftakt der Hauptversammlung dafür, die Investitionskraft der Städte zu stärken, langfristig zu sichern und mehr Investitionen in die kommunale Infrastruktur zu ermöglichen. Finanziell stehen die Kommunen insgesamt ebenso wie Bund und Länder aufgrund gestiegener Steuereinnahmen finanziell besser da als noch vor Jahren, allerdings gebe es weiter erhebliche Unterschiede zwischen Städten in strukturschwachen und in prosperierenden Regionen. Zudem seien Kommunen in einigen Ländern strukturell unterfinanziert, betonte die Städtetagschefin.

Mehr Spielraum für Investitionen

Lohse zufolge „schafft die erfreuliche Entwicklung der Steuereinnahmen mehr Spielraum, um in Städten zu investieren und Schulden abzubauen, für Entwarnung ist es aber zu früh. Der kommunale Investitions- und Sanierungsstau ist bei weitem noch nicht abgebaut, er beträgt etwa 126 Milliarden Euro. Auch wach-

sende Städte müssen vermehrt investieren in Wohnungsbau, in neue Schulen, in Betreuungsangebote für Kinder. Die jährlichen Investitionen der Kommunen von derzeit 24 Milliarden Euro reichen bei weitem nicht, um die kommunale Infrastruktur zu erhalten, zu erneuern oder auszubauen. Es ist inakzeptabel, wenn

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabina

„Sprache ist keine Heimat, man nimmt seine Sprache ja mit in ein anderes Land“, zitiert die Vorzimmerperle Nobelpreisträgerin Herta Müller und empfiehlt, sich künftig auch den Nachbarn im Osten und Südosten sprachlich zu nähern. Seite 19



Podiumsdiskussion während des WasserkraftForums (v. l.): Detlef Fischer, VBEW-Geschäftsführer; Johannes Schnell, Landesfischereiverband Bayern; Dr. Albrecht Schleich, Vorstand RMD AG; GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel; Ministerialrat Gregor Overhoff, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz und Prof. Dr. Frank Pöhler, Geschäftsführer BEW GmbH. Bild: Jessica Kassner

Sie lesen in dieser Ausgabe

Internationale Umbruchsituation erfordert bayerische Antwort ... 2	Seite
Zweckentfremdungsgesetz verschärft ... 2	2
60 Jahre Akademie für Politische Bildung Tutzing ... 3	3
GZ-Kolumne Gabriele Bauer: Individualverkehr und SPNV sinnvoll verzahnen ... 3	3
Faktensammlung für eine gelingende Integration ... 3	3
Erwachsenenbildung der Zukunft ... 3	3
GZ-Fachthemen: Kommunale Finanzthemen ... 5 - 8	5 - 8
Kommunale Energiethemen ... 9 - 17	9 - 17
Aus den bayerischen Kommunen ... 18 - 20	18 - 20

Staatsregierung beschließt strategische Zukunftsausrichtung bei der Präsenz Bayerns:

Internationale Umbruchsituation erfordert aktive bayerische Antwort

Wirtschaftsministerin Ilse Aigner: „Internationalisierung entscheidend für Zukunft des Investitions- und Wirtschaftsstandortes Bayern“

Das bayerische Kabinett hat die Weichen für eine strategische Zukunftsausrichtung bei der Präsenz Bayerns in der Welt gestellt. Die Neuausrichtung entspricht dem Selbstverständnis des Freistaates Bayern, seine zentralen Interessen als eigenständig sichtbarer Akteur nicht nur in Deutschland und der Europäischen Union, sondern international kraftvoll zu vertreten.

Europaministerin Dr. Beate Merk wies darauf hin, dass die Marke Bayern global einen hervorragenden Ruf genieße. Um diesen Erfolg für die Zukunft fortzuschreiben, will die Staatsregierung das internationale Engagement des Freistaats Bayern strategisch neu ausrichten und ausbauen. Die internationale Politik durchlaufe derzeit eine Phase tiefgreifender Veränderungen. Kriege und Bürgerkriege, daraus resultierende riesige Fluchtbewegungen, der Aufstieg neuer politischer und wirtschaftlicher Großmächte in Asien und die wachsende Bedeutung Afrikas stellen insbesondere die westliche Welt vor enorme Herausforderungen. Die gegenwärtige Umbruchsituation in der internationalen Politik erfordere eine aktive bayerische Antwort auf diesen Wandel.

Daher will die Staatsregierung die internationale Zusammenarbeit Bayerns vor dem Hintergrund der internationalen Herausforderungen massiv ausbauen.

Neue bayerische Repräsentanten

Als sichtbares Zeichen bayerischer internationaler Politik sollen außerdem neue politische Repräsentanten in Kiew / Ukraine und Tel Aviv / Israel entstehen. Ergänzend zu der weiterhin bestehenden Wirtschaftsrepräsentanz in Kiew soll eine politische Repräsentanz Bayerns unter Federführung der Staatskanzlei eröffnet werden. Als „im unmittelbaren bayerischen Interesse“ erachtet man eine Unterstützung der unmittelbar an der EU-Außengrenze liegenden Ukraine. Nur eine Stabilisierung dieses Landes werde den gefährlichsten Konflikt in Europa überwinden können. Bayern will das Potenzial der Zusammenarbeit beider Länder bei der Inneren Sicherheit, aber auch in den Bereichen Wirtschaft, Landwirtschaft, Wissenschaft und Gesundheit verstärkt nutzen und zudem administrative Hilfe leisten.

Mit Israel soll die bereits beste-

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günter Först
86859 Igling
am 18.6.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wolfgang Grob
86637 Zusamaltheim
am 28.6.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erwin Fraunhofer
82287 Jesenwang
am 23.6.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Robert Husterer
91809 Wellheim
am 21.6.

Bürgermeisterin
Martina Baumann
91233 Neunkirchen am Sand
am 24.6.

Bürgermeister Josef Bierschneider
83708 Kreuth
am 27.6.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

hende intensive Zusammenarbeit in Bereichen wie Wissenschaftskooperation, Schüleraustausch und Bürgerbegegnungen weiter ausgebaut werden. Hierzu soll ergänzend zur bestehenden Wirtschaftsrepräsentanz in Tel Aviv eine politische Repräsentanz Bayerns unter Federführung der Staatskanzlei mit einem eigenen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Ansprechpartner geschaffen werden. Die Staatsregierung will damit die besonderen Beziehungen Bayerns zu Israel noch sichtbarer machen und zugleich auf eine zukunftsfähige neue Qualitätsstufe heben.

Neue Dynamik im Osten

Die Staatsregierung wird auch

die Zusammenarbeit Bayerns mit seinen östlichen Nachbarn intensivieren und die aus der historischen Verbundenheit erwachsenen Chancen im mittel-, ost- und südosteuropäischen Raum konsequent wahrnehmen. Dabei strebt Bayern eine neue Dynamik und eine engere Abstimmung mit den östlichen EU-Staaten an. Gleichzeitig will Bayern die EU-Beitrittsstaaten auf dem Westbalkan weiterhin in ihrer wirtschaftlichen und administrativen Entwicklung unterstützen und als Partner bei der Lösung gesamt-europäischer Herausforderungen einbeziehen.

Zukunftsmärkte erschließen

Das erfolgreiche Netzwerk der bayerischen Wirtschafts-Repräsentanten soll gestärkt und weiter ausgebaut werden. Dazu sollen neue Wirtschafts-Repräsentanten des Freistaats Bayern in West-China, im Iran und in Südkorea eröffnet werden. Daneben

soll u.a. auch die Präsenz im arabischen Raum ausgebaut werden. Wirtschaftsministerin Ilse Aigner: „Ein zentrales Instrument unserer Außenwirtschaftsförderung sind unsere Auslandsrepräsentanten. Wir sind mit unseren 25 Vertretungen in 20 für Bayern und seine Wirtschaft besonders wichtigen Ländern schon gut aufgestellt. Wir müssen aber mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen in der Welt unser Repräsentanten-Netzwerk weiter stärken und unsere Präsenz in wichtigen Leit- und Wachstumsmärkten – etwa im asiatischen Raum – ausbauen, ohne die erfolgreichen Aktivitäten in den etablierten Märkten aufzugeben. Zukunftsmärkte sind oft auch schwierige Märkte und bergen Risiken. Wir wollen die bayerischen Unternehmen bei ihrer Markterschließung vor Ort politisch unterstützen – und zwar über politische Gespräche im Rahmen von Delegationsreisen, aber auch dauerhaft über eine langfristig angelegte und immer auf die Bedürfnisse der Wirtschaft fokussierte Präsenz der Auslandsvertretungen. Das unterscheidet Bayern von anderen Regionen und ist Bayerns Vorteil gegenüber globalen Wettbewerbern, aber auch gegenüber anderen Ländern in Deutschland.“



Die Landräte der Freien Wähler in Bayern trafen sich in Dillingen zur Arbeitstagung (im Bild von links): Klaus Peter Söllner (Kulmbach), Tanja Schweiger (Regensburg), Thomas Schiebel (Main-Spessart), Tamara Bischof (Kitzingen), Josef Niedermaier (Bad Tölz-Wolfratshausen), Leo Schrell (Dillingen a.d. Donau), Peter Dreier (Landshut), Anton Speer (Garmisch-Partenkirchen) und Armin Korder (Nürnberger Land).

Arbeitstagung der Landräte der Freien Wähler:

Ländlichen Raum aufwerten

Forderung nach stärkerem Engagement des Bundes beim Breitbandausbau

„Sowohl der Bund als auch der Freistaat Bayern muss der nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes ein noch stärkeres Augenmerk widmen und dabei insbesondere Themen wie den Breitbandausbau, die Digitalisierung und die wohnortnahe ärztliche Versorgung in den Fokus nehmen.“ Diese Forderung haben die Landräte der Freien Wähler in Bayern bei ihrer jüngsten Arbeitstagung in Dillingen a.d. Donau erhoben.

„Der ländliche Raum bleibt auf Dauer nur dann für junge Menschen und die Wirtschaft attraktiv, wenn es für diese zentralen Themen wirksame Konzepte gibt, die unsere Regionen im Vergleich zu Ballungszentren wettbewerbsfähig halten“, betonte die Landrätin des Landkreises Kitzingen, Tamara Bischof. Über den Bayerischen Landkreistag will Bischof gemeinsam mit ihren Präsidiumscollegen Leo Schrell (Dillingen), Josef Niedermaier (Bad Tölz-Wolfratshausen) und Armin Kroder (Nürnberger Land) vor allem das Thema Digitalisierung forcieren.

Die Bundesregierung hat in der Digitalen Agenda für Deutschland das Ziel einer flächendeckenden Verfügbarkeit breitbandiger Netze mit einer Geschwindigkeit von mindestens 50 Mbit/s bis zum Jahr 2018 definiert. „Dazu ist das derzeitige Breitbandförderprogramm des Bundes chronisch unterfinanziert“, sagte Landrat Josef Niedermaier. Nach seiner Auffassung ist der Bund gefordert, das Programm fortzuschreiben und finanziell so auszustatten, dass dem Ziel der Bundesregierung entsprechend, hochleistungsfähige und vor allem flächendeckende Breitbandnetze auf der Grund-

lage von Glasfaser entstehen. „Dies gilt auch für den Ausbau des Mobilfunknetzes“, ergänzte Niedermaier. Selbst an den zentralen Verkehrsachsen wie den Autobahnen komme es immer wieder zu Verbindungsabbrüchen. Einig waren sich die Landräte, dass die fortschreitende Digitalisierung auch in den kommunalen Verwaltungen umgesetzt werden müsse. „Dafür benötigen wir dringend Lösungen für unzählige Schriftformerfordernisse, die derzeit rechtliche Hürden beim Ausbau der digitalen Verwaltung darstellen“, betonte Niedermaier, der derzeit mit Klaus Geiger vom Bayerischen Landkreistag ein Positionspapier zu diesem Thema erarbeitet.

Geburtshilfe und ausreichend Hebammen

Tanja Schweiger, Landrätin des Landkreises Regensburg, betonte, dass die Aufrechterhaltung der Geburtshilfe an den Kliniken und ausreichend Hebammen Eckpfeiler einer qualifizierten wohnortnahen medizinischen Patientenversorgung seien. Landrat Schrell informierte darüber, dass im Landkreis Dillingen die Abteilung Gynäkologie und Geburtshilfe an der Klinik St. Elisabeth

Bund-Länder-Städtebauförderung:

46,7 Millionen Euro für Soziale Stadt

Für die fünf staatlichen Städtebauförderprogramme stehen in 2017 rund 740 Millionen Euro für Bayerns Kommunen zur Verfügung. Davon sind für das Förderprogramm „Soziale Stadt“ in diesem Jahr ca. 46,7 Millionen Euro vorgesehen. Mit diesem Programm werden die Städte und Gemeinden vor allem bei der Erhöhung der Lebensqualität in den jeweiligen Stadt- und Ortsteilen unterstützt. Zudem soll allen Bevölkerungsgruppen die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglicht werden.

Innen- und Bauminister Joachim Herrmann erklärte, mit dem Programm „Soziale Stadt“ leiste der Freistaat einen wichtigen Beitrag für eine positive soziale Entwicklung in den Stadt- und Ortsteilen, die auch allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekomme. Zur Verbesserung der Lebensqualität stünden u.a. familienfreundliche Infrastrukturen, der Austausch zwischen den Generationen sowie gute Integration und die Barrierefreiheit im Vordergrund. Daher sei die Einbindung der Bewohner sowie bürgerschaftliches Engagement ein bedeutender Erfolgsfaktor dieses Programms. Mit der Förderung von sog. Stadtteiltreffs und Bürgerhäusern könnten Orte für gemeinsame Aktivitäten der Begegnung und der Integration geschaffen werden.

Verbesserung des Wohnumfelds

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfelds, insbesondere Spiel- und Sportplätze für Kinder und Jugendliche. Mit dem Förderprogramm „Soziale

Stadt“ unterstütze der Freistaat seine Städte, Märkte und Gemeinden auch bei der Verbesserung der Wohnsituation und der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Dabei würden, über alle sieben Regierungsbezirke verteilt, in diesem Jahr 139 Gebiete in 119 bayerischen Kommunen gefördert. Zusammen mit deren Eigenmitteln stünden ca. 72,2 Millionen Euro für Erneuerungsmaßnahmen zur Verfügung, erläuterte Herrmann.

Soziale Integration im Quartier

In 2017 seien die Finanzmittel für die Förderprogramme „Stadtumbau“ und „Soziale Stadt“ um 90 Millionen Euro erhöht worden. Parallel zur Städtebauförderung habe das Bundesministerium den neuen Investitionspakt Soziale Integration im Quartier mit 200 Millionen Euro ausgestattet. Dieses Geld solle vor allem in den Ausbau und die Sanierung von Bildungseinrichtungen, Stadtteilzentren und Bürgerhäusern investiert werden, erklärte der Minister abschließend. **rm**

Zweckentfremdungsgesetz verschärft

Besserer Schutz von kommunalem Wohnungsbestand

Mit großer Mehrheit hat der Bayerische Landtag in seiner letzten Plenarsitzung vor den Pfingstferien einen Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Entfristung und deutlichen Verschärfung des Zweckentfremdungsgesetzes verabschiedet. Dadurch können Gemeinden künftig Zweckentfremdungen von dringend benötigtem Wohnraum wirkungsvoller ermitteln und verschärfter ahnden.

Innen- und Baustaatssekretär Gerhard Eck begrüßte ausdrücklich die Gesetzesänderungen, durch die Gemeinden, die bereits eine Zweckentfremdungssatzung erlassen haben, noch zusätzliche Instrumente für einen effektiveren Schutz ihres Wohnungsbestands erhalten. Nach bisherigem Recht hatten die Kommunen die Möglichkeit der Räumungsanordnung gegen einen Zweckentfremder, der in seiner Wohnung z.B. ein Maklerbüro oder eine Zahnarztpraxis betreibt. Künftig müssten auch Hausverwalter, Makler und Betreiber von Internetportalen den Gemeinden Auskünfte erteilen bzw. Unterlagen darüber vorlegen, wer eine Immobilie für welche Zwecke nutzt. Bei Nichtbefolgung dieser Mitwirkungspflicht könne ein Bußgeld von bis zu 50.000 Euro festgesetzt werden, erläuterte der Staatssekretär. Darüber hinaus seien Anordnungen zur Beendigung der Zweckentfremdung kraft Gesetzes sofort vollziehbar.

Beispiel München

Als Beispiel nannte Eck die Landeshauptstadt München, die bisher als einzige Kommune eine Zweckentfremdungssatzung erlassen habe. Dagegen verstoße, wer seine Wohnung regelmäßig tage- oder wochenweise an Touristen vermietet, den Wohnraum längere Zeit leer stehen lässt oder in seinem Haus gewerbsmäßig Schlafplätze an Saisonarbeiter vermietet. Durch die Gesetzesänderung könne die Stadt Verstöße künftig mit einem Bußgeld von bis zu 500.000 Euro ahnden. Dies bedeute eine Verzehnfachung

des bisherigen Bußgeldrahmens. In der Aussprache begrüßten die Vertreter aller Parteien den Regierungsentwurf, der eine Verbesserung der bisherigen Regelung darstelle. Auch der Münchner SPD-Abgeordnete Andreas Lotte, dessen Änderungsantrag in namentlicher Abstimmung klar abgelehnt wurde, konstatierte, dass das neue Gesetz schärfer sei. Er verwies jedoch auf den noch weiter gehenden Entwurf seiner Fraktion, in dem der Stadt München u.a. die Möglichkeit einer Räumung von Wohnungen als „ultima ratio“ zugestimmt werde.

Verfassungsrechtlich geschützte Vertragsfreiheit

In diesem Zusammenhang warnte Eck vor Kompetenzüberschreitungen. Regelungen, die unverhältnismäßige Eingriffe in die verfassungsrechtlich geschützte Vertragsfreiheit und in das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung beinhalten, gehörten nicht in das Gesetz. Abschließend forderte der Staatssekretär mit Blick auf die jetzt beschlossene Gesetzesänderung sowie die verschärfte Wohnungsmarktsituation in Bayern alle Gemeinden auf, entschieden gegen Zweckentfremdung vorzugehen. Denn jeder zurückgeholte Wohnraum sei preiswerter als ein Neubau.

Bei der namentlichen Abstimmung zur Gesetzesänderung stimmten 99 Abgeordnete für den Regierungsentwurf 37 enthielten sich. Dabei gab es auch Zustimmung von den Grünen und den Freien Wählern. Das neue Zweckentfremdungsgesetz tritt am 1. Juli 2017 in Kraft. **rm**



Von links: Markus Rinderspacher, Fraktionsvorsitzender der SPD im Bayerischen Landtag, Landtagspräsidentin Barbara Stamm, Akademiedirektorin Ursula Münch, Timothy Garton Ash, Ministerpräsident Horst Seehofer, Kuratoriumsvorsitzender Friedrich W. Rothenpieler. Bild: Rolf Poss

60 Jahre Akademie für Politische Bildung Tutzing:

Glücksfall für die Demokratie

Dort, wo alles seinen Anfang nahm, nämlich im Bayerischen Landtag, feierte die Akademie für Politische Bildung Tutzing ihr 60-jähriges Jubiläum. Schließlich begann mit der Ausfertigung des Gesetzes über die Errichtung einer Akademie für Politische Bildung am 27. Mai 1957 (rückwirkend zum 1. April 1957) durch den damaligen Bayerischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner die Zeitrechnung der Akademie.

Gegründet als „geistig-pädagogisches Kraftzentrum“, um die „politische Bildung auf breiter Grundlage zu entwickeln“ und den „in die demokratische Freiheit gestellten Staatsbürger zu einem mitdenkenden, zuverlässigen und zur Verteidigung bereiten Bewahrer dieser Freiheit“ zu machen, ist eine unabhängige überparteiliche Institution entstanden, die aktuelle Fragen und grundsätzliche Probleme aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft untersucht. Die Akademie versteht sich als Dreiklang: Sie ist ein Forum für den Gedankenaustausch, ein Kompetenzzentrum für politische Bildungsarbeit und eine Forschungseinrichtung.

Lebenslanges Lernen

Vor mehr als 400 geladenen Gästen bezeichnete Landtagspräsidentin Barbara Stamm in ihrer Begrüßung die Demokratie als „die anspruchsvollste und verantwortungsvollste Regierungsform“. Sie erfordere lebenslanges Lernen und Zeiten des ruhigen Nachdenkens. Daher sei politische Bildung wichtiger denn je.

SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher erinnerte seiner-

seits daran, dass in seiner Partei Waldemar von Knoeringen, Wilhelm Hoegner und vor allem Hans-Jochen Vogel die Akademiegründung vorangetrieben hatten. Glücklicherweise habe sich die CSU bald dem Leitsatz „Das Gespräch ist die Seele der Demokratie“ angeschlossen und das Akademiegesetz 1957 mitgetragen.

Aktiv mitgestalten

Ministerpräsident Horst Seehofer nannte die Akademie für Politische Bildung mit ihrer Direktorin Ursula Münch als „Glücksfall für unseren Freistaat und die Demokratie in unserem Land“. Seehofer zufolge „lebt unsere Demokratie vom Engagement mündiger und mutiger Bürgerinnen und Bürger, von Menschen, die sich einmischen und unser Land aktiv mitgestalten. Dafür brauchen wir Bildung, Erziehung und gute Vorbilder.“

Die Akademie mache mit ihren unabhängigen Analysen das komplexe Politikgeschäft verständlich und entwickle im gemeinsamen Dialog Antworten auf brennende Fragen unserer Zeit, so Seehofer. Mit ihren Ver-

anstaltungen und Foren begeistere sie Jung und Alt für die Grundwerte und leiste so „einen wertvollen Beitrag für Freiheit und Demokratie in unserem Land“.

Timothy Garton Ash, britischer Historiker und Träger des Internationalen Karlspreises zu Aachen, umriss in seiner Festrede die Rolle der Bundesrepublik innerhalb der Europäischen Union und in der Weltpolitik. Die Europäische Union und der gesamte Westen befinden sich seiner Ansicht nach in einer „existenziellen Krise“. Die Bedrohung durch einen nationalistischen Populismus sei so stark, dass nur die Hälfte der jungen Europäer die Demokratie für die beste Regierungsform hielten.

Balance zwischen Idealismus und Realismus

Dieses Europa müsse in der Praxis funktionieren, unterstrich der Historiker. Losgelöst von der ständigen Diskussion um Reformen oder einem Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten könne es in einer Balance zwischen Idealismus und Realismus handeln. Garton Ash erinnerte daran, dass „ruhiges Benennen eigener Interessen beim Finden von Kompromissen hilfreich“ sei. „Wir leben in einer Zeit, in der politische Bildung nötiger ist denn je, und ich wünsche Ihnen mindestens weitere 60 Jahre erfolgreicher Arbeit“, betonte Garton Ash abschließend. **DK**

Hanns-Seidel-Stiftung und Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg:

Faktensammlung für eine gelingende Integration

Ob aus Afghanistan, Eritrea, dem Irak oder aus Syrien – zwischen 80 und 90 Prozent der Asylsuchenden im Freistaat geben als wichtigstes Ziel für ihre Zukunft an, Deutsch lernen zu wollen, denn die Sprache ist auch für sie der Schlüssel zur Integration. So hoch die Übereinstimmung in diesem Punkt unter den Asylsuchenden in Bayern ist, so unterschiedlich sind ihre Einstellungen, Erwartungen und Bleibeabsichten sowie ihre Migrationsmotive. Bei näherer Betrachtung weisen die befragten Asylsuchenden eine große religiöse Vielfalt auf.

Ein zentraler Befund der Pilotstudie „Asylsuchende in Bayern“ lautet denn auch: Den „typischen“ Asylsuchenden gibt es nicht. Dieses und weitere Ergebnisse haben Prof. Dr. Sonja Haug und ihr Forscherteam von der OTH Regensburg am 1. Juni 2017 in München vorgestellt. Zu der von der Hanns-Seidel-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie hat die OTH Regensburg rund 780 Asylsuchende aus Gemeinschaftsunterkünften in Nürnberg sowie im Landkreis Ebersberg in Oberbayern befragt. Die quantitative Studie wurde ergänzt durch qualitative Interviews mit zwölf Experten, die täglich professionell mit Asylsuchenden und für Asylsuchende arbeiten und zwölf Asylbewerbern.

Unterstützt wurden die Befragungen der Menschen aus Afghanistan, Eritrea, dem Irak und Syrien durch neun Dolmetscher in den Sprachen Arabisch, Kur-

disch, Paschtu, Farsi und Tigrinya. Das Forschungsprojekt basiert auf drei Teilstudien, die gemeinsam mit der Hanns-Seidel-Stiftung erarbeitet wurden. Im Rahmen einer standardisierten Befragung beantworteten die Asylsuchenden, die 2015 nach Bayern eingereist sind, Fragen zu Themen wie Familie, Bildung und Arbeit und ihren Migrationserfahrungen, Einstellungen, Werten und Zukunftserwartungen.

Beweggründe für die Flucht

Neben Informationen zu Bildung und Berufserfahrung wurden auch Fragen zu Geschlechterrollen und Religiosität beantwortet. Ziel der Studie ist es u. a., eine valide Datengrundlage über Beweggründe der Flucht und Handlungsempfehlungen zur Integration zur Verfügung zu stellen.

Analog zur hohen Bereitschaft der Asylsuchenden Deutsch zu

lernen, sieht die Studie einen hohen Bedarf an sprachlichen Bildungsangeboten. Aber auch Angebote im schulischen Bereich und der beruflichen Weiterqualifizierung sowie Politische Bildung und die soziale Integration werden als zukünftige Herausforderungen für alle Beteiligten gesehen. „Mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen wollen wir dazu beitragen, die Situation von Asylbewerbern zu analysieren, und auf Basis dieser Analyse weitere Impulse für eine gelingende Integration geben“, erklärt die Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, Prof. Ursula Männle. Ähnlich übereinstimmend wie zum Deutscherwerb äußern sich die Befragten übrigens zu ihren Gründen für das Fluchtziel Deutschland: Bis zu 83 Prozent sind hierhergekommen, weil in Deutschland Frieden herrscht. „Die Asylsuchenden wünschen sich ein friedliches und auch eigenständiges Leben in Deutschland, und dementsprechend hoch ist die Bereitschaft zur Integration in den Arbeitsmarkt“ so Prof. Dr. Sonja Haug von der OTH Regensburg.

Die ausführliche Studie bietet die Hanns-Seidel-Stiftung auf ihrer Website www.hss.de an. **□**

GZ Kolumne Gabriele Bauer

Liebe Leserinnen und Leser,

bei der Vollversammlung des Bayerischen Städtetags am 12./13. Juli in Rosenheim werden die Themen „Mobilität und Stadtentwicklung“ im Mittelpunkt stehen. Das ist gut und richtig, wie ein Blick auf die Zahlen zeigt. Die Region München wächst bis 2035 um 400.000 Menschen, die in einem zwangsläufig immer größer werdenden Umkreis um München herum Wohnungen benötigen, Kindergartenplätze suchen, vor allem aber auch mobil sein wollen.

In der Metropolregion München gibt es inzwischen 1,5 Mio. Pendler. Ein Großteil davon sind Zuspender. Das größte Problem für sie sind nicht Verspätungen oder überfüllte Abteile. Es ist



14.000. Dabei gewährte der Freistaat den Kommunen eine 80%-Förderung der Kosten.

Die bloße Erweiterung ebenerdiger P&R-Stellplatzanlagen mag wirtschaftlich nachvollziehbar sein. Ökologisch vernünftig ist sie nicht. Städtebaulich würden dadurch wertvolle Flächenressourcen mindergenutzt. Schlauer wäre es, auf kleinerem Raum Parkdecks zu errichten oder gleich Parkhäuser. Allerdings kostet ein Stellplatz in einem Parkhaus rd. 15.000 EUR, während ein ebenerdiger Stellplatz bereits für rd. 3.800 EUR zu haben ist.

Derzeit werden Park & Ride-Parkplätze in der Regel mit 50 Prozent im Rahmen des Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (BayGVFG) gefördert und mit fünf Prozent aus den Mitteln des Finanzausgleichsgesetzes (FAG). Merkwürdig dabei: Ein ebenerdiger Stellplatz ist bis zu 4.100 EUR zuwendungsfähig, ein Stellplatz in einem Parkhaus nur bis zu max. 10.000 EUR. Diese Förderung setzt falsche Anreize. Richtiger wäre es, die Zuschüsse für Parkhaus-Stellplätze zu erhöhen und die für ebenerdige Parkplätze zu senken, am besten im Rahmen einer Wiederauflage des Schnittstellenprogramms. Gleiches gilt übrigens für den Bau von Fahrradparkhäusern: Dort schlägt ein Stellplatz mit rd. 3.000 EUR zu Buche. Die Obergrenze für die GVFG-Förderung liegt aber bei 1.200 EUR. Solche Signale der Staatsregierung brächten dreifachen Nutzen: Erstens für die Kommunen, denen beim Versuch, flächenschonende P+R-Anlagen zu errichten, unter die Arme gegriffen würde. Zweitens für die Pendler, für die der Umstieg zwischen Individual- und öffentlichen Verkehr erleichtert würde. Und drittens für die Ballungszentren selbst, weil ein verbessertes P+R-Schnittstellenangebot Anreize bietet, den privaten PKW für die Fahrt zur Arbeit abzustellen und damit Staus, Lärm und Feinstaub zu verringern. Sind das nicht genügend Argumente, etwas politisch Sinnvolles in Angriff zu nehmen?

Ihre Gabriele Bauer

Oberbürgermeisterin von Rosenheim

Individualverkehr und SPNV sinnvoll verzahnen

die Anreise an den Bahnhof, verbunden mit der Suche nach einem adäquaten Parkplatz.

Die Schaffung von Parkraum an den Schnittstellen zum Schienenpersonennahverkehr in die Ballungsräume ist dringend erforderlich. Wenn wir aber den Flächenfraß und die Flächenversiegelung durch immer größer werdende ebenerdige Parkplatzanlagen verhindern wollen, braucht es wie beim ersten Schnittstellenprogramm unter dem damaligen bayerischen Verkehrsminister Otto Wiesheu staatliche Förderung. Durch dieses weitsichtige Programm mit einem Investitionsvolumen von rd. 105 Mio. EUR wurde von 2001 bis 2007 die Schaffung von Busbahnhöfen, Park & Ride- sowie Bike & Ride-Parkplätzen an Bahnhaltspunkten gefördert. Nach Oberbayern sind damals rd. 40 Mio. EUR an Fördermitteln geflossen. Nach Mittelfranken mit der Metropolregion Nürnberg waren es rd. 10 Mio. EUR. Diese Investitionen haben sich ausgezahlt: In den S-Bahn-Einzugsgebieten gibt es heute im Raum München über 25.000 P+R-Stellplätze, im Raum Nürnberg mehr als

Landestagung des Bayerischen Volkshochschulverbands e.V. (BVV):

Erwachsenenbildung der Zukunft

Unter dem Motto „Zukunft der Erwachsenenbildung – Erwachsenenbildung der Zukunft“ hielt der Bayerische Volkshochschulverband e.V. (BVV) seine 71. Landestagung in der oberpfälzischen Stadt Amberg ab. Rund 100 Volkshochschulen aus Bayern beschäftigten sich mit der Entwicklung des Verbandes und der Weiterbildungspolitik.

„Volkshochschulen sind mit ihren flächendeckenden Bildungsangeboten ein wertvoller Partner für die bayerische Staatsregierung“, betonte Ministerialdirektor Herbert Püls vom Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, in seinem Grußwort. Vor dem Hintergrund des lebensbegleitenden Lernens hat die öffentliche Erwachsenenbildung die letzten Jahre auf gesellschaftliche Veränderungen mit verschiedenen Angeboten reagiert. Zuletzt leisteten die Volkshochschulen mit ihren Angeboten an Deutschkursen eine wichtige Integrationsarbeit. „Volkshochschulen sind ganz nah am Menschen und machen menschennahe Bildung“, so Prof. Dr. Klaus Meisel, 1. Vorsitzender des BVV.

Die bayerische Staatsregierung initiierte Anfang des Jahres eine überparteiliche Arbeitsgruppe, mit dem Auftrag das Erwachsenenbildungsförderungsgesetz von

1974 zu reformieren. Wie die Erwachsenenbildung der Zukunft als Bildungssystem ausgestaltet werden kann, diskutierten am Eröffnungsabend die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe, Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU), Kathi Petersen (SPD) und Thomas Gehring (Bündnis90/Die Grünen) zusammen mit dem Bildungsexperten Prof. Dr. Klaus Meisel. Die Podiumsdiskussion moderierte Werner Reuß vom Bayerischen Rundfunk. Die drei Landtagsabgeordneten bestärkten die Erwachsenenbildung in ihrem Handeln, vielfältige und richtungweisende Zukunftsperspektiven zu schaffen. „Die Volkshochschulen wissen was die Menschen vor Ort an Bildung brauchen. Die Angebote müssen niederschwellig, flächendeckend sein sowie Pluralität aufweisen“, so Dr. Ute Eiling-Hütig.

Kathi Petersen ergänzte, die politische Bildung sei neben der Auseinandersetzung mit den Fol-

gen der Digitalisierung ein wichtiges Thema für die Erwachsenenbildung. Thomas Gehring sieht die Volkshochschulen als ideale Lernorte für demokratische Prinzipien.

Die entscheidende Rolle der Volkshochschule in allen Fragen rund um Bildung und Integration bestätigten auch die kommunalen Vertreter und Gastgeber der Tagung, Richard Reisinger, Landrat im Landkreis Amberg-Weizsach, und Michael Cerny, Oberbürgermeister der Stadt Amberg. Landrat Reisinger ist überzeugt: „Volkshochschulen sind die Premiumpartner der Kommunen“. In der historischen Stadt Amberg wurde die Debatte um die Frage in Gang gebracht, ob das bayerische Erwachsenenbildungsgesetz von 1974 den zunehmenden Herausforderungen wie zum Beispiel Digitalisierung, Integration oder auch der Krise der Demokratie noch gerecht wird. „Volkshochschulen haben sich schon immer gesellschaftlichen Veränderungen angepasst. Der Wandel ist Teil der Institution Volkshochschule“, konstatierte der 1. Vorsitzende des BVV. **□**



Auf dem Podium diskutierten (von links): Thomas Gehring (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU), Moderator Werner Reuß, BR, Kathi Petersen (SPD) und Prof. Dr. Klaus Meisel, 1. Vorsitzender des BVV. Bild: Alescha Birkenholz

Im Zeichen der Bundes ...

(Fortsetzung von Seite 1)

kommunalen Mehrbelastungen durch die Flüchtlingskrise ermittelt. Das Ergebnis: „Die Landkreise haben 2015 rund 90 Mio. Euro und 2016 mehr als 140 Mio. Euro aus eigener Tasche für die Betreuung der Flüchtlinge draufgelegt. Die Ausgaben der kreisfreien Städte und der Bezirke kommen noch dazu. Dass der Freistaat Bayern zu 100 % die Kosten der Unterkunft und Verpflegung trägt, ist also nicht alles. Ich erinnere an die Zusage unseres Ministerpräsidenten in Ingolstadt, dass wir fair über die Erstattung der bei den Kommunen entstandenen Kosten verhandeln.“

Dagegen habe man im Bereich der unbegleiteten Minderjährigen Ende 2016 einen Fortschritt verbuchen können: Erreicht wurde eine verbesserte Erstattung der Jugendhilfekosten für die volljährigen unbegleiteten Flüchtlinge in Höhe von 112 Mio. Euro bis Ende 2018. Bernreiter forderte, die unbegleiteten Kinder und Jugendlichen aus dem System der Kinder und Jugendhilfe (dem sog. SGB VIII) herauszuholen. Wo nötig, müssten sozialpädagogische Zusatzleistungen gewährt werden. Ansonsten gehe es an erster Stelle um die Integration der jungen Menschen.

„Der Inklusionsgedanke darf nicht nur ein Papiertiger sein. Die Verbesserung der Leistungen für Menschen mit Behinderung durch das neue Bundesteilhabegesetz ist deswegen richtig und wichtig“, fuhr der Präsident fort. Die stetig steigenden Sozialausgaben dürften aber die kommunalen Finanzen nicht derart belasten, dass Projekte zur Zukunftsgestaltung in den Landkreisen nicht mehr möglich sind. Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung stelle für die bayerischen Kommunen eine hohe finanzielle Belastung dar.

Bernreiter zufolge sind die Ausgaben in der Eingliederungshilfe in nur 15 Jahren um 1,3 Mrd. Euro, d.h. um exakt 102 % angestiegen. Deswegen sei es eine Erleichterung gewesen, „dass der Bund uns ab 2018 jährlich 5 Milliarden Euro zur Verfügung stellt“. In diesem Zusammenhang wies Bernreiter aber auch darauf hin, „dass die 5 Mrd. Euro bereits 2022 wieder aufgezehrt wären. Dann ist es mit der Stärkung der kommunalen Finanzen über die 5 Mrd. Euro, die der Bund auf den Weg gebracht hat, schon vorbei.“

Diese finanzielle Stärkung sei bewusst von der Eingliederungshilfe entkoppelt worden. Bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Bayern sehe man auch den Freistaat in der Pflicht. „Wir erwarten sowohl dem Grunde als auch der Höhe nach einen vollständigen Ausgleich der Mehrkosten. Dazu müssen bereits jetzt bei der Neubestimmung der Träger der Eingliederungshilfe entsprechende Vorkehrungen getroffen werden“, hob der Landkreistagschef hervor.

In punkto medizinische Versorgung bezeichnete Bernreiter die Pflegestützpunkte oder die Modellkommunen für die kreisfreien Städte und Landkreise in Bayern als nicht besonders attraktiv. Er forderte den Bund auf, hier noch einmal nachzusteuern.

„Wir brauchen den Bund aber nicht nur bei unseren ‚sozialen‘ Aufgaben. Wir brauchen ihn auch als Verbündeten, wenn es um die Zukunftsarchitektur unserer Krankenhäuser geht. Seit Jahren kämpfen wir täglich in Krankenhäusern gegen rote Zahlen und Ärztemangel auf dem Land. Wir werden aber immer weiter in die Enge getrieben“, merkte der Präsident an. Ohne die Unterstützung von Bund, Freistaat und Kassen werde die Aufrechterhaltung der Versorgungsstruktur in der heutigen Form zur „Quadratur des Kreises“. Natürlich wisse man,

dass in Zukunft nicht jedes Haus zu halten ist. Fast die Hälfte der Krankenhäuser in Bayern (42 % von 363 Häusern) schreibt rote Zahlen – trotz Abfederung über die Kreishaushalte.

Das System kranke, was besonders kleinen Häusern zum Nachteil gereiche. Dies schwäche den ländlichen Raum und führe zum Versorgungsnachteil für zwei Drittel der bayerischen Bevölkerung. „Was dabei herauskommt, wenn man Entscheidungen abschiebt, sieht man an der Diskussion bei den Hebammen oder bei der Neonatologie – um nur zwei hochbrisante Beispiele zu erwähnen“, so Bernreiter.

Seiner Ansicht nach muss sich die Krankenhausfinanzierung der Zukunft stärker am Patientenwohl und an der Flächenversorgung statt einer weiter zunehmenden Ökonomisierung orientieren. Die Krankenhäuser in der Fläche müssten heute schon vielfach Defizite im niedergelassenen Bereich ausgleichen und seien nicht selten der letzte Ankerpunkt für die medizinische Versorgung.

Der Staat habe Farbe zu bekennen und seinen Kommunen Rückendeckung zu geben, erklärte der Verbandschef. „Wir kämpfen schon lange für den Erhalt der akutstationären Krankenhausversorgung im ländlichen Raum und werden es auch weiterhin tun. Für den Bau und die Ausstattung der Krankenhäuser stehen seit 2013 jährlich rund 500 Mio. Euro zur Verfügung. Durch den medizinischen Fortschritt brauchen wir eine Anhebung der Förderpauschalen und Finanzmittel um 40 bis 60 Mio. Euro pro Jahr und für die Förderung der Einzelmaßnahmen eine Anhebung um 80 Mio. Euro pro Jahr, insbesondere auch mit Blick auf anstehende Großprojekte in den Kliniken in München, Augsburg und Ingolstadt. Sonst bleibt nichts für unsere Häuser übrig. Der Ansatz der Krankenhausförderung muss deshalb 2018 auf 620 bis 640 Mio. Euro angehoben werden.“

Stichwort Breitbandausbau: Nach Bernreiters Worten stellen Bund und Freistaat hierfür bisher rund 4 Mrd. Euro an Fördermitteln zur Verfügung. Dank der Unterstützung des Freistaats befinden sich 96 % der Kommunen bereits im Förderverfahren des Bayerischen Breitbandförderprogramms. Aber schon heute sei absehbar, dass weder die bereitgestellten Mittel noch die geförderten Bandbreiten ausreichen werden. „Wir fordern daher vom Bund, die Fördermittel zu erhöhen und auf die Glasfaser-Technologie zu setzen. Dazu passt die Idee unseres Ministerpräsidenten, Bayern zum ersten ‚Gigabit-Bundesland‘ zu machen.“

Auch fordern die Landkreise den Bund dazu auf, im Rahmen der Frequenzvergabe für den Ausbau von Mobilfunknetzen der nächsten Generation (5G) verbindliche Auflagen zur flächendeckenden Versorgung gerade auch des ländlichen Raums auszusprechen. „Die Zukunftsfähigkeit unserer Landkreise wird sich an unserer Befähigung und Bereitschaft entscheiden, uns den Herausforderungen der digitalen Gesellschaft zu stellen. Nicht nur aus Sicht der Verbraucher, sondern auch aus Sicht des Dienstleisters“, stellte der Präsident fest.

Häufig durch rechtliche Hürden gebremst werde der Ausbau der digitalen Verwaltung, monierte Bernreiter. Dies gelte insbesondere für die mehr als 2.000 Schriftformerfordernisse im Verwaltungsrecht des Bundes. Der Bund müsse daher für die elektronische Signatur und die elektronische Identifizierung endlich Lösungen zulassen, die mit geringen Einstiegshürden für die breite Bevölkerung nutzbar sind.

Bayern habe als erstes Bundesland das im Rahmen der elektro-

nischen Steuererklärung millionenfach bewährte Verfahren „Athegea“ als Grundlage für einen neuen Schriftformersatz zugelassen. Die Zahl der elektronisch abgegebenen Steuererklärungen habe 2016 mit 21 Mio. einen neuen Höchststand erreicht. Dieses Potenzial dürfe beim E-Government nicht verschenkt werden. „Wir fordern, dass der Bund hier nachzieht und Lösungen aufzeigt, wie die im Rahmen der elektronischen Steuererklärung ausgegebenen Zertifikate auch für einen allgemeinen Schriftformersatz genutzt werden können“, machte Bernreiter deutlich.

In ihren Wahlprüfsteinen formulierten die bayerischen Landkreise alle Forderungen an den Bund. Diese wurden an den Geschäftsführer des Deutschen Landkreistags, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, übergeben, damit sie in Berlin Gehör finden. Aber auch Bayerns Staatsminister Joachim Herrmann, MdL, sicherte den bayerischen Landkreisen als CSU-Spitzenkandidat für die Bundestagswahl seine Unterstützung zu. „Als Kommunalminister werde ich zusammen mit meinen Kollegen Markus Söder und Melanie Huml die kommunalen Belange bei der Krankenhausfinanzierung weiter im Auge behalten. Bayern wird ein verlässlicher Finanzierungspartner für seine Krankenhäuser bleiben.“

Starke Rolle der Landkreise im Freistaat

Herrmann stellte die starke Rolle der bayerischen Landkreise im Freistaat heraus. „Damit die Kommunen ihre vielfältigen und wichtigen Aufgaben kraftvoll erfüllen können, müssen wir sie finanziell gut ausstatten.“ Die kommunalen Steuereinnahmen seien – ausgehend von einem Rekordniveau – im Jahr 2016 um weitere 5,9 Prozent gestiegen. 2017 werden 15 Milliarden Euro aus dem Staatshaushalt an die Kommunen fließen. Vor allem über den kommunalen Finanzausgleich greife der Freistaat den Gemeinden, Landkreisen und Bezirken tatkräftig unter die Arme. Heuer wird den Kommunen die Rekordsumme von 8,9 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. „Das sind 352 Millionen Euro mehr als noch im Jahr 2016“, erklärte Herrmann. „Wir tun in Bayern einfach mehr für unsere Kommunen als viele andere Bundesländer. Vom starken Auftritt unserer Kommunen profitieren dann die Menschen im Freistaat.“

Laut Herrmann legten die staatlichen Fördermittel für den kommunalen Hochbau dieses Jahr um satte 70 Millionen Euro zu, so dass die Kommunen heuer von einer halben Milliarde Euro profitieren. Das Geld soll insbesondere in Schulen und Kindertageseinrichtungen fließen. Auch die kräftigen Investitionen in den bayerischen Straßenbau kommen den Kommunen zu Gute. Bei den Bundesfernstraßen steuert der Freistaat auf ein neues Straßenbau-Rekordjahr zu. Im Jahr 2016 fließen mit 1,35 Milliarden Euro rund 50 Prozent mehr Mittel in Bayerns Bundesfernstraßen als im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre. Im Staatsstraßenhaushalt stehen mit 421 Millionen Euro ebenfalls so viel Mittel bereit wie nie zuvor. Auch der Straßenbau der Landkreise, Städte und Gemeinden wird mit mehr als einer halben Milliarde Euro kräftig unterstützt.

„Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Bedrängnis“ lautete das Thema des Vortrags von Prof. Dr. jur. Peter M. Huber, Minister a.D. und Richter des Bundesverfassungsgerichts. Nachdem sich der demokratische Verfassungsstaat nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst im Westen und nach der Zeitwende der Jahre 1989/90 in ganz Europa durchsetzen konnte, befände er sich seit einigen Jahren

Passgenaue Politik ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Städte trotz der guten wirtschaftlichen Lage nicht ausreichend in Schulen und Verkehrswege investieren können. Allein hier beträgt der Investitionsstau jeweils mehr als 30 Milliarden Euro. Damit die Städte leistungsfähig bleiben, brauchen sie neue Impulse von Bund und Ländern, die die kommunale Investitionskraft dauerhaft stärken.“

Als hilfreich bewerten die Städte die Zusage des Bundes, die kommunale Bildungsinfrastruktur von finanzschwachen Kommunen künftig mitzufinanzieren. Die dafür bereitgestellten 3,5 Milliarden Euro seien ein wichtiger Beitrag, um die Sanierung von Schulen zu erleichtern. Allerdings warnt der Deutsche Städtetag vor dem Eindruck, dass mit dem neuen Länderfinanzausgleich ab 2020 bereits ausreichend vorgesorgt sei gegen die wachsende Ungleichheit zwischen Städten und Regionen. Im Ländervergleich zeigt sich, wie unterschiedlich die Kommunen investieren können: In Bayern investierten sie im Durchschnitt im Jahr 2016 mit knapp 517 Euro pro Kopf das Zweieinhalbfache von NRW mit 196 Euro pro Kopf.

„Wir dürfen nicht weiter zusehen, wie die wirtschaftliche Attraktivität in einigen Städten und Regionen abnimmt und die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürgerinnen zu sinken droht. Deshalb brauchen wir von Bund und Ländern ein gesamtdeutsches Regionalfördersystem nach Auslaufen des Solidarpaktes II, das das Wachstum in strukturschwachen Regionen in Ost wie West

zunehmend in der Defensive. Russland und die Türkei hätten sich immer mehr in autoritäre Regime verwandelt, in denen die Verfassungsgerichte keine ernsthafte Rolle mehr spielen. Aber auch in manchen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gerieten die Errungenschaften demokratischer Verfassungsstaatlichkeit zunehmend unter Druck. Huber: „Der Rechtsstaat ist wichtiger als alles andere. Ohne Recht können wir kein verlässliches Zusammenleben organisieren.“

Einblicke in „Zentrale Anliegen der Kreise an die Bundespolitik“ und in die Arbeit des Deutschen Landkreistags gab Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Geschäftsführender Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistags. „Als Deutscher Landkreistag versuchen wir immer Konsenslösungen zu erreichen, die für alle passen“, erläuterte Henneke, der den bayerischen Landkreisen größten Respekt für ihre Leistungen in der Flüchtlingskrise zollte. „Das war eine Herausforderung für den kommunalen Bereich in Deutschland insgesamt. Die Hauptlast der Flüchtlingszunahme war aber in Bayern.“

„Die wachsende Flut an Verdrehungen, Halbwahrheiten und Lügen im Netz ist ein Phänomen, das eine Gefahr für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und die Demokratie darstellt“, betonte der Intendant des Bayerischen Rundfunks, Ulrich Wilhelm. Das Phänomen von „Fake News“ sei zwar nicht neu, habe aber neue Möglichkeiten eröffnet. Das Meinungsspektrum von Menschen könne sich so verengen.

Im Vortrag „Politik und Medien in Zeiten von Fake News“ legte Wilhelm dar, dass es die Aufgabe der Medien ist, die Gesamtfähigkeit zu bilden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk erreiche heute noch zwei Drittel der Bevölkerung. Dies verpflichte auch die Redakteure in seinem Haus. Aufgabe der Medien sei es, kritisch mit den Dingen umzugehen und eine differenzierte Meinungsbildung sachgerecht aufzubereiten. **DK**

ab 2020 stärkt“, erklärte die Präsidentin. Die Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur sei dafür ein geeignetes Instrument. Die Mittel von derzeit jährlich 320 Millionen Euro für die wirtschaftsnahe kommunale Infrastruktur müssten entscheidend aufgestockt werden, damit zurückgefallene Regionen wirklich aufholen können.

Zu einem glaubwürdigen Umgang mit Zuwanderung gehöre u.a. die Konsequenz, Menschen ohne Bleiberecht in ihre Heimatländer zurückzubringen: „Wir sollten alles daran setzen, Menschen, die kein Bleiberecht erlangen, von einer freiwilligen Heimreise zu überzeugen. Wo das nicht klappt, muss es Rückführungen geben. Das trägt auch dazu bei, die Akzeptanz für Flüchtlinge in unserer Gesellschaft auf Dauer zu erhalten. Am einfachsten und am ehrlichsten wäre es dabei für alle Beteiligten, wenn Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive gar nicht erst auf die Kommunen verteilt würden, so dass Rückführungen, wenn sie notwendig sind, direkt aus den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder heraus stattfinden könnten.“

Der Deutsche Städtetag wies darauf hin, dass Städte als Lebensmittelpunkt für die Menschen attraktiv sein müssen; dies verlange laufenden Wandel. „Die wachsende kulturelle Vielfalt, zunehmende Individualisierung sowie neue technische Entwicklungen werden die Stadtgesellschaft verändern. Die Städte müssen zwischen den unterschiedlichen Interessen ausgleichen. Gleichzeitig müssen sie versuchen, Ausgrenzung zu verhindern und Teilhabe zu ermöglichen“, betonte der wiedergewählte Verbandspräsident, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly aus Nürnberg.

Mit Blick auf die Herausforderungen, die sich aus verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit und der Alterung der Gesellschaft ergeben, sagte Maly: „Öffentlich geförderte Beschäftigung hilft Menschen, die auch in wirtschaftlich guten Zeiten objektiv keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Viele Menschen werden außerdem künftig stärker Unterstützung brauchen, um ihren Alltag in zunehmendem Alter zu bewältigen. Auch hierauf muss die Sozialpolitik Antworten geben.“

Der Deutsche Städtetag zeigt sich besorgt angesichts des weiterhin bestehenden Wohnungsmangels und überdurchschnittlich steigender Mietpreise. Zwar sind in den vergangenen Jahren sowohl die Zahl der erteilten Baugenehmigungen als auch die Zahl fertiggestellter Wohnungsneubauten gestiegen. „Trotz aller Anstrengungen und zusätzlicher Fördermittel ist die Wohnungsfrage noch längst nicht gelöst. Bund und Länder müssen ihr Engagement für mehr Wohnungen verstärken und den Wohnungsbau über einen geeigneten Mix von Förderinstrumenten attraktiver machen. Außerdem benötigen die Städte zusätzliche Unterstützung, damit mehr Bauland mobilisiert werden kann. Wohnungsmangel betrifft nicht alle Städte, aber wo er auftritt, muss gehandelt werden“, urteilte Maly.

Deutlich mehr als bisher sollten Bund und Länder nach Auffassung der Städte in die Verkehrsinfrastruktur investieren, vor allem in den ÖPNV. Mobilität sei eine große aktuelle Herausforderung, weil gesellschaftliche Teilhabe und Wirtschaftsleben ohne sie nicht möglich sind. Gleichzeitig sei es wichtig, die Belastungen durch Emissionen zu verringern. Der Oberbürgermeister der Stadt Münster, Markus Lewe, der ab 1. 1. 2018 Präsident des Deutschen Städtetages sein wird, stellte fest: „Wir müssen jetzt die Weichen stellen für moderne Mobilität und eine umweltverträgliche Fortbe-

wegung. Der ÖPNV ist und bleibt der Grundpfeiler einer nachhaltigen Verkehrspolitik. E-Mobilität, Carsharing, autonomes Fahren oder das Fahrrad sind dabei keine Gegenspieler. Sie müssen verknüpft werden, auch das Auto wird weiter eine Rolle spielen. In wachsenden Städten mit begrenztem Platzangebot sind alternative Verkehrsmittel und moderne Verkehrssysteme existentiell.“

Den etwa 1.200 Delegierten aus den Kommunen dankte im Anschluss Bundeskanzlerin Angela Merkel für den täglichen Einsatz, die herausfordernde Situation der vielen Flüchtlinge, die nach Deutschland gekommen sind, zu bewältigen. Diese Aufgabe sei mitnichten beendet, Integration brauche einen langen Atem. Als weiteres wichtiges kommunales Thema ging Merkel auf den Wohnungsbau ein. Der Bund unterstütze den sozialen Wohnungsbau mit über 1,5 Milliarden Euro und hat damit seine Mittel gegenüber 2015 verdreifacht. Durch Änderungen im Bauplanungsrecht wurde zudem mehr Flexibilität bei der Schaffung von Wohnraum in städtischen Gebieten erreicht. In „Urbanen Gebieten“, einer neuen Kategorie im Baurecht, können künftig auch in stark verdichteten städtischen Gebieten Wohnungen gebaut oder bestehende Gebäude als Wohnung genutzt werden.

Die Kanzlerin betonte außerdem die hohe Bedeutung leistungsfähiger Verwaltungsstrukturen. Bürgerinnen und Bürger würden in Zeiten der Digitalisierung einen einheitlichen Zugang zu staatlichen Leistungen und Angeboten erwarten. Sie lobte die Bereitschaft der Länder, mit dem Bund bei der Errichtung von Bürgerportalen zusammenzuarbeiten. Letztlich sei es aber die kommunale Ebene, auf der es die meisten Berührungspunkte zwischen Bürger und Staat gebe, so Merkel.

Als „verlässlichen Partner für die Kommunen“ bezeichnete Innenminister Joachim Herrmann den Freistaat Bayern: „Jeder vierte Euro aus dem Staatshaushalt fließt an unsere Kommunen. Das sind 15 Milliarden Euro allein für das Jahr 2017.“ Wie Herrmann bekräftigte, werde gerade in den Kommunen das soziale Miteinander gelebt. „Wer hier lebt, bringt sich und seine Stärken oft in die Gemeinschaft ein. Die Menschen helfen einander. Das prägt das Lebensgefühl in Bayern.“ Rund 36 Prozent der Menschen im Freistaat über 14 Jahre, also fast 3,8 Millionen Bürger, setzten sich ehrenamtlich für die Gemeinschaft ein. Allein von den rund 470.000 Einsatzkräften bei Feuerwehren, freiwilligen Hilfsorganisationen und THW in Bayern engagierten sich rund 450.000 ehrenamtlich. Herrmann: „Nirgendwo in Deutschland ist der Anteil der Ehrenamtler höher.“

Auch zeige die Erfahrung, dass gerade das örtliche Umfeld Menschen sehr viel bedeutet. So sei Bayern ebenfalls Spitzenreiter bei den demokratischen Instrumenten wie Bürgerversammlungen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Dass Bayern ein Land des gelingenden Miteinanders ist, zeige auch die Integration von Migranten auf dem Arbeitsmarkt. Herrmann: „Wir haben mit 75 Prozent die höchste Erwerbsquote für Migranten in Deutschland!“

In ihrer „Nürnberger Erklärung“ betonten die Städte in Deutschland ihren Willen und ihre Bereitschaft, sich den aktuellen Herausforderungen von Zu- und Abwanderung, Investitionsbedarfen, Finanzschwäche, Demografie, Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu stellen und geeignete Lösungen zu entwickeln. Sie stehen als Partner von Bund und Ländern bereit, die Zukunftsfähigkeit des Landes zu sichern. Partnerschaftliches Miteinander bedeute aber auch, als Partner respektiert und vor schleichender Überlastung geschützt zu werden. **DK**

Versicherungskammer unverändert erfolgreich:

„Überall im grünen Bereich“

Überdurchschnittliches Wachstum durch marktnahe Produkte

Trotz der nun schon recht lange andauernden Niedrigst- bzw. Nullzinsphase hat sich die Versicherungskammer Bayern (VKB) auch 2016 ordentlich geschlagen. „Wir meistern diese Phase und machen das Beste daraus“, sagte Frank Walthes, Vorstandsvorsitzender dieses größten öffentlichen Versicherers in Deutschland. Der Konzern habe sich in allen Bereichen durchweg gut entwickelt und ein ertragsreiches Wachstum erreicht. Er sei mit dieser Entwicklung sehr zufrieden, „denn wir sind überall mehr als im grünen Bereich“. Auch im laufenden Jahr werde man das Wachstum moderat um 1 bis 2 % fortsetzen und dabei den Gewinn verstetigen können.

Die gesamten Beitragseinnahmen legten im Berichtsjahr um 2,7 % auf 7,82 Mrd. Euro zu. Sie stammen zu etwa 60 % aus Beitragsanpassungen und zu 40 % aus dem Neugeschäft. Sie lagen damit deutlich über dem Marktdurchschnitt und sorgten dafür, dass der VKB-Konzern, der 79 konsolidierte Unternehmen umfasst, Marktanteile gewinnen konnte. Rund 80 % der Einnahmen stammen aus dem traditionellen Geschäftsgebiet Bayern/Pfalz. Die Gesellschaften im Saarland und in Berlin und die bundesweit tätigen Kranken- und Reiseversicherer sowie der Direktversicherer BavariaDirekt steuerten 20 % bei. Im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre verzeichnete der Konzern ein Beitragswachstum von 3,4 % pro Jahr.

Konzernergebnis über Plan

Beim Konzernergebnis liege man auf Vorjahresniveau und damit über Plan, erläuterte Walthes. Vor Steuern werden 360,0 (347,5) Mio. Euro ausgewiesen, nach Steuern 192,4 (201,4) Mio. Euro. Die Schmälerung des Ertrages nach Steuern, also des Jahresüberschusses, hänge vor allem mit hohen Investitionen in Zukunftsprojekte zusammen. 89,6 Mio. Euro werden an die Träger des Grundkapitals ausgeschüttet, die übrigen Mittel dienen der eigenen Stärkung, z.B. durch Dotierung der Gewinnrücklagen. Träger des Grundkapitals sind die Sparkassen, denn der VKB-Konzern gehört zur Sparkassen-Finanzgruppe.

Zum guten Ergebnis haben die Kapitalanlagen beigetragen, die 2016 mit 48,5 Mrd. Euro den höchsten Stand aller Zeiten erreicht haben. Seit 2015 managt die Kammer auch den Kapitalbestand der ÖRAG, des Rechtsschutzversicherers der öffentlichen Gruppe. Rechnet man noch den Kapitalbestand der Sparkassenpensionskasse und des Sparkassenpensionsfonds hinzu, kommen nach Buchwerten 55 Mrd. Euro zusammen, und einschließlich der Bewertungsreserven addiert sich alles auf mehr als 63 Mrd. Euro. Seit der Konzerngründung 1995 hat sich der Kapitalbestand der Kammer mehr als vervierfacht. Rund 80 % des Kapitalanlagenbestandes entfallen auf die Deckungsrückstellungen in der Lebens- und Krankenversicherung. Aus den gesamten Kapitalanlagen wurde ein Nettoergebnis von 1,58 (1,84) Mrd. Euro erzielt, was einer Nettoverzinsung von 3,3 % entspricht.

In der Schaden- und Unfallversicherung legten die Beitragseinnahmen um 6,4 % auf 2,49 Mrd. Euro zu gegenüber einem Marktwachstum von 2,9 %. Beigetragen haben sowohl Bestandsmaßnahmen (Beitragsserhöhungen) als auch das Neugeschäft. Zugelegt hat aber auch die Zahl der Verträge. Bei den Kompositversicherern stieg die Zahl um 3 % auf 11,7 Mio. Im privaten Bereich wurde das Plus insbesondere in der Wohngebäude-, der Haftpflicht und der Reiseversicherung erzielt, im gewerblichen Bereich legten die Sachversicherungen und auch die Haftpflichtversicherung zu.

Erfreulich abgeschnitten hat auch das seit zehn Jahren beste-

nahmen um 1,5 % auf 2,29 Mrd. Euro, und zwar durch Neugeschäft und auch Beitragsanpassungen. Die Anzahl der Versicherten nahm um 1,6 % oder 49.000 Personen auf knapp 3,1 Mio. zu. Bei der Krankheitskostenvollversicherung und der Zusatzversicherung lag das Neugeschäft deutlich über dem Vorjahresniveau, die Pflegeversicherung war jedoch etwas rückläufig. Von Herbst an könne man eine „leistungsstarke Pflegerente“ erwerben, kündigte Walthes an.

Nach der Anzahl der Versicherten ist der VKB-Konzern der drittgrößte private Krankenversicherer in Deutschland. Bei der Kranken-Zusatzversicherung hat der Konzern nach einem Jahresplus um 22 % seine Marktführerschaft ausgebaut, in der Pflegeversicherung liegt er auf Platz 2. Die Leistungsquote liegt mit 81,1 % „in etwa auf Marktniveau“. Aus Kapitalanlagen wurden 465,7 Mio. Euro (+2,8 %) erzielt, was einer Nettoverzinsung von 3,4 % entspricht. Von anstehenden Beitragsanpassungen war keine Rede.

Gemeinsam mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband hat die UKV Anfang 2017 erstmals den Deutschen Pflegeinnovationspreis verliehen, denn „uns ist die ganzheitliche Pflegevorsorge wichtig, weil die Absicherung nur ein Teil davon ist“. Die Kammer wird weiterhin für kapitalgedeckte Policen in der Kranken- und Pflegeversicherung.

Lebensversicherung

Auch in der Lebensversicherung war 2016 für den Kammerkonzern ein gutes Jahr. Es wurden sogar Marktanteile hinzugewonnen. Die Bruttobeiträge erreichten 2,98 (2,96) Mrd. Euro. Vor allem die laufenden Beiträge legten um 5,8 % auf 1,56 (1,48) Mrd. Euro zu, die Einmalbeiträge erreichten 1,42 Mrd. Euro. Trotz der Nullzinsphase erbrachten die Kapitalanlagen immer noch 0,88 (1,16) Mrd. Euro und damit eine Rendite von 3,34 (4,5) %. Die Kammer habe mit ihren zukunftsweisenden und kapitalmarktnahen Produkten ihre Marktposition in der Lebensversicherung nachhaltig gefestigt. Noch in diesem Jahr wird es eine neue kapitalmarktnahe Lebensversicherung geben, „die besonders Anlegern von Einmalbeiträgen mit kurzfristigem Anlagehorizont entgegenkommt“.

Stark beschäftigen den Versicherer auch die Betriebsrenten. Seit Jahresbeginn sei die Nachfrage deutlich gestiegen. Mit dem Entwurf des Betriebsrentenstärkungsgesetzes solle zwar die betriebliche Altersvorsorge attraktiver gemacht werden, um die Vorsorgebereitschaft zu stärken. Doch der Gesetzentwurf könne bei den wichtigsten Zielgruppen, den Arbeitnehmern kleiner und mittlerer Unternehmen sowie den Geringverdienern, nicht das gewünschte Ergebnis entfalten. Das liege vor allem an der Beschränkung der reinen Beitragszusage, der Enthaftung des Arbeitgebers und der Beschränkung ausschließlich auf tarifgebundene Modelle. Deshalb müsse es weiterführende Lösungen auch für den nicht-tarifgebundenen Bereich geben. Um Arbeitgeber für diese wichtige Vorsorge zu gewinnen, bietet die Kammer in Kürze ein Service- und Informationsportal für Firmenkunden in der betrieblichen Altersvorsorge an, das für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen hilfreich sein werde. Der Arbeitgeber wird damit die komplette Ver-

tragsübersicht zu allen Verträgen erhalten. Er wird Anpassungen vornehmen oder auch den Versand von Steuerbescheiden veranlassen können. Der Arbeitnehmer wird Informationen zu den Angeboten der betrieblichen Altersvorsorge abrufen und langfristig seine Daten dort pflegen können.

Zahlreiche Apps

Im Zusammenhang mit der fortschreitenden Digitalisierung bietet der VKB-Konzern zahlreiche Apps an. In der Kfz-Versicherung gibt es Foto-Apps zur Angebotserstellung oder Schadenmeldung, inklusive Regulierungsfreigabe innerhalb weniger Stunden. Sodann gibt es die RundumGesund-App in der Krankenversicherung, die bereits jetzt in 10 % aller Leistungsanträge zum Einsatz kommt. Sie ist Teil des digitalen Leistungsprozesses mit vollautomatischer Prüfung und Auszahlung. Schrittweise entwickeln die Krankenversicherer des Konzerns derzeit einen persönlichen digitalen Gesundheitsordner, in dem Kunden ihre Gesundheitsdaten geschützt ablegen können. Dieser enthält auch die vom E-Health-Gesetz geforderten Daten wie beispielsweise Notfalldaten oder Impfaufweis.

Der VKB-Konzern ist nicht nur versicherungsgeschäftlich aktiv, sondern engagiert sich auch gesellschaftlich. Über seine beiden Stiftungen (Versicherungskammer Stiftung und Kulturstiftung), über Sponsoring und Spenden wurden 2016 Initiativen und Vereine (z.B. DAV, DLRG, Landesfeuerwehrverband, Malteser, Sternstunden) mit 1,8 Mio. Euro unterstützt. Darüber hinaus gibt es kostenlose kulturelle Angebote wie etwa Ausstellungen im Kunstfoyer oder im Kunsttunnel. dhg.

Söder und Herrmann feiern Richtfest:

Erster Bauabschnitt des neuen Steuercampus München

66 Millionen Euro für beste Arbeitsbedingungen
Hochmodernes barrierefreies Gebäudekonzept

Das größte Finanzamt Deutschlands, das Finanzamt München, wird am Dienstsitz in der Deroystasse, im Herzen Münchens, zu einem 'Steuercampus' für rund 2.860 Beschäftigte ausgebaut.

Beim Richtfest für den ersten Bauabschnitt hat Finanzminister Dr. Markus Söder betont: „Das Finanzamt München erwirtschaftet mit rund 48 Milliarden Euro beeindruckende rund 41 Prozent des bayerischen Steueraufkommens. Im neuen Steuercampus erhalten die in München Beschäftigten moderne, den heutigen technischen Anforderungen angemessene und ansprechende Bürogebäude.“

Im Zeitplan

Laut Bayerns Innen- und Bauminister Joachim Herrmann liegt der Bau derzeit voll im Zeitplan: „Nach dem derzeitigen Stand kann das Finanzamt München das Gebäude ab Mitte 2018 beziehen.“ Laut Herrmann belaufen sich die Kosten des ersten Bauabschnitts auf rund 66 Millionen Euro, „hervorragend investiert in beste Arbeitsbedingungen“.

Das Finanzamt München ist, so Söder, für die Zukunft ausgezeichnet aufgestellt. Die bislang auf mehrere Standorte verteilte Verwaltung wird an einer Adresse zusammengeführt, gut vernetzt und zentral gelegen. Das Areal der Deroystasse bietet rund

67.000 Quadratmeter Fläche für den Steuercampus. Dabei gruppieren sich fünf sechsgeschossige Gebäude mit Innenhöfen um einen zentralen Campus. Der sechste, etwas niedrigere Bau, wird in der Mitte des Campus situiert und enthält die Kantine sowie das Servicezentrum als zentrale Anlaufstelle für die Bürger.

Wie Bauminister Herrmann erläuterte, bietet die Nutzfläche dieses Bauabschnittes mit etwa 12.000 Quadratmetern Platz für rund 650 Arbeitsplätze sowie Sitzungssaal, Besprechungsräume und Aus- und Fortbildungsraum. Insbesondere hob Herrmann die Vorzüge des Gebäudekonzepts hervor: „Das ist der erste Neubau der Bayerischen Staatsverwaltung dieser Größenordnung im Passivhausstandard. Wir nutzen unter anderem die Fernwärme der Stadtwerke München und auf dem Dach eine Photovoltaikanlage. Mit unserem innovativen Energiekonzept sparen wir allein mit diesem Gebäude pro Jahr rund 125 Tonnen Kohlendioxid ein.“

Auch die Barrierefreiheit wird nach Herrmanns Worten groß geschrieben: „Wir haben unter anderem ein spezielles Leitsystem für Blinde und Sehbehinderte, barrierefreie Aufzüge, Parkplätze und Toiletten sowie eine Induktionsanlage für Hörgeschädigte.“

Zusätzlich entstehen 86 Fahrradstellplätze. Der Innenhof wird begrünt und mit Bäumen bepflanzt. □

VER S I C H E R U N G S
K A M M E R
B A Y E R N

Ein Stück Sicherheit.

Königlicher Schutz –
für die Abenteuer im Leben.

Weil ihm der Schutz der Menschen am Herzen lag, gründete König Max I. vor mehr als 200 Jahren eine Versicherung.

www.versicherungskammer-bayern.de

Finanzgruppe

KfW-Kommunalpanel 2017:

Erste Zeichen der Entspannung

Nach Jahren eines kontinuierlichen Aufwuchses verzeichnet das KfW-Kommunalpanel 2017, das das Deutsche Institut für Urbanistik im Auftrag der KfW Bankengruppe erstellt hat, einen leichten Rückgang des wahrgenommenen Investitionsrückstandes. In der repräsentativen Hochrechnung für alle Kommunen ab 2.000 Einwohner beträgt dieser insgesamt 126 Mrd. Euro (2016: 136 Mrd. Euro).

Nach wie vor bestehen die höchsten Nachhol- und Ersatzbedarfe in den Bereichen Straßen und Verkehrsinfrastruktur (34,4 Mrd. Euro) sowie Schulen einschließlich der Erwachsenenbildung (32,8 Mrd. Euro). Mit Abstand folgen die Bereiche öffentliche Gebäude (11,3 Mrd. Euro, Sportstätten und Bäder (9,7 Mrd. Euro) sowie Wasserversorgung und Wasserentsorgung (8,6 Mrd. Euro). Ein erkennbarer Zuwachs

bei den ungedeckten Investitionsbedarfen ist im Bereich Wohnungswesen zu verzeichnen, während in vielen kleineren Aufgabebereichen leichte Rückgänge zu beobachten sind.

Immerhin 35 % der befragten Kommunen erwarten für die nächsten fünf Jahre einen weiter sinkenden Investitionsrückstand, während 20 % von einem weiteren Anstieg ausgehen. Trotz eines Anstiegs der Investitionsbedarfe

im vergangenen Jahr geht eine relative Mehrheit insbesondere in den Bereichen Schulen und Kitas von einem künftigen Abbau des Investitionsstaus aus.

Die Finanz- und Haushaltslage der Kommunen insgesamt hat sich in den vergangenen zwölf Monaten verbessert: Schuldenstand, Kassenkredite und Zinsausgaben konnten 2016 in der Summe leicht zurückgeführt werden. Auch der Ausgabenanstieg war moderat, so dass im dritten Jahr in Folge ein Finanzierungüberschuss von 5,4 Mrd. Euro erzielt werden konnte. Trotzdem bestehen die seit Jahren konstatierten regionalen Disparitäten zwischen den Kommunen fort.

In der Summe planen die befragten Kommunen eine Steigerung ihrer Investitionen um etwa 15 %. So waren für 2016 rund 30,8 Mrd. Euro eingeplant, für 2017 sollen es sogar 31,7 Mrd. Euro sein. Sogar ein wachsender Teil von Kommunen, die den Haushaltsausgleich derzeit nicht schafft bzw. sogar einem Haushaltssicherungskonzept unterliegt, gibt an, die eigenen Investitionsausgaben 2016 und 2017 zu steigern. Die tatsächlichen Investitionsausgaben lagen in der Vergangenheit jedoch stets unter den Planungen.

Der vergleichsweise moderate Anstieg der Investitionsausgaben – in Relation zum ermittelten Investitionsrückstand und den verfügbaren Finanzmitteln – verweist darauf, dass das Maß der öffentlichen Investitionstätigkeit auch von der Verfügbarkeit kommunaler Planungskapazitäten sowie vom Auslastungsgrad des privaten Baugewerbes abhängt. Zeitlich bestfristete Investitionsförderprogramme von Bund und Ländern schaffen deshalb vor allem für finanz- und strukturschwache Kommunen keine hinreichende Planungssicherheit.

Kommunalkredite

Der nachhaltige Abbau des kommunalen Investitionsrückstandes setzt eine dauerhaft auskömmliche Finanzausstattung und entsprechende zeitliche Planungshorizonte voraus. Zur Finanzierung ihrer Investitionstätigkeit greifen die Landkreise, Städte und Gemeinden in erster Linie auf allgemeine Deckungsmittel sowie Kommunalkredite zurück. 2016 wurden rund 65 % aller Investitionen mit diesen beiden Instrumenten finanziert. Dabei geht rund ein Drittel der befragten Kommunen davon aus, dass der Kommunalkredit in Zukunft an Bedeutung gewinnen wird – wie auch die von den Kommunen zu beantragenden Fördermittel. Obwohl beispielsweise die größeren

Städte immerhin zu 21 % Kommunalkredite zur Investitionsfinanzierung benutzen, können die Kommunen das derzeit niedrige Zinsniveau offenbar nicht systematisch für zusätzliche Investitionen nutzen.

Die Finanzierungsbedingungen sind für die meisten Kommunen nach wie vor gut. Immerhin 60 % der Landkreise, Städte und Gemeinden geben an, dass sich die Anzahl der erhaltenen Kreditangebote in den vergangenen fünf Jahren nicht verändert hat. Ein Drittel hingegen registriert, dass die Anzahl der Offerten der Kreditgeber „gesunken“ bzw. sogar „stark gesunken“ ist. Dies gilt in besonderer Weise für Großstädte mit ihren großen Investitions- und Kreditvolumen. Mit wachsender Kredithöhe steigt auch der Anteil der Kommunen, die deutlich mehr Anfragen an verschiedene Kreditgeber richten.

Das diesjährige Sonderthema zum kommunalen Finanzierungsmanagement verdeutlicht, dass die Kommunen in der Schulden-, Kredit- und Zinssteuerung auf unterschiedlichen Wegen auf Veränderungen am Kreditmarkt reagieren. Insbesondere der Optimierung von Laufzeiten und Zinsbindung wird von der Mehrheit der befragten Kämmerer eine hohe Bedeutung beigemessen. Hingegen wird bei der langfristigen Liquiditäts- und Finanzplanung noch Verbesserungsbedarf gesehen.

Neue Impulse erwartet

„Das KfW-Kommunalpanel 2017 zeigt: Der Investitionsstau in den Kommunen steigt derzeit nicht weiter an, sondern geht leicht zurück. Dieses erste Zeichen der Entspannung darf aber nicht dazu verleiten, das Thema Investitionen von der politischen Agenda zu nehmen. Dafür ist die Summe von 126 Milliarden Euro, die für Investitionen in den Kommunen fehlen, viel zu hoch“, warnte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages.

Die Investitionsfähigkeit der Städte muss laut Dedy dauerhaft abgesichert werden. Der aktuelle Rückgang des Investitionsstaus dürfe keine Eintagsfliege bleiben, sondern sollte eine Abkehr vom dauernden Verzehr der Infrastruktur einläuten. „Dazu erwarten wir in den kommenden Jahren neue Impulse von Bund und Ländern, um die Investitionskraft der Kommunen insgesamt zu stärken und die Unterschiede zwischen finanzschwachen und finanzstärkeren Städten zu reduzieren.“

Zum Sonderthema „Kommunalfinanzierung“ des KfW-Kommunalpanels 2017 erklärte Dedy: „Die Ergebnisse bestätigen, dass der klassische Kommunalkredit weiterhin ein wichtiges Refinanzierungsinstrument der Kommunen ist. Dieses etablierte Instrument darf nicht durch unangemessene Regularien auf europäischer Ebene für die kreditvergebenden Banken gefährdet werden.“ **DK**

Benchmark-Hypothekendarfbrief der MünchenerHyp:

Akzente am Pfandbriefmarkt

Der erste Benchmark-Emission der Münchener Hypothekendarfbriefbank eG in diesem Jahr fand eine sehr starke Nachfrage bei den Pfandbriefinvestoren. Der Hypothekendarfbrief über 500 Mio. Euro hat eine Laufzeit von 10 Jahren und einen Kupon von 0,625 Prozent. Das Orderbuch wurde bei 650 Mio. Euro geschlossen. Dabei waren die Emissionsbedingungen nach dem langen Wochenende leicht erschwert. Dies wurde jedoch durch die derzeit recht hohe Nachfrage nach Covered Bonds und Pfandbriefen mehr als aufgewogen. Dies zeigte sich auch am Preis, der mit 10 Basispunkten unter Swap-Mitte angekündigt und aufgrund des großen Investoreninteresses bei 12 Basispunkten unter Swap-Mitte festgelegt wurde.

Es wurden 34 Orders aus neun Staaten abgegeben. Regionaler Schwerpunkt mit über 80 Prozent des Emissionsvolumens war Deutschland, gefolgt von Asien und dem Mittleren Osten. Größte Investorengruppe waren mit fast 44 Prozent des Emissionsvolumens Zentralbanken. „Das geringe Angebot an Pfandbriefen in den letzten Wochen war die Grundlage für einen hervorragend gepreisten Bond“, sagte Dr. Louis Hagen, Vorsitzender des Vorstands der MünchenerHyp. **□**

LfA fördert Bayerische Theatertage in Hof

Nachwuchsförderung auch im Kulturbereich im Fokus
Positive Arbeitsplatzeffekte durch Wirtschaftsförderung

Bis Mitte Mai fanden in Hof die Bayerischen Theatertage statt. Unterstützt werden sie von der LfA Förderbank Bayern und das bereits seit 2005. Im Fokus der Kulturförderung: Der künstlerische Nachwuchs angelehnt an die Förderung von Gründern und jungen Unternehmern. Für diese sowie den etablierten Mittelstand ist die LfA mit dem 2015 eröffneten Förderstützpunkt in Hof Ansprechpartner vor Ort. Das kommt der Wirtschaft in der Region zu Gute: Allein in den letzten drei Jahren hat die staatliche Spezialbank Gründern sowie mittelständischen Unternehmen in Stadt und Landkreis Hof über 22 Millionen Euro an Förderkreditern zugesagt.

LfA-Vorstandsmitglied Hans Peter Götter hatte sich im Vorfeld sehr beeindruckt vom vielfältigen Programm der Theatertage gezeigt: „Die Theatertage sind ein Aushängeschild für Hof. Denn ein attraktiver und erfolgreicher Wirtschaftsstandort braucht eine lebendige und vielfältige Kulturlandschaft. Deshalb gehört für uns der Bereich Kultur zur Wirtschaftsförderung. Neben mittelständischen Unternehmen stehen wir jungen Künstlern am Anfang ihrer professionellen Laufbahn zur Seite. Die Bayerischen Theatertage sind hier ein herausragendes Beispiel.“

Zur Förderbilanz für Stadt und Landkreis Hof ergänzt Götter:

„Der Fördereffekt ist beachtlich: Die von uns in den letzten drei Jahren unterstützten Unternehmen konnten Investitionen in Höhe von über 37 Millionen Euro stemmen. So konnten die Betriebe fast 1.700 Arbeitsplätze sichern und neu schaffen. Das stärkt die Region nachhaltig.“

Seit diesem Jahr fördert die LfA die neu entwickelte Reihe „Next Generation: Junge Theatermacher aus Bayern“, bei der im Rahmen der Theatertage Produktionen von jungen professionellen Teams gezeigt werden. Zu dieser Reihe gehörte das Handlungsballett „Die Pöppel“, das Anfang Mai vom Mainfranken Theater Würzburg aufgeführt wurde. **□**

Genossenschaftsverband Bayern zur europäischen Einlagensicherung

Der GVB bekräftigt seine ablehnende Haltung zur europäischen Einlagensicherung. Anlässlich des heute von der EU-Kommission vorgestellten Reflexionspapiers zur Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion warnen die Volksbanken und Raiffeisenbanken im Freistaat vor einer Haftungsgemeinschaft auf Kosten der Finanzstabilität. In dem Papier spricht sich die Brüsseler Behörde unter anderem für eine zentrale europäische Einlagensicherung zur Vollendung der Bankenunion aus.

„Das Ziel der EU-Kommission, die Finanzstabilität in der Eurozone zu erhöhen, ist richtig und notwendig“, erklärt GVB-Präsident Jürgen Gros. „Aber der Einstieg in

eine Haftungsgemeinschaft führt in eine Sackgasse. Das bewährte deutsche Einlagensicherungssystem ist ein wesentlicher Pfeiler der Finanzstabilität, der nicht durch eine europäische Zwangsgemeinschaft eingegrissen werden darf.“

In Deutschland angesparte Mittel dürften nicht zur Rettung maroder Banken in Europa zweckentfremdet werden. Ein Anzapfen der deutschen Sicherungstöpfe würde zudem dazu führen, dass das Vertrauen der Sparer erodiert. „Im Interesse der Finanzstabilität gilt es, die funktionierenden deutschen Haftungs- und Präventionsstrukturen zu erhalten und die Spargelder der Bundesbürger zu schützen“, so Gros. **□**

vbw zeigt mit Online-Rechner:

Bürgerversicherung würde Deutschland Milliarden kosten

Durch die von SPD, Grünen und Linken geplante „paritätische Bürgerversicherung“ müssten die Arbeitgeber in Deutschland deutlich tiefer in die Tasche greifen. Das zeigt ein neuer Online-Rechner der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Die vbw stellt unter www.buergerversicherungsrechner.de den Unternehmen in Bayern und Deutschland online einen Belastungsrechner zur Verfügung. Mit diesem Tool können Unternehmen – von der Aktiengesellschaft bis zum Kleinbetrieb – online den zum Teil dramatischen Anstieg der Lohnzusatzkosten für ihre Belegschaft in Euro und Prozent quantifizieren. In der rot-grünen Bürgerversicherung würden die Lohnzusatzkosten der Arbeitgeber um bis zu 57 Prozent steigen. Die Bürgerversicherung der Linken dagegen gleicht einer ungedeckelten, arbeitnehmerfeindlichen Lohnsummensteuer.

Der Online-Rechner enthält zahlreiche Beispiele real existierender Unternehmen: Ein Produktionsbetrieb der Automobil-Zulieferindustrie mit fast 7.000 Mitarbeitern würde nach dem rot-grünen Bürgerversicherungs-Modell fast 30 Prozent und damit rund 7,5 Millionen Euro jährlich mehr Lohnzusatzkosten als heute bezahlen müssen. Bei der Bürgerversicherung der Linken wären es fast zehn Millionen Euro mehr. Auf ein Softwareunternehmen mit 34 Mitarbeitern würden in der rot-grünen Bürgerversicherung Mehrkosten von 35 Prozent und damit

fast 40.000 Euro mehr pro Jahr zukommen. In der Bürgerversicherung der Linken würde sich der Mehrkostenbetrag auf jährlich rund 85.000 Euro mehr als verdoppeln. „Das sind Mittel, die die Firmen dringend brauchen, um international wettbewerbsfähig und innovativ zu bleiben“, warnt vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossard. Weil die Bürgerversicherung vor allem – aber nicht nur – höhere Abgaben für qualifizierte Beschäftigte vorsieht, gefährdet sie insbesondere die Arbeitsplätze gut ausgebildeter Fachkräfte, wie aus der vbw Analyse „Lohnzusatzkosten in der Bürgerversicherung“ hervorgeht.

„Ein genauer Blick auf die Vorschläge von SPD, Grünen und Linken zeigt, dass ihre Umsetzung für Arbeitgeber, Arbeitnehmer, das Gesundheitssystem und die gesamte Wirtschaft Belastungen in Milliardenhöhe bedeuten würden. Die Bürgerversicherung ist und bleibt ein Irrweg, die wirtschaftliche Dynamik der Wirtschaft würde dadurch spürbar gebremst. Im Gegensatz dazu steht der Systemwettbewerb zwischen Gesetzlicher und Privater Krankenkasse im Interesse derer, denen Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit am Herzen liegen“, so Brossard. **□**

Arbeitsstaatssekretär Hintersberger:

„LfA Förderbank Bayern ist Partner des Mittelstandes“

Arbeitsstaatssekretär Johannes Hintersberger hat anlässlich der Arbeitsmarktzahlen für Mai die Bedeutung der Wirtschaftsförderung und im Speziellen der LfA Förderbank für den bayerischen Mittelstand betont. Bayern liegt mit einer Arbeitslosenquote von 3 Prozent bundesweit an Platz 1 und hat den besten Arbeitsmarkt seit 20 Jahren.

„Dies ist auch ein Verdienst bayerischer Strukturpolitik“, so Hintersberger. „Bayern setzt seine Wirtschaftsfördermittel gezielt und effizient zu Gunsten des Mittelstands ein. Unser Mittelstand ist die Wirbelsäule für eine stabile Wirtschaft. Eine besondere Rolle dabei spielt die LfA Förderbank.“

Der Arbeitsstaatssekretär, der auch stellvertretendes LfA-Verwaltungsratsmitglied ist, würdigt die beeindruckende Förderleistung der LfA für die bayerische Wirtschaft: „Im Jahr 2016 wurden allein mit den Förderkreditern über 4.000 Gründer und mittelständische Betriebe unterstützt. Dadurch konnte die LfA Förderbank Investitionen in Höhe von gut 2,1 Milliarden Euro anstoßen. Das stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe und schafft Wachstum und Arbeitsplätze in Bayern. So konnten mit Hilfe der LfA fast 115.000 Stellen gesichert und über 4.400 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.“ **□**

Verleihung des VR-Sozialpreises 2017:

Zeichen der Heimatverbundenheit

Im Landratsamt Landsberg am Lech wurde der VR-Sozialpreis 2017 verliehen. Stefan Jörg, Vorstandsvorsitzender der VR-Bank Landsberg-Ammersee eG, konnte zu diesem Festakt Finanzminister Dr. Markus Söder, die zweite Bürgermeisterin der Stadt Landsberg am Lech, Doris Baumgartl und den Hausherrn, Landrat Thomas Eichinger, begrüßen.

Wie Finanzminister Söder betonte, beruhe Bayerns Stärke auf seinen Menschen. Nirgends werde dies so deutlich wie im Ehrenamt. Wer ein Ehrenamt übernimmt, setze damit ein besonderes Zeichen der Verbundenheit mit der Heimat.

Die VR-Bank Landsberg-Ammersee ist Söder zufolge „eine wichtige Stütze für Gesellschaft und Wirtschaft“. Durch ihre Ausrichtung auf Menschen und Unternehmen vor Ort und deren soziales Engagement sei sie tragendes Element der kommunalen Familie und mit ihrer über 130-jährigen Tradition eine der ältesten Kreditgenossenschaften in Bayern. Allein im Jahr 2015 habe sie mit mehr als 200.000 Euro Bildung, Kunst, Kultur, Sport und Soziales in der Region unterstützt.

Mit dem ersten Preis in Höhe von 3.000 Euro kürte die Jury das langjährige Engagement des Vereins zur Förderung von Aus- und Weiterbildung im Handwerk e.V. „Handwerk mit Herz“. Vor rund 15 Jahren hat die Kreishandwerkerschaft den Verein gegründet und hilft damit Kindern und Jugendlichen in Not. Jedes Jahr wird beispielsweise für Heimkinder ein Ausflug in den Europapark nach Rust organisiert. Vor allem das Geborgenheitsgefühl ist für die Kinder wichtig, die dort meist noch ein Zeltlager mit Grillabend erleben dürfen. **DK**

Über den zweiten Preis (2.000 Euro) durfte sich das AWO-Mehrgenerationenhaus Landsberg „Begegnungsstätte Kratzertriffl“ freuen. Mit der Flüchtlingswelle sind auch zahlreiche Frauen in den Landkreis Landsberg gekommen. Während es für Männer viele Betreuungsangebote gibt, sah man 2015 im AWO-Mehrgenerationenhaus in Landsberg noch Nachholbedarf für Frauen. Deshalb wurde der „Frauentreff Interkulturell“ im Kratzertriffl ins Leben gerufen.

Mit dem dritten Preis (1.000 Euro) wurde schließlich die 2009 gegründete Gesellschaft für Kinderkrebsforschung e.V. ausgezeichnet. Ihr gehören sowohl Ärzte als auch Menschen betroffener und nicht betroffener Familien aus dem ganzen Bundesgebiet an.

Die Gesellschaft für Kinderkrebsforschung fördert und finanziert bundesweit Forschungsprojekte, um immer mehr neue Therapien zu erschließen und somit die Überlebenschancen dieser Kinder dauerhaft zu verbessern. Finanziert werden vor allem innovative und patientenorientierte Forschungsprojekte, die ohne Spenden nicht zustande kommen würden. Inzwischen hat die GKKF knapp 290.000 Euro in verschiedene Forschungsprojekte investiert, um seltene Krebsformen zu erforschen und zu heilen. **DK**



„Bescheidübergabe für die 1. KommWFP-Maßnahme Oberfrankens: Bereichsleiterin „Planen und Bau“ der Regierung von Oberfranken Marion Resch-Heckel (rechts) übergibt zusammen mit Abteilungsleiter Kommunalkredit der BayernLabo Wolfgang Schmidt (Mitte) den Förderbescheid und die Zustimmung zum Maßnahmenbeginn an Oberbürgermeister Dr. Uwe Kirschstein. Bild: I. Dorschner, Regierung von Oberfranken

Wohnungspakt Bayern:

In Forchheim entsteht neuer bezahlbarer Wohnraum

Mit dem KommWFP und der Förderung von Mietwohnraum EOF gegen angespannte Mietmärkte

Die Regierung von Oberfranken bewilligt für die Schaffung von zeitgemäßem bezahlbarem Wohnraum in der Stadt Forchheim Fördermittel in Höhe von rund 3,3 Millionen Euro. Mit den drei Neubauobjekten entstehen zusammen 28 Wohneinheiten. Bauherren sind neben der Stadt selbst die „Wohnungsbaug. u. Sanierungsgesellschaft der Stadt Forchheim mbH“ (GWS) und die „Wohnungsbaug. und Verwaltungsgenossenschaft Forchheim eG“.

Die Bewilligungen erfolgen im Rahmen des sog. Wohnungspakts Bayern. Dabei handelt es sich um ein umfangreiches Maßnahmenpaket für mehr preisgünstigen Wohnraum, das das Bayerische Kabinett im Oktober 2015 beschlossen hatte. Der Pakt besteht aus drei Säulen.

Neben dem staatlichen Sofortprogramm (in dieser ersten Säule baut der Staat selbst Wohnungen) stellt das Kommunale Wohnungsförderungsprogramm (KommWFP) die zweite Säule dar. Dieses richtet sich exklusiv an Gemeinden und fördert die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum durch Gemeinden als Bauherren.

Zweite Säule

Die Stadt Forchheim baut im Rahmen dieser zweiten Säule sechs Wohneinheiten im Stadtteil Buckenhofen und erhält nun als erste Kommune in Oberfranken die Zusage von Fördermitteln des Freistaats Bayerns und der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt aus dem KommWFP über insgesamt rund 1,3 Millionen Euro. In der Kombination aus 30 % direktem Zuschuss des Freistaats und 60 % zinslosem Kredit der BayernLabo erhält die Stadt einzigartig günstige Finanzierungsmittel zur Realisierung von neuem, preiswertem Wohnraum.

Die dritte Säule des Wohnungspakts Bayern stellt die Weiterent-

wicklung der allgemeinen staatlichen Wohnraumförderung (Einkommensorientierte Förderung - EOF) dar. Hiervon profitieren in Forchheim die Bauherren GWS und WVG als Empfänger der Förderung. Für ihr Gemeinschaftsprojekt erhalten sie über das Bayerische Wohnungsbauprogramm insgesamt 2.057.200 Euro an Fördergeldern. In direkter Nachbarschaft zueinander entstehen zwei fast baugleiche Wohnhäuser mit jeweils elf Wohneinheiten.

Gemeinschaftssinn zeigt sich dabei nicht nur im Bauprozess, sondern auch im Objekt selbst. Es entsteht barrierefreier Wohnraum mit einem Zugang zu einem Gemeinschaftsraum sowie einem gemeinschaftlich nutzbaren Freiraum. Die Stadt stellt zur Realisierung ein Erbbaurecht auf bislang unbebauten städtischen Liegenschaften zur Verfügung und unterstützt das Baugenehmigungsverfahren intensiv.

„Diese Projekte sind vorbildlich. Forchheim positioniert sich als attraktiver Wohnstandort für alle Gruppen der Bevölkerung am Markt“, lobt Regierungspräsidentin Piwnetz das Engagement der Stadt. Die BayernLabo steht den Bauherren als Förder- und Kommunalkreditgeber der Freistaats Bayern in der zweiten wie in der dritten Säule mit zinsvergünstigten Förderdarlehen und der kreditwirtschaftlichen Betreuung der Förderung zur Verfügung. □

5. BayernLB Fixed Income Conference

Beim zweitägigen Experten-austausch für Wirtschafts- und Finanzmärkte diskutierten Institutionelle Investoren und Emittenten über Fixed Income und Corporate Schuldscheine, Niedrigzins und Marktentwicklungen. Zur Fachveranstaltung in München trafen sich über 350 Teilnehmer aus Finanzinstitutionen (Versicherungen, Kapitalgesellschaften sowie Sparkassen und Banken). Die Konferenz der BayernLB hat sich als Branchentreff für institutionelle Anleger und Emittenten etabliert.

Die Keynote-Speech hielt Philippe Mills, anschließend nahm er an einer Paneldiskussion mit BayernLB CEO und VÖB-Präsident Johannes-Jörg Riegler teil. Weitere Spezialisten aus der Wirtschaft sowie dem Banken- und Versicherungssektor be-

leuchteten in rund 30 Fachvorträgen und Paneldiskussionen das weltweite wirtschaftliche Umfeld sowie Spezialthemen aus dem Fixed-Income Bereich. Parallel zum Programm präsentieren sich Emittenten und institutionelle Investoren haben die Möglichkeit, One-on-One Gespräche zu führen.

„Die Fixed Income Conference liefert Entscheidern aktuelle Impulse und bietet einen Orientierungsrahmen“, sagt Ralf Woitschig, der im Vorstand der BayernLB das Geschäftsfeld Financial Markets verantwortet. Chancen und Risiken des aktuellen Kapitalmarktfelds werden eingehend beleuchtet, „denn die Herausforderung für institutionelle Investoren, die richtigen Investmententscheidungen zu treffen, wird immer größer“. □

BayernLB startet mit Quartalsgewinn ins Jahr 2017

Die BayernLB hat im ersten Quartal 2017 einen Gewinn vor Steuern in Höhe von 230 Mio. Euro erwirtschaftet. Dies bedeutet eine Steigerung von rund 153 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum (Vj.: 91 Mio. Euro). Die Eigenkapitalausstattung der BayernLB ist weiterhin solide. Die CET1-Quote lag sowohl „phase in“ mit 14,6 Prozent als auch „fully loaded“ mit 13,1 Prozent auf dem guten Niveau des Jahresultimo 2016. Ihre Eigenkapitalrentabilität (RoE) hat die BayernLB auf 10,5 Prozent gesteigert (Vj.: 4,2 Prozent), die Cost-Income-Ratio verbesserte sich von 66,3 Prozent auf 60,0 Prozent. Die Belastung durch die europäische Bankenabgabe und die Beiträge zur Einlagensicherung in Höhe von insgesamt 79 Mio. Euro hat die BayernLB bereits im ersten Quartal vollständig verarbeitet (Vj.: 76 Mio. Euro).

„Wir sind stark in das neue Jahr gestartet und setzen damit nach dem hervorragenden Jahresergebnis 2016 unsere erfolgreiche Entwicklung kontinuierlich fort“, so der Vorstandsvorsitzende der BayernLB, Johannes-Jörg Riegler. „Unser Geschäftsmodell hat sich in einem schwierigen Marktumfeld wiederum bewährt. Dass alle operativen Segmente einen positiven Beitrag zu diesem Ergebnis geleistet haben, unterstreicht einmal mehr die Stärke der BayernLB im Kundengeschäft.“

Trotz der herausfordernden Rahmenbedingungen konnte die BayernLB sowohl den Zinsüberschuss als auch den Provisionsüberschuss steigern. Der Zinsüberschuss erhöhte sich auf 430 Mio. Euro (Vj.: 372 Mio. Euro), der Provisionsüberschuss stieg auf 71 Mio. Euro (Vj.: 58 Mio. Euro).

Aufgrund der guten Qualität ihres Portfolios konnte die BayernLB bei der Risikoversorge im Kreditgeschäft erneut einen positiven Wert ausweisen. Zu dem Anstieg auf 95 Mio. Euro haben auch Eingänge aus früheren Kreditengagements beigetragen (Vj.: 15 Mio. Euro). Das Ergebnis aus der Fair Value-Bewertung lag mit 71 Mio. Euro (Vj.: -22 Mio. Euro) deutlich über dem Vorjahr, das Ergebnis aus Finanzanlagen betrug 7 Mio. Euro (Vj.: 44 Mio. Euro).

Der Verwaltungsaufwand ist auf 323 Mio. Euro angestiegen (Vj.: 301 Mio. Euro). Treiber für diesen Kostenanstieg sind regulatorische Großprojekte. Die positiven Ergebnisse aus den laufenden Kostensenkungs- und Effizienzsteigerungsprogrammen konnten den Anstieg zwar abmildern, aber nicht vollständig kompensieren.

Die Kapitalausstattung der Bank ist weiterhin solide. Die CET1-Quote lag bei 14,6 Prozent (31.12.2016: 14,7 Prozent), „fully loaded“ bei 13,1 Prozent (31.12.2016: 13,2 Prozent).

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Jahresende 2016 um 5,6 Prozent auf 224,1 Mrd. Euro, die risikogewichteten Aktiva (RWA) stiegen leicht um 0,8 Prozent auf 65,7 Mrd. Euro.

Die nachhaltig positive Geschäftsentwicklung der BayernLB in den letzten Jahren und die Erfolge des am Kunden orientierten Geschäftsmodells wurden auch durch ein Rating-Upgrade bestätigt. Moody's hat am 13. April 2017 das langfristige Emittentenrating der BayernLB um einen Notch von A2 auf A1 angehoben, wobei der Ausblick unverändert stabil bleibt. Die Heraufstufung basiert insbesondere auf einer Verbesserung der Basiskreditrisikoeinschätzung infolge eines verbesserten Finanzprofils. Daneben würdigte die Ratingagentur vor allem die solide CET 1-Quote fully loaded und die gute Asset Qualität der BayernLB.

Die BayernLB hat im Segment „Corporates & Mittelstand“ das Ergebnis vor Steuern gegenüber dem ersten Quartal 2016 um rund 65 Prozent auf 84 Mio. Euro gesteigert (Vj.: 51 Mio. Euro). Die wesentliche Ursache für den Ergebnisanstieg liegt in der Risikoversorge, die deutlich stärker von

Eingängen auf abgeschriebene Forderungen profitierte als im Vorjahreszeitraum und dadurch mit 50 Mio. Euro (Vj.: 2 Mio. Euro) positiv zum Ergebnis beitrug. Die operativen Erträge aus Zins- und Provisionsüberschuss konnten im nach wie vor schwierigen Zinsumfeld stabil gehalten werden und entsprachen mit insgesamt 103 Mio. Euro (Vj.: 103 Mio. Euro) dem Vorjahreswert.

Solides operatives Geschäft

Das Ergebnis aus den ersten drei Monaten kann naturgemäß nicht auf das Gesamtjahr hochgerechnet werden. Sofern sich die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht verändern, erwartet die BayernLB aufgrund ihres soliden operativen Geschäfts, der guten Portfolioqualität und ihrer stabilen Kundenbasis erneut ein positives Ergebnis vor Steuern im mittleren dreistelligen Millionenbereich. □



Der Vorstandsvorsitzende der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen, Thomas Schwarzbauer (l.) und Landrat Leo Schrell (daneben) übergaben an Dr. Cornelia Schneider und Kreisbrandrat Frank Schmidt eine Spende über 4.400 Euro für die Anschaffung eines Übungsphantoms. □

Sparkasse Dillingen unterstützt Anschaffung eines Übungs-Defibrillators

Mit einer gezielten Ausbildung der Feuerwehrcräfte möchte der Kreisfeuerwehrverband Dillingen eine erfolgreiche Herz-Lungen-Wiederbelebung im Notfall leisten. Deshalb hat Kreisbrandrat Frank Schmidt die Anschaffung eines Übungs-Defibrillators initiiert. Die Kreis- und Stadtparkasse Dillingen unterstützt die Investition mit einer Spende über 4.400 Euro.

Landrat Leo Schrell und der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse, Thomas Schwarzbauer, betonten bei der Spendenübergabe unisono, dass eine optimale Ausbildung der Feuerwehrcräfte im Ernstfall lebensrettend für den Betroffenen sein kann.

Dr. Cornelia Schneider hat bereits zum Jahreswechsel in der

Nachfolge von Dr. Harry Böhm die ärztliche Betreuung der Feuerwehren im Landkreis übernommen. Sie erläuterte, dass Kernstück des Trainingspaketes neben dem automatischen externen Defibrillator auch ein Übungsphantom sei.

Mit der Ausrüstung sollen zukünftig neben allen Truppmann-Anwärtern auch Angehörige der Feuerwehren in Reanimationsmaßnahmen ausgebildet und in Training gehalten werden, die über einen automatischen externen Defibrillator verfügen. Gleiches gilt für die First-Responder-Kräfte, die als Ersthelfer die Zeit zwischen dem Eintreten eines Notfalls und der ersten medizinischen Versorgung verkürzen sollen. **Hurler**



Brummen ist einfach.



sparkasse.de

Weil die Sparkassen den Motor unserer Wirtschaft am Laufen halten.

Mittelstandsfinanzierer Nr. 1*

*bezogen auf die Sparkassen-Finanzgruppe

Finanzgruppe

Kommunalwirtschaft und kommunales Unternehmerrecht:

Umfassende Rechtsberatung als Problemlöser

GZ-Gespräch mit Dr Stefan Detig, Geschäftsführer DETIG Rechtsanwalts-gesellschaft mbH

In Folge des demographischen Wandels und chronisch angespannter Kommunalhaushalte werden mittelfristig die Kosten für den Erhalt und den Betrieb von Einrichtungen der Daseinsvorsorge für immer mehr Kommunen strukturell zu einer immensen Herausforderung – trotz momentan meist guter Steuereinnahmen. Das Spektrum betroffener Infrastrukturen ist groß. Fakt ist, dass deren gewohnte Funktionalität – ohne anpassendes Handeln – nur noch unter deutlich steigendem Kostenaufwand je Einwohner aufrechterhalten werden kann.

Als kompetenter Ansprechpartner in Fragen der Kommunalwirtschaft, des kommunalen Unternehmensrechts und der Besteuerung der öffentlichen Hand vertritt Rechtsanwalt Dr. Stefan Detig als Geschäftsführer der DETIG Rechtsanwalts-gesellschaft mbH die Interessen einer Vielzahl von Gemeinden, Städten und Landkreisen mit all ihren unternehmerischen Aktivitäten rechtlich, steuerlich und betriebswirtschaftlich bis hin zur Finanzierung. Detig war insgesamt zwölf Jahre Gemeinderatsmitglied sowie sechs Jahre Erster Bürgermeister der Gemeinde Pullach. Seit 2008 fungierte er als Rechtsanwalt und Partner bei der LKC Rechtsanwalts-gesellschaft mbH und führt seit April 2016 eine eigenständige Kanzlei weiterhin in enger Zusammenarbeit mit der LKC Gruppe.

Investitionsbereiche

Bislang, so Detig im Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung, suchten überwiegend oberbayerische Kommunen mit einer soliden Finanzausstattung und konkreten Zukunftsvisionen bei ihm als gemeindlichem Rechtsberater externe Unterstützung. Zu den wichtigsten kommunalen Investitionsbereichen zählen unter anderem Erneuerbare Energien, Fernwärme, Wohnungsbau, Wirtschafts- und Tourismusfördermaßnahmen und Krankenhäuser.

Perspektiven für die Zukunft

wurden beispielsweise im Landkreis Ebersberg geschaffen. Wie der Anwalt erläuterte, habe Landrat Robert Niedergesäß ihn vor gut einem Jahr kontaktiert, um beim Thema Wohnungsmangel tätig zu werden. Bezahlbare Mietwohnungen sollten auf Grund-



Dr. Stefan Detig.

stücken im Eigentum der Kommunen errichtet werden. Dazu wurde schließlich Ende 2016 das Kommunalunternehmen „Wohnbaugesellschaft Ebersberg“ gegründet, an dem sich Gemeinden schrittweise beteiligen können. Private Investoren sind hingegen ausgeschlossen. Der Stadtrat Grafing beschloss als erste Gemeinde, diesem Unternehmen beizutreten und ein Grundstück einzubringen. Darauf wird nunmehr ein Mehrfamilienhaus-Neubau errichtet.

Schaffung von Wohnraum

Detig zufolge stellt insbesondere das mangelnde Wohnungsangebot für einkommensschwache Haushalte und anerkannte Flüchtlinge ein Problem dar. Die sogenannte dezentrale Unterbringung in nicht-staatlichen Unterkünften sei eine wichtige Stütze in der deutschen Asylpolitik. Doch bezahlbarer Wohnraum sei rar und schon heute hätten es junge Familien, Geringverdiener und Senioren schwer, geeignete preisgünstige Wohnungen zu finden. Insofern sei die Schaffung von Wohnraum durch Neubau dringend notwendig. Um diesen Neubau zu fördern, wurden verschiedene Förderprogramme aufgelegt.

Förderprogramm

So unterstützt das kommunale Wohnraumförderprogramm (KommWFP) des Freistaates Bayern seit 1. Januar 2016 Gemeinden dabei, Wohnungsangebote für den örtlichen Bedarf zu schaffen. Dadurch sollen jährlich über 1.500 Mietwohnungen mit einer Durchschnittsfläche von 65 Quadratmetern entstehen. Als Förderrahmen steht dafür jährlich ein Betrag von 150 Millionen Euro zur Verfügung.

Gefördert wird nicht nur der Neubau von Mietwohnungen, sondern auch die Änderung von Bestandsgebäuden und die Modernisierung sowie der Grundstücks- und Gebäudekauf. Zuwendungsempfänger sind Gemeinden und Zweckverbände. Dabei kommen nur Standorte mit erheblichem, nicht nur vorübergehendem Bedarf an Mietwohnungen in Frage.

Detig zufolge stellen beispielsweise die Gemeinden dem Kom-

munalunternehmen ein Grundstück zur Verfügung und schließen mit diesem eine Zweckvereinbarung (keinen Erbpachtvertrag). Das KU wird von verschiedenen Gemeinden zusammen mit dem Landkreis als Anstalt des öffentlichen Rechts gegründet. Den Zuschuss in Höhe von 30 Prozent aus dem Wohnungspakt durch den Freistaat nutzt das gKU, um die Baukosten und damit die Miete möglichst niedrig zu halten. Dadurch eröffnet sich die Chance, mit der 2. Säule der staatlichen Zuschüsse günstigen Wohnraum zu schaffen und zwar unter Berücksichtigung einer entsprechenden Wirtschaftlichkeit. Die zu erwartenden Mieten können ausreichen, um Zins, Tilgung und Bewirtschaftung zu decken – vorausgesetzt, es wird nicht zu teuer gebaut.

Die Belegungsrechte liegen bei der jeweiligen Gemeinde. Im gKU gilt die gesamtschuldnerische Haftung, d.h., wenn es ein Problem mit einem unwirtschaftlichen Grundstück gibt, betrifft dies auch alle anderen Gemeinden. Deshalb ist es wichtig, dass sich jedes einzelne Objekt rechnet. Die Überschüsse fließen in eine Instandhaltungsrücklage, was im gemeindlichen kamerale Haushalt nicht zulässig wäre. Damit wird der Gebäudewert dauerhaft erhalten.

Beispielhaftes Modell

Die Mieter schließen einen Vertrag mit dem gKU. Die Mieteinnahmen sind steuerfrei. Es soll so viel wie möglich in die Tilgung fließen. Nach etwa 20 Jahren soll der Kredit getilgt sein, was nur funktionieren kann, wenn man preisgünstig baut. Laut Detig ist das Modell Ebersberg beispielhaft und könnte auch in anderen Landkreisen und Kommunen umgesetzt werden.

Ein weiteres, von Stefan Detig als gemeindlicher Rechtsberater begleitetes und gestaltetes Infrastrukturprojekt ist die Errichtung mehrerer Windkraftanlagen im Landkreis Pfaffenhofen. In Gerolshaus entstanden vier Windkraftanlagen, wovon drei von der Gemeinde zusammen mit der Bürgerenergiegenossenschaft Pfaffenhofen eG (BEG) gebaut wurden.

Wasser und Abwasser

Externe Beratungshilfe benötigen die Kommunen laut Detig auch beim Thema Wasser/Abwasser, „wobei sich hier eher das Problem stellt, sehenden Auges in einen Instandhaltungszustand zu geraten“. Bei diesem wesentlichen Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge sei der Fokus auf kontinuierliches Sanieren zu richten.

Letztlich, so der Rechtsanwalt, gehe es darum, wie man die örtliche kommunale Infrastruktur den Rahmenbedingungen entsprechend sinnvoll aufsetzt und den öffentlichen Zweck bestmöglich verfolgt und realisiert. Sich darüber Gedanken zu machen, sei aufgrund der Organisationshoheit der Kommunen auch deren Angelegenheit.

Der Faktor Mensch zählt

Nach Detigs Beobachtung sind Kommunen dankbar dafür, „jemanden an ihrer Seite zu haben, der als ehemaliger Bürgermeister und Kreisrat auch mit dem Ratshausblick ausgestattet ist und Mehrheiten findet“. Man gebe Stufen vor, damit sich alle Beteiligten auch mitgenommen fühlen. Rechtzeitiges Thematisieren sei ratsam.

„Letztlich muss das Gefüge des Konzepts sowohl rechtlich als auch steuerlich und betriebswirtschaftlich ineinander passen, also dynamisch sein“, stellte Detig fest. „Das A und O aber ist und bleibt der Faktor Mensch.“ Er mache den Unterschied. **DK**

Umsetzung der Europäischen Kapitalmarktunion:

Notwendige Korrekturen

Reaktionen von Sparkassenverband Bayern, Genossenschaftsverband Bayern und Bundesverband deutscher Banken

Die Umsetzung der Kapitalmarktunion gilt als eine der Meilensteine in der Geschichte der europäischen Finanzmarktintegration. Bei dem Mammutprojekt geht es um die gezielte Unterstützung alternativer Finanzierungsformen jenseits der etablierten Bankfinanzierung. Die Integration der europäischen Kapitalmärkte soll sowohl grenzüberschreitende Investitionen als auch die Kredit- und Kapitalaufnahme in Europa fördern. Dadurch sollen insbesondere kapitalintensive Branchen unterstützt werden, die auf ein stabiles Finanzierungsumfeld angewiesen sind. In Brüssel wurde nunmehr ein Bericht („mid-term review“) über den Umsetzungsstand des Großprojekts präsentiert.

„Der Bericht zur Umsetzung der Kapitalmarktunion zeigt, dass noch einige Weichenstellungen vorzunehmen sind, bevor die Regeln der Wirtschaft wirklich nutzen können“, erklärte Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, in einer ersten Stellungnahme. Den Unternehmen breitere Finanzierungsmöglichkeiten über den EU-Kapitalmarkt anzubieten und damit mehr Wirtschaftswachstum zu ermöglichen, sei ein guter Gedanke. „Doch jeder Vorschlag, das Finanzierungssystem in Europa zu ändern, muss an den tatsächlichen Bedürfnissen der Unternehmen gemessen werden. Aufgrund der mittelständischen Struktur unserer Wirtschaft zielen diese aber in der Regel auf einen Bankkredit, da eine Kapitalmarktfinanzierung zu teuer käme.“

Finanzierungsbedingungen der Wirtschaft stärken

Wie Netzer hervorhob, „unterstützen wir die Pläne der EU-Kommission zur Schaffung einer Kapitalmarktunion, denn auch wir wollen, dass die Finanzierungsbedingungen der Wirtschaft gestärkt werden. Die Finanzierung von mittelständischen Unternehmen und Projekten kann aber nur mit einem System aus starken Banken und Sparkassen gelingen, das ein leistungsfähiger Kapitalmarkt ergänzt.“ Maßnahmen im Rahmen der Kapitalmarktunion dürften die Kreditfinanzierung durch Banken und Sparkassen daher keinesfalls beeinträchtigen. Vielmehr müsse die Bankfinanzierung für den Mittelstand kurzfristig gestärkt werden.

Netzer zufolge bieten die Beratungen zur Kapitalmarktunion deshalb eine weitere gute Gelegenheit, um spezifische mitgliedstaatliche Finanzmarktstrukturen zu stärken und regional ausgerichtete Kreditinstitute auch europaweit zu verankern. „Die Wettbewerbsfähigkeit von mittelständischen Regionalbanken sollte gestärkt werden, indem sie von überzogenen Reporting- und Aufsichtsanforderungen entlastet werden. Damit wird automatisch auch die Mittelstandsfinanzierung gestärkt und das Wirtschaftswachstum verstärkt.“

Mittelstand im Visier

Die EU-Kommission geht beim Aufbau der Kapitalmarktunion nicht ausreichend auf die Finanzierungsbedürfnisse des Mittelstands ein, lautet das Fazit des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB). Der Verband hält Korrekturen für erforderlich, um die traditionell auf Bankkrediten basierende Fremdfinanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen nicht zu beeinträchtigen.

„Die EU-Kommission muss bei der Kapitalmarktunion die Belange der mittelständischen Wirtschaft stärker berücksichtigen“, kommentierte GVB-Präsident Jürgen Gros. Er begrüßt das grundsätzliche Ziel der Brüsseler Behörde, durch verbesserte Rahmenbedingungen für die Unternehmensfinanzierung mehr Wachstum und Beschäftigung zu schaffen. Doch der Kapitalmarkt

sei speziell für kleinere Unternehmen auch in Zukunft keine Option. Die Kapitalmarktunion müsse deshalb mittelstandsfreundlicher ausgestaltet werden. Gros: „Dazu zählt insbesondere, den Kredit als Pfeiler der Mittelstandsfinanzierung zu stärken und ihn eben nicht politisch durch Kapitalmarktinstrumente ersetzen zu wollen.“

Nach Ansicht des GVB sollte sich die EU-Kommission intensiver dafür einsetzen, unnötige Hindernisse bei der Kreditvergabe zu beseitigen. Dazu zählt auch der Abbau von unverhältnismäßigen Regulierungsvorschriften, die Regionalbanken wie die Volksbanken und Raiffeisenbanken in der Summe erheblich belasten. „Mit einer Befreiung der Kreditinstitute von überzogenen bürokratischen Auflagen ist kleinen und mittleren Betrieben mehr geholfen als durch eine Integration der Kapitalmärkte“, so Gros. Erste Vorschläge im Rahmen des EU-Bankenpakets gingen noch nicht weit genug.

„Der Bericht zur Umsetzung der Kapitalmarktunion zeigt, dass wir auf einem guten Weg sind, auch wenn das Ziel noch ein gutes Stück entfernt ist“, urteilte Michael Kemmer, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes deutscher Banken. Die privaten Banken begrüßen die Absicht der Europäischen Kommission, den EU-Kapitalmarkt zu vertiefen, um so den Unternehmen breitere Finanzierungsmöglichkeiten anzubieten und damit mehr Wirtschaftswachstum zu ermöglichen.

Suche nach der richtigen Balance

„Voraussetzung dafür ist jedoch ein solider und ertragsstarker Bankensektor“, erklärte Kemmer. „Banken spielen in Europa nicht nur bei der Kreditvergabe eine zentrale und erfolgreiche Rolle, sondern übernehmen in der Regel auch bei der Kapitalmarktfinanzierung die Mittlerfunktion. Diese Aufgaben dürfen durch die Kapitalmarktunion nicht untergraben werden.“

Für den Erfolg der Kapitalmarktunion sei es daher entscheidend, „ob wir eine Finanzmarktregulierung finden, die Inkonsistenzen vermeidet und die Banken in ihrer Tätigkeit als Finanzier der Wirtschaft nicht behindert. Der Gesetzgeber muss die richtige Balance zwischen Stabilität, Effizienz und Anlegerschutz finden.“

Ein unerlässlicher Ansatz, um die Kreditversorgung der kleinen und mittleren Unternehmen mit der Kapitalmarktfinanzierung zu verknüpfen, ist nach Kemmers Auffassung der Verbriefungsprozess. Ob der kürzlich im politischen Trilog geschlossene Kompromiss zur Einführung einer STS-Verbriefung (simpler, transparent, standardisiert) geeignet ist, den europäischen Verbriefungsprozess zu beleben, bleibe jedoch abzuwarten.

„Vor dem Hintergrund eines Ausscheidens des Vereinigten Königreiches besteht zudem die Herausforderung, den EU27-Kapitalmarkt weiterhin eng mit dem britischen zu verbinden“, machte Kemmer deutlich. **DK**

Ergebnisse der Steuerschätzung vom Mai 2017:

Steuereinnahmen sorgen für ein positives Stimmungsbild

Bund, Länder und Gemeinden können auch in den kommenden Jahren als Folge der guten Konjunktur mit wachsenden Steuereinnahmen rechnen. Allerdings ergeben sich mit Blick auf die Dynamik auf der Ausgabenseite keine zusätzlichen finanziellen Spielräume für die bayerischen Städte und Gemeinden.

Für das Jahr 2017 erwarten die Steuerschätzer für den Gesamtstaat Steuereinnahmen in Höhe von 732,4 Milliarden Euro. Das wäre ein Plus von 3,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr und ein Zuwachs von 7,9 Milliarden Euro im Vergleich zur vorangegangenen Novemberschätzung. In den Folgejahren (2018 mit 2021) soll der Aufwuchs zwischen 3,4 und 4,2 Prozent liegen. Die Gemeinden können mit einem bundesweiten Gesamtsteueraufkommen von 103,7 Milliarden Euro kalkulieren (+ 5 Prozent). Überträgt man die Ergebnisse auf die bayerischen Städte und Gemeinden, so steigen die Steuereinnahmen (Netto) im Jahr 2017 um 4,8 Prozent auf 18,67 Milliarden Euro. Bei der Gewerbesteuer (Netto) gehen die Steuerschätzer für das laufende Haushaltsjahr von einem Zuwachs um 2,7 Prozent auf 8,16 Milliarden Euro aus. Allerdings sind in den Prognosen rechtsprechungsbedingte Mindereinnahmen enthalten, die nicht flächendeckend zu Gewerbesteuerrückzahlungen führen werden. Die tatsächliche Entwicklung bleibt abzuwarten, für die kommenden Jahre gehen die Steuerschätzer beim Nettoauf-

kommen der Gewerbesteuer von Steigerungsraten zwischen 2,9 und 4,9 Prozent aus.

Bei der zweitgrößten Steuereinnahmesäule, dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, zeichnet sich aufgrund der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt und steigenden Bruttolöhnen und Bruttolöhnen auch für die nächsten Jahre ein deutliches Wachstum ab. Im Jahr 2017 erwarten die Steuerschätzer ein Plus von 5,6 Prozent, was in Bayern zu einem Gesamtaufkommen von 7,6 Milliarden Euro führen würde. Der weitere Aufwuchs im Schätzzeitraum 2018 mit 2021 (3,8 – 5,8 Prozent) ist ebenfalls beachtlich. Nach dem aktuellen Prognoseszenario würde das Gesamtaufkommen (9,34 Milliarden Euro) im Jahr 2021 gleichauf mit der Netto-Gewerbesteuer liegen. Die Entwicklung, wonach die Einkommensteuerbeteiligung die Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle im Haushalt ablöst, hat sich in den letzten Jahren verstärkt.

Zwar kommt dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer am Gesamtaufkommen eine untergeordnete Bedeutung zu (Anteil am Gesamtaufkommen lag

2016 bei weniger als 5 Prozent), dennoch ist ein Hinweis auf die deutlichen Sprünge in den Jahren 2017 (+ 25 Prozent) und 2018 (+ 23,7 Prozent) angebracht. Dieser steifenweise Aufwuchs resultiert aus Bundesmitteln zur Entlastung der kommunalen Ebene, die in wesentlichen Teilen über den Umsatzsteueranteil der Gemeinden transferiert werden.

Nicht nachvollziehbar ist, warum die Steuerschätzer in den Jahren ab 2020 von einer gleichbleibenden Gewerbesteuerumlagebelastung (aktuell 68,5 Prozentpunkte) ausgehen. Die Rechtslage nach dem Gemeindefinanzreformgesetz ist eindeutig. Demnach reduziert sich die Gewerbesteuerumlage ab 2020 um den Anteil der Solidarpaktumlage (= 29 Prozentpunkte). Die Kommunen vertrauen darauf, dass die erhöhte Umlagenbelastung tatsächlich wegfällt und damit ein höherer Anteil an der Gewerbesteuer in den kommunalen Haushalten verbleibt. Trotz des positiven Stimmungsbilds auf der Steuereinnahmeseite bleiben die finanziellen Handlungsspielräume der Städte, Märkte und Gemeinden begrenzt, weil auf der Ausgabenseite eine ähnliche steigende Dynamik festzustellen ist. Hinzu kommt ein enormer kommunaler Investitionsbedarf, der den Druck auf der Ausgabenseite noch verstärkt. **IBS**

Kraft-Wärme-Kopplung:

Amberg auf dem Weg zur bayernweit zentralen Anlaufstelle

Bayern ist bei der Umsetzung der Energiewende gut vorangekommen. Ein konkretes Projekt ist dabei das Kompetenzzentrum für Kraft-Wärme-Kopplung der OTH Amberg-Weiden. „Der Ausbau zu einer bayernweit zentralen Anlaufstelle eröffnet neue Chancen sowohl für die Hochschule, als auch für die ansässigen Unternehmen sowie für die gesamte Region. Die dabei in praktischen Anwendungen umgesetzten Forschungsergebnisse tragen maßgeblich zum Gelingen der Energiewende in Bayern bei. Sie machen uns unabhängiger und bringen zudem innovative Arbeitsplätze, Wohlstand und auch mehr Lebensqualität durch saubere Umwelt“, stellte Finanzstaatssekretär Albert Füracker bei einem Informationsbesuch beim Kompetenzzentrum Kraft-Wärme-Kopplung der OTH Amberg-Weiden in Amberg fest.

Im Kompetenzzentrum arbeiten Hochschulen, Forschungsinstitute und Unternehmen gemeinsam an einer effizienteren Energienutzung. Im Vordergrund steht der unmittelbare Anwendungsbezug durch Umsetzung neu entwickelter Technologien in die Praxis. „Der wechselseitige Erfahrungsaustausch bringt allen Beteiligten Fortschritte. Gleichzeitig ist das Kompetenzzentrum ein exzellenter Innovationshub für die gesamte Region und Jobmotor für die Zukunft mit hochkarätigen neuen und krisensicheren Arbeitsplätzen. Neue Umsatzpotenziale werden erschlossen für viele mittelständische Unternehmer und Handwerksbetriebe. Und das ist auch ein wichtiger Beitrag zu mehr Energieeffizienz

und zur Begrenzung der CO₂-Emissionen“, hob Füracker hervor.

Zweite Projektphase

Der Freistaat hatte für die erste Förderperiode in den Jahren 2012 bis 2016 bereits insgesamt 5,23 Millionen Euro bereitgestellt. In der zweiten Projektphase soll nun das KWK Amberg bayernweit als zentrale Anlaufstelle für Forschung und Entwicklung zur Kraft-Wärme-Kopplung etabliert werden. Hierzu sind für die Jahre 2017 bis 2020 weitere Fördermittel über das zuständige Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst in Höhe von insgesamt 2,93 Millionen Euro vorgesehen. □

„Das eigene Energiesparfestival planen“

Veranstaltung des Bayerischen Landesamtes für Umwelt am 06. Juli 2017 in Regensburg

Energiesparen ist langweilig? „Synergie – das Energiesparfestival“ tritt zum Gegenbeweis an und bietet mit kreativen Workshops, Nachhaltigkeitsmarkt und buntem Bühnenprogramm ein ganzes Festival zum Thema Energie und Energiesparen. Wie eine Kommune ein eigenes Festival umsetzen kann, erfahren die Gäste auf der Praxisveranstaltung für Kommunen am 06. Juli 2017 in Regensburg.

Das Programm ist unter www.synergie-festival.de zu finden. □

Brennstoffzelle aus Mikroorganismen

Kläranlagen der Zukunft liefern sauberes Wasser und Energie

Die Wasserwirtschaft kann einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten. Ihre Anlagen lassen sich in ein intelligentes, auf viele Standorte verteiltes Energiesystem einbinden, wie es für den Umbau der Energieversorgung erforderlich ist.

Ein neues Verfahren, das in Forschungsprojekten nun entwickelt wurde, ist beispielsweise eine Bio-Brennstoffzelle in Kläranlagen. Anders als in herkömmlichen Brennstoffzellen - die chemische Energie, meist aus Wasserstoff, in Strom umwandeln - erzeugen hier Mikroorganismen elektrische Energie direkt aus organischen Stoffen. Dadurch reinigen sie nicht nur einen Teil des Abwassers, sie wandeln auch gleichzeitig die darin enthaltene chemische Energie in Strom um.

Forscher ist es gelungen, mit der Biobrennstoffzelle eine neue Technologie für die „Stromernte“ zu entwickeln; Laborergebnisse werden nun in einen größeren Maßstab übertragen. Die erste Pilotanlage wurde Ende 2016 in Goslar in Betrieb genommen.

Für die Abwasserbehandlung könnte dies eine Technikwende bedeuten - indem Bio-Brennstoffzellen dazu beitragen, dass die Kläranlage der Zukunft nicht nur Energie einspart, sondern überschüssigen Strom an das Energienetz liefert. Dies wird gerade an einem Standort in Darmstadt erprobt. Dort haben sich unterschiedliche Anlagen zu einem sogenannten „Virtuellen Kraftwerk“ zusammengeschlossen. Kläran-

gen könnten so zukünftig als Anbieter am Energiemarkt auftreten. Kläranlagen sind die größten Stromverbraucher in den Kommunen. Für die Betreiber verursacht dies erhebliche Kosten, die letztlich der Gebührenzahler tragen muss. Trotz des hohen technologischen Standards in Deutschland besteht in der Wasserwirtschaft immer noch ein Energieeinsparpotenzial von bis zu 25 Prozent des Stromverbrauches.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat im Jahr 2014 ein Forschungsprogramm gestartet, um Technologien und Konzepte für eine energieeffiziente und ressourcenschonende Wasserwirtschaft zu fördern und mit 28 Millionen Euro Fördermitteln ausgestattet. Nach drei Jahren Forschung stellen die zwölf geförderten Verbundprojekte heute in Berlin ihre Ergebnisse vor, die Biobrennstoffzelle ist eines davon.

Insgesamt arbeiteten über 80 Partner aus Wissenschaft, Wirtschaft und aus Kommunen und Ländern daran, neue Lösungen für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zu finden, die Ressourcen und Energieeinsatz schont. □



10.000-Häuser Programm: Große Freude herrscht bei Ministerin Aigner über die enorme Nachfrage. □

Energieversorger erzeugen immer weniger Strom

Die für die öffentliche Stromversorgung zuständigen Energieversorgungsunternehmen in Bayern haben 2016 gegenüber 2007 um rund 30 Prozent weniger Strom erzeugt. Der Rückgang 2016 ist insbesondere auf das erste vollständige Jahr ohne Stromerzeugung aus dem Kernkraftwerk Grafenrheinfeld zurückzuführen. Es wurde Mitte des Jahres 2015 außer Betrieb genommen.

Nach der Kernkraft ist die Wasserkraft weiterhin die mit Abstand größte Quelle der öffentlichen Stromerzeugung in Bayern. Die Erdgaskraftwerke konnten auf niedrigem Niveau im Vergleich zu den Vorjahren zulegen. „Dies unterstreicht die wachsende Bedeutung der Stromerzeugung aus Erdgas und Wasserkraft in den nächsten Jahren für Bayern, denn diese garantieren unsere Versorgung immer dann, wenn der Strom aus Sonne und Wind nicht zur Verfügung steht“, machte Wolfgang Brandl, Vorstandsvorsitzender des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft VBEW, deutlich.

Im Jahr 2007 haben die Kraftwerke der allgemeinen Versorgung noch rund 74.140 Millionen kWh Strom erzeugt. Im Jahr 2016 waren es nach der Erhebung des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung noch rund 51.647 Millionen kWh. Maßgeblich für diese Entwicklung sind das Abschalten der Kernkraftwerke Isar 1 im Jahr 2011 und Grafenrheinfeld im Jahr 2015 sowie der Rückgang der Stromerzeugung aus Erdgas insbesondere in den Jahren 2012 bis 2014.

Bei der Stromerzeugung der weiteren Energieträger ist die Wasserkraft besonders beachtenswert. Im Vergleich zum zuletzt sehr ordentlichen Wasserkraftjahr 2013 erzeugten die bayerischen Wasserkraftwerke 2016 aufgrund des eher unterdurchschnittlichen Wasserdargebotes mit rund 10.773 Millionen kWh rund 1.000 Millionen kWh weniger Strom als in 2013, aber doch rund 750 Millionen kWh mehr als im Jahr 2015.

Zum Stromverbrauch in 2016 liegen noch keine amtlichen statistischen Zahlen vor. Er ist in Bayern auch in den letzten Jahren weiterhin deutlich angestiegen und liegt derzeit nach VBEW-Schätzung bei rund 90.000 Millionen kWh. Allein in den letzten 10 Jahren hat nach offizieller Statistik der Stromverbrauch um 25 % zugelegt. Die „fehlenden“ Strommengen durch die Energieversorger werden beispielsweise von Landwirten und Bürgern mit Biogas- und Photovoltaikanlagen in das lokale und regionale Stromnetz eingespeist oder aus anderen Ländern über Stromleitungen importiert. Zudem wird auch immer mehr Strom von der Industrie und privaten Haushalten selbst erzeugt und gleich vor Ort verbraucht. Die statistische Erfassung dieser Strommengen gestaltet sich zunehmend schwierig. Die Struktur der bayerischen Stromerzeugung verändert sich fundamental. In diesem Jahr geht ein weiteres Kernkraftwerk vom Netz.

Spätestens bis Ende 2022 gehen mit den Kernkraftwerken Gundremmingen (Block B: 2017,

Block C: 2021) und Isar 2 (2022) weitere 4.000.000 kW Leistung vom Netz und erzeugen jährlich rund 30.000 Millionen kWh weniger Strom. Dann haben die bayerischen Elektrizitätserzeuger innerhalb von 15 Jahren rund zwei Drittel ihrer angestammten Stromproduktion verloren. „Es wird von allen große Anstrengungen erfordern, diese Lücke unter Aufrechterhaltung von Versorgungssicherheit, Preiswürdigkeit und Umweltfreundlichkeit schließen zu können. Wer dabei nur auf heimische Sonne, Wind und Biomasse setzt, gibt sich einer Illusion hin und wird dieses Ziel dreifach verfehlen“, so Brandl. □

Neuer Rekord beim 10.000-Häuser Programm

Aigner: „2.500 Förderanträge in nur zwei Wochen“

Das 10.000-Häuser Programm kann einen neuen Rekord vermelden: Allein in den vergangenen zwei Wochen wurden 1.300 Förderanträge für den Bau oder die Sanierung zum Energie-SystemHaus gestellt. Bayerns Energieministerin Ilse Aigner: „Der Erfolg des 10.000-Häuser Programms setzt sich seit seiner Wiederaufnahme fort. Besonders der Programmteil EnergieSystemHaus stieß zuletzt auf großes Interesse. Die hohe Nachfrage gerade in diesem Bereich freut mich sehr, sie übertrifft alle Erwartungen.“

Für das Jahr 2017 ist mit dem jüngsten Run auf den Programmteil EnergieSystemHaus das verfügbare Programmvolumen bereits heute ausgeschöpft, so dass dieser Programmteil geschlossen wird.

Auch der Programmteil HeizungstauschPlus erfreut sich reger Inanspruchnahme. Die Bewilligungsstellen konnten bereits mehr als 1.200 Förderanträge verzeichnen. 2017 fördert das Bayerische Wirtschaftsministerium im Programmteil HeizungstauschPlus insgesamt 5.000 Maßnahmen.

Beachtliche Effekte

In den vergangenen zwei Wochen wurden Fördermittel in Höhe von ca. zehn Millionen Euro im Programmteil EnergieSystemHaus sowie 900.000 Euro im Programmteil HeizungstauschPlus angefragt.

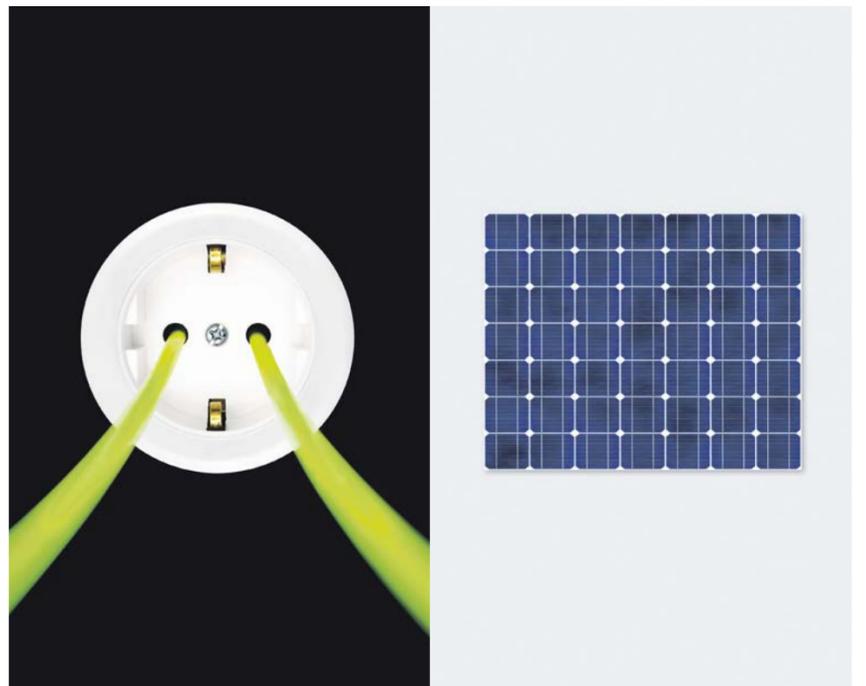
Aigner: „Die volkswirtschaftlichen Effekte des 10.000-Häuser Programms für Bayern sind beachtlich. Jeder Euro Förderung löst zehn Euro an privaten Investitionen aus, etwa bei Baufirmen, Handwerksbetrieben und Architekten vor Ort.“ Darüber hinaus habe die Nachfrage nach Energie-

beratung in Bayern erheblich zugenommen, erklärt die Ministerin. Und die heimische Industrie reagiere mit innovativen Produkten, um die Anforderungen an die Förderfähigkeit zu erfüllen. „Die Innovationskraft unserer Betriebe ist bemerkenswert“, so Aigner weiter.

Neustart des Programms

Der Programmteil EnergieSystemHaus zielt auf grundlegende Sanierungen oder energieeffiziente Neubauten. Mit dem Neustart des Programms am 12. April traten einige Änderungen in Kraft. Die Altbauanierung wurde dabei stärker in den Fokus gerückt, da hier das größte Energieeinsparpotenzial liegt. „Die Bürgerinnen und Bürger, die mit Unterstützung des 10.000-Häuser Programms energieeffizient bauen oder sanieren, leisten einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende in Bayern“, hebt die Ministerin hervor.

Anfang 2018 können erneut Anträge im Programmteil EnergieSystemHaus gestellt werden. „Die Jahrestanche für 2018 wird deutlich größer ausfallen können als in diesem Jahr“, versichert Aigner. □



WIR FÖRDERN RUND UND ECKIG

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern finanzieren wir klassische kommunale Projekte genauso wie Investitionen in regenerative Energien und höhere Energieeffizienz. Gerne beraten wir Sie, wie Sie mit unseren zinsgünstigen Darlehen Ihre Region fit für die Zukunft machen. Tel. 0800 21 24 24 0

www.lfa.de

LfA FÖRDERBANK BAYERN

Beratung. Finanzierung. Erfolg.

Bauarbeiten an der Staustufe Oberelchingen:

Öko-Damm für die Donau

BEW setzen EU-weites Pilotprojekt zur ökologischen Sanierung von Dämmen an der Donau fort

Eine ganz besondere Dammsanierung hat an der Staustufe der Donau in Oberelchingen begonnen. Auf der Nordseite des Flusses baut die Bayerische Elektrizitätswerke GmbH (BEW) auf einer Länge von 500 Metern sogenannte Öko-Bermen. Mit dieser ökologischen Art der Dammsanierung verbessert BEW den Hochwasserschutz und schafft gleichzeitig ökologisch wertvolle Lebensräume für Tiere und Pflanzen. Das Pilotprojekt wird von der EU im Rahmen des Programms Life gefördert und soll Vorbildfunktion für ähnliche Vorhaben in Europa haben.

Die erste Phase der Bauarbeiten zur Dammsanierung in Oberelchingen wurde Mitte April abgeschlossen. Im Herbst wird BEW dann die ökologischen Maßnahmen zusammen mit Fischerei und Naturschutz in Angriff nehmen.

Bei dieser innovativen Art der Dammsanierung entsteht der Platz für den Hochwasserschutz nicht an Land, sondern direkt am Ufer. Auf diese Weise werden die angrenzenden Auwälder geschont. Der Damm wird dabei verbreitert und auf der Wasserseite mit Wurzelschutzmatten ausgestattet. Die speziellen Matten haben eine Dichtungsfunktion und schützen so die Dämme der Staustufe. Anschließend werden Kies und Sedimente aufgeschüttet und die Uferbereiche neu gestaltet.

Hier kommt der ökologische Aspekt hinzu: Mit Hilfe von Totholz und Wasserbausteinen entstehen auf den Sedimenten naturnahe Strukturen und damit wertvolle neue Lebensräume für Tiere und Pflanzen. Bisher war die Sanierung von Dämmen mit erheblichen Eingriffen in die Natur und langwierigen Genehmigungsverfahren verbunden.

Auch an der Staustufe in Offingen hat BEW Öko-Bermen auf einer Länge von rund 500 Metern im Staubereich eingebaut. Die ökologischen Bauarbeiten wurden hier Ende März abgeschlossen.

Die Gesamtkosten für die beiden Vorhaben belaufen sich auf rund 1,4 Millionen Euro. Die EU unterstützt den ökologischen Teil des Gesamt-Projekts, das den Namen INADAR (Innovative ap-

proach for dam restoration) trägt, mit 600.000 Euro.

„Die Förderung des Projekts durch die EU ist für die Projektpartner eine großartige Auszeichnung. Wir wollen die nachhaltige Wasserkraft mit neuen Ideen und Konzepten weiter voranzubringen. Entscheidend ist dabei die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Behörden, Naturschutz, Fischerei und Wissenschaft“, sagt Ralf Klocke, Leiter Wasserbau bei BEW und zuständig für das Projekt.

Das Prinzip der Öko-Berme hat sich bereits bewährt. Das zeigen Ergebnisse von Musterstrecken, die BEW bereits bei Leipzig, Günzburg und Offingen gebaut hat. In Günzburg wurde daraufhin im vergangenen Sommer auf einer Länge von 800 Metern eine Öko-Berme realisiert, die allerdings nicht Teil des EU-Projektes ist.

Wie konkret die positiven Auswirkungen auf die Umwelt sind, wird ebenso wissenschaftlich untersucht wie die Auswirkungen auf die Dammsanierung und die Wirtschaftlichkeit des Verfahrens. Diese Aufgaben übernimmt die Universität Innsbruck, die die Projekte bis 2019 begleitet. „Das Monitoring soll den Vorbildcharakter der Maßnahmen unterstreichen. Ziel des Projektes ist schließlich auch, das Verfahren auf vergleichbare Flüsse in Europa zu übertragen und die Genehmigungsverfahren zu vereinfachen“, sagt Ralf Klocke. An dem Projekt sind auch die Obere Donau Kraftwerke GmbH und der VGB PowerTech e.V. als Partner beteiligt. □



Die BEW sorgt für eine Dammsanierung der besonderen Art. □



Die Geothermieanlage in Unterhaching ist eines der ersten beiden tiefergeothermischen Kraftwerke. □

Geothermiebranche:

Kritik an Klimaschutzpolitik der Bundesregierung

Der Bundesverband Geothermie (BVG) kritisiert die Zaghaftheit der Bundesregierung bei Klimaschutz und Energiewende und fordert eine ambitionierte Förderung der Erdwärmennutzung und anderer Erneuerbarer Energien. Der Ausstieg aus fossilen Heiztechnologien muss schnell eingeläutet werden, sonst könnte das Klimaschutzziel 2050 jetzt bereits beerdigt werden. Der jüngst veröffentlichte Energieforschungsbericht „Innovation durch Forschung 2016“ zeigt, dass besonders kommunale Wärmeprojekte, die auf Geothermie setzen, bestens geeignet sind, um den Erfolg der Wärmewende zu gewährleisten.

Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, bis 2050 80 bis 95 % der CO₂-Emissionen einzusparen. Mit der neuen Förderstrategie des Bundeswirtschaftsministeriums hat sie ein Konzept vorgelegt, wie die Förderung weiterentwickelt werden soll.

Zaghafter Schritt

Dr. Erwin Knapke, Präsident des Bundesverbandes Geothermie e.V., kritisiert sie als zu zaghaften Schritt. „Die Absicht stimmt, aber das Tempo nicht. Nur durch den zügigen Austausch von fossilen Heizungen durch erneuerbare Heizsysteme erreichen wir die angepeilten Ziele. Jetzt und nicht morgen werden die Weichen für die Erneuerbare Wärmewende gestellt. Umso bedauerlicher ist es, dass klimaschädliche, fossile Heizsysteme weiterhin finanziell unterstützt werden und Hybridanlagen auch noch nach 2020 gefördert werden können.“ Knapke geht noch einen Schritt weiter und fordert: „Die Zeit ist knapp. Daher sollte die Bundesregierung sich auch mit einem Verbot des Einbaus von Öl- und Gasheizungen bei Neubauten und Sanierungen beschäftigen – so wie es andere Länder bereits praktizieren. Jede fossile Heizung, die heute eingebaut wird, fehlt den Klimaschutzzielen von morgen.“

Die BMWi-Förderstrategie

will zudem die Förderung der Energieeffizienz und der Erneuerbarer Wärmen zukünftig zusammenführen. Diesem Anliegen widerspricht der Bundesverband Geothermie nicht, sehr wohl aber der Richtung, die dabei eingeschlagen wird.

„Wenn man sich die Förderstrategie anschaut, wird klar, dass die Bundesregierung die Energieeffizienz quasi als Königsweg an die erste Stelle stellt. Dies ist falsch. Für die Erreichung der ambitionierten Klimaschutzziele benötigen wir eine Kombination aller Technologien, die zur Verfügung stehen. Energieeinsparungen allein können es nicht richten“, stellt der promovierte Physiker Knapke fest.

Einfache Lösungen

Oberflächennahe und Tiefe Geothermie bieten einfache Lösungen für den Umstieg auf saubere Wärmeenergie. Der durch die Förderstrategie skizzierte Ausbau der Wärmeinfrastruktur sowie die Verbesserung der Förder- und Forschungslandschaft bilden diesen Umbruch am Markt ab. Knapke lobt: „Positiv ist, dass Geothermie explizit Eingang in die neue Förderstrategie gefunden hat. Mit dem Förderschwerpunkt Wärmeinfrastruktur macht das BMWi klar: Ohne Geothermie ist die Erneuerbare Wärmewende nicht zu schaffen.“ □

Willkommen im Windrad

Bundesverband WindEnergie startet landesweite Aktion

„Willkommen im Windrad!“ – unter diesem Motto hat der Landesverband Bayern des Bundesverbands WindEnergie e.V. (BWE-Bayern) im mittelfränkischen Uffenheim eine landesweite Aufklärungsaktion gestartet. Bayerische Windmüller laden die Bürgerinnen und Bürger aus dem ganzen Land in die rund 1.000 bestehenden Windenergieanlagen ein, um aufzuzeigen, was die Windkraft in Bayern leistet – und was sie leisten könnte.

„Damit uns die Energiewende und der Atomausstieg gelingen und wir unsere Klimaschutzziele erreichen, müssen wir weiter den Ausbau der Erneuerbaren Energien auch in Bayern vorantreiben“, forderte BWE-Landesvorsitzender Raimund Kamm zum Auftakt der Veranstaltung. Dabei sei die Windenergie zusammen mit der Photovoltaik der wichtigste Baustein.

Eine moderne Windenergieanlage in Süddeutschland liefert sauberen Strom für etwa 2.500 Haushalte, erspart dabei jährlich die Verbrennung von rund 2.400 Tonnen Steinkohle und vermeidet etwa 7.000 Tonnen CO₂. Die für Bau und Betrieb eines Windrads benötigte Energie ist binnen weniger Monate Betrieb wieder gewonnen. Windräder und ihre gesamten Bauteile können nach der Betriebszeit vollständig rückgebaut und wiederverwertet werden, Atommüll hingegen strahlt ewig. Die Erträge der Windräder fließen als Löhne, Gewinne und Steuern in die regionale Wertschöpfung ein.

Um den Menschen vor Ort die faszinierende Technik der Wind-

energie und die Vorteile der erneuerbaren Stromerzeugung nahe zu bringen, sollen die Türen der bayerischen Windenergieanlagen mehr als bisher für interessierte Besuchergruppen, Bürgerinnen und Bürger, Schulklassen, Vereine und Parteien geöffnet werden.

Den Startschuss in Uffenheim, das auch zu den von der Staatsregierung ausgewählten Bayerischen Windstützpunkten gehört, gaben der Vorsitzende des BWE-Regionalverbands Mittelfranken, Erwin Keller, und der BWE-Landesvorsitzende Raimund Kamm an einem Bürgerwindrad im mittelfränkischen Windpark Adelhofen-Gollachostheim.

Anwesend waren zahlreiche Gäste aus der Politik, interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Mitglieder des BWE-Bayern. Nach dem Auftakt der Aktion sind in allen Regierungsbezirken zahlreiche weitere Veranstaltungen geplant. Die Vermittlung der zukünftigen Führungen läuft über die bayerische Landesgeschäftsstelle des Bundesverbands WindEnergie e.V. in Landsberg am Lech. □

ZAE Bayern feierte 25-jähriges Bestehen

Das Bayerische Zentrum für Angewandte Energieforschung (ZAE Bayern) hat sein 25-jähriges Bestehen mit einem Staatsempfang im Kaisersaal der Residenz Würzburg gefeiert. Laut Bayerns Wirtschafts- und Energieministerin Ise Aigner wurde das ZAE 1991 von Visionären gegründet, als Energieforschung noch nicht en vogue war.

Aigner weiter: „Heute blicken wir auf ein Vierteljahrhundert gemeinsame bayerische Erfolgsgeschichte zurück: Der Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung im Freistaat hat sich seitdem verdreifacht. Die exzellente anwendungsbezogene Forschung am ZAE Bayern hat entscheidend hierzu beigetragen. Das ZAE als Wegbereiter und Beschleuniger technologischer und wirtschaftlicher Veränderungen im Energiebereich wollen wir künftig weiter ausbauen. Daher fördern wir das Zentrum jährlich mit vier Millionen Euro. Bestens investiertes Geld in die Erforschung der Energie von morgen.“

Das ZAE beschäftigt rund 230 Mitarbeiter an den drei Standorten Würzburg, Erlangen und Garching. Forschungsthemen sind ‚Energieeffizienz‘, ‚erneuerbare

Energien‘ und ‚Energiespeicherung‘, wobei insbesondere auf deren Vernetzung Wert gelegt wird.

Das ZAE arbeitet an der Schnittstelle zwischen Grundlagen- und angewandter Forschung und kooperiert dabei mit zahlreichen Industriepartnern, vom bayerischen KMU bis hin zum europäischen Großkonzern. Die letzten 25 Jahre waren von zahllosen Highlights geprägt, etwa der ‚Solarfabrik der Zukunft‘ in Nürnberg, wo neuartige, umweltschonende Verfahren zur Herstellung von Solarzellen entwickelt werden, hauchdünn wie Papier und dadurch flexibel einsetzbar oder dem hochinnovativen ‚Energy Efficiency Center‘ in Würzburg, das als bundesweit einzigartiges Forschungs- und Demonstrationsgebäude Maßstäbe für zukunftsorientiertes Bauen setzt. □

**Aussteller
10. Bayerisches EnergieForum
Besuchen Sie uns!**

Langmatz

Modernes Leben braucht Energie. Aber wer sorgt für den Energiefluss?

Wir beliefern alle Energieversorger - vom kleinsten bis zum größten.

www.langmatz.de



Jetzt ist auch in Langweid Strom tanken möglich, und zwar direkt vor dem Rathaus. erdgas schwaben beliefert die Ladesäule mit Strom aus 100 % Wasserkraft. Jürgen Gilg, erster Bürgermeister von Langweid (3.v.l.), hat gemeinsam mit Margit Spöttle, Klimaschutzbeauftragte des Landkreises Augsburg, und Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben (ganz links), die neue Ladesäule für Elektroautos von erdgas schwaben in Langweid in Betrieb genommen. Mit dabei: Josef Stuhler, Leiter des Bauamtes in Langweid und Rudolf Jehmiller, Gemeinderat in Langweid (von rechts).

Langweid setzt auf Fahren mit Strom

erdgas schwaben eröffnet erste Elektroladesäule im Ort

Jürgen Gilg, erster Bürgermeister von Langweid, hat gemeinsam mit Margit Spöttle, Klimaschutzbeauftragte des Landkreises Augsburg, und Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben, die neue Ladesäule für Elektroautos von erdgas schwaben in Langweid in Betrieb genommen. Sie steht direkt vor dem Langweider Rathaus.

„Wir machen mit dieser ersten Stromtankstelle in Langweid einen großen Schritt in Richtung Zukunft“, sagte Bürgermeister Gilg. „Denn Elektroautos fahren leise und emissionsfrei – das bringt noch mehr Lebensqualität für alle, die in unserer Gemeinde leben, arbeiten und wohnen. Ich freue mich deshalb sehr, dass Langweid hier mit erdgas schwaben eng zusammenarbeitet – für mehr Klimaschutz und mehr Attraktivität für unsere Gemeinde.“

erdgas schwaben-Strom aus 100 Prozent Wasserkraft

Die Ladesäule von erdgas schwaben vor dem Langweider Rathaus liefert Strom aus 100 Prozent Wasserkraft. Die beiden Ladepunkte vom Typ 2, der sich als Standard in Europa durchgesetzt hat, haben eine Leistung von jeweils 22 Kilowatt (kW). Das bedeutet einmal aufladen, während wir zum Beispiel einen Bauantrag abgeben, Einkaufen gehen oder Freunde besuchen. Das Parken ist während

des Ladevorgangs kostenlos. Dem Fahren mit Strom gehört die Zukunft“, sagte die Klimaschutzbeauftragte des Landkreises Augsburg, Margit Spöttle, „aber nur, wenn der Strom aus erneuerbaren Quellen kommt. Denn dann können wir Umwelt und Klima schonen und die Energiewende bewältigen. Dass erdgas schwaben die Ladesäule mit Strom aus 100 Prozent Wasserkraft beliefert, begrüße ich deshalb sehr.“

Heuer bis zu 30 Ladesäulen geplant

„Mit der neuen Stromtankstelle hier in Langweid nehmen wir die erste Elektroladesäule im Landkreis Augsburg in Betrieb“, stellte Helmut Kaumeier, erdgas schwaben, fest. „Unser Engagement sehen wir vor allem als wichtigen Baustein für die Region. Indem wir das Ladenetz immer dichter machen, unterstützen wir auch das Ziel der Bundesregierung, eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straße zu bekommen.“

Urteil zur Kernbrennstoffsteuer:

Der Bund kann sich nicht unbeschwert über die Verfassung hinwegsetzen

Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass dem Bund die Gesetzgebungskompetenz für den Erlass des Kernbrennstoffsteuergesetzes gefehlt hat. Dies hat aus Sicht des Deutschen Landkreistags Bedeutung über die Steuergesetzgebung hinaus, da das Gericht in seinem Urteil generell bestätigt, dass die Verantwortungsordnung im Grundgesetz vom Bund zu respektieren ist.

Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke kommentiert das Urteil wie folgt: „Damit hat das Bundesverfassungsgericht den Bund nach dem Urteil zur fehlenden Gesetzgebungskompetenz beim Betreuungsgeld bereits zum zweiten Mal innerhalb von zwei Jahren in seine grundgesetzlichen Schranken gewiesen. Dies ist leider mehr als nötig, denn wir haben gerade in der letzten Woche im Zuge der Verabschiedung des Gesetzespakets zu den Bund-Länder-Finzen erleben müssen, dass die grundgesetzlich klar getroffene Abgrenzung von Bundes- und Länderzuständigkeiten am Ende als nachrangig und disponibel

betrachtet worden ist. Dasselbe droht jetzt beim Digitalpakt zur Digitalisierung der Schulen, wo der Bund sogar bei Lerninhalten und Lehrerbildung mitbestimmen und damit in den absoluten Kernbereich der Verantwortlichkeiten der Länder eindringen will.“

Sichtweise des Deutschen Landkreistags

Vor diesem Hintergrund habe das heutige Urteil auch eine grundlegende Aussage, die lautet: „Der Bund kann sich nicht unbeschwert über die Kompetenzordnung des Grundgesetzes hinwegsetzen und ungebunden

Thüga beteiligt sich an smartlab

Erweitertes Lösungsportfolio im Bereich Elektromobilität

Die Thüga Aktiengesellschaft hat sich mit 15,1 Prozent an smartlab beteiligt. Die smartlab entwickelt innovative Dienstleistungen, Produkte und Konzepte für Elektromobilität und steht hinter dem Stadtwerke-Verbund ladenetz.de und der Roaming-Plattform e-clearing.net. Weitere Gesellschafter sind die STAWAG Stadtwerke Aachen AG, die Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, die Stadtwerke Osnabrück AG sowie die erdgas schwaben gmbh. Über den Kaufpreis haben die Vertragspartner Stillschweigen vereinbart.

Ziel der Thüga Aktiengesellschaft ist es, die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit ihrer Stadtwerke zu sichern. „Für die Unternehmen der Thüga-Gruppe ist Elektromobilität ein strategisches Handlungsfeld mit langfristiger Ausrichtung.“

Das Dienstleistungsangebot von smartlab mit den wesentlichen Produkten ladenetz und e-clearing sowie deren Know-how aus Forschungsprojekten im Bereich E-Mobilität hat uns überzeugt. Mit unserer Beteiligung an smartlab erweitern wir für die Unternehmen der Thüga-Gruppe unser Lösungsportfolio im Bereich E-Mobilität rund um die Vernetzung von Ladesäulen“, sagt Dr. Gerhard Holtmeier, Mitglied des Vorstandes der Thüga Aktiengesellschaft.

Die Beteiligung der Thüga ist für den Wachstumspfad der smartlab ein wichtiger Schritt. „Die Thüga ist mit ihren rund 100 Stadtwerken das größte Netzwerk kommunaler Energie- und Wasserdienstleister in Deutschland und bringt uns damit deutschlandweit enormen Zuwachs“, erklärt Dr. Mark Steffen Walcher, Geschäftsführer der smartlab.

Thüga bietet Partnerunternehmen breites Leistungsportfolio

Die Thüga unterstützt ihre Partnerunternehmen bereits mit verschiedenen Leistungen operativ und konzeptionell bei der Etablierung der Elektromobilität auf kommunaler Ebene. Der Ausbau der Ladeinfrastruktur steht im Fokus: So bestehen neben der Kooperation mit smartlab für den Backendbetrieb von Ladesäulen auch Rahmenverträge für Wallboxen und AC-Ladesäulen. Außerdem unterstützt Thüga in der Netzplanung, der Durchführung von Standortanalysen und berät bei der Strategieentwicklung. Pilotprojekte mit Partnerunternehmen, allen voran zum Carsharing, testen Ansätze zur kommunalen Mobilität der Zukunft. Seit 2010

schließen sich auf kommunaler Ebene Energieversorger im Verbund ladenetz.de zusammen, ganz nach dem Motto „Von Stadtwerken für Stadtwerke“. Sie bauen deutschlandweit Ladesäulen auf und vernetzen diese. Innovative Produkte der smartlab ermöglichen ein ganzheitliches Elektromobilitätsangebot für die Stadtwerke-Kunden. Dazu gehören verschiedene Autorisierungsmedien sowie erprobte Konzepte für Service und Abrechnung.

Grenzenlose E-Mobilität

Ihren Kunden bieten die Stadtwerke durch ladenetz.de grenzenlose E-Mobilität: Das bedeutet eine einfache Nutzung sämtlicher Ladestationen von ladenetz.de mit aktuell rund 1000 angeschlossenen Ladepunkten von über 100 Stadtwerke-Partnern. Hinzu kommen über 10.000 weitere Ladepunkte, die durch Roaming-Abkommen auf nationaler sowie internationaler Ebene den Kunden der Stadtwerke-Partner zur Verfügung stehen.



Peter Wendel, Erster Bürgermeister in Aystetten (2.v.l.) und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz (2.v.r.) unterzeichneten den Konzessionsvertrag, der bis 2038 läuft. Mit dabei waren Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden- und Marktpartnerbetreuung erdgas schwaben (ganz links) und Peter Bahner, zweiter Bürgermeister in Aystetten. Bild: erdgas schwaben

Aystetten und schwaben netz:

Wegenutzungsvertrag verlängert

Vor kurzem unterzeichneten Peter Wendel, Bürgermeister in Aystetten, und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz, den neuen Konzessionsvertrag offiziell im Rathaus Aystetten. Damit ist der Energiedienstleister erdgas schwaben mit seiner 100prozentigen Tochter schwaben netz auch in Zukunft für die Planung und den Bau des Erdgas-Netzes Aystetten verantwortlich.

„Unsere Bürgerinnen und Bürger können mit dem Wegenutzungsvertrag, den wir jetzt verlängert haben, langfristig planen“, sagte Bürgermeister Wendel bei

der Vertragsunterzeichnung. „Ich freue mich, dass wir gemeinsam mit schwaben netz die effiziente und umweltschonende Energieversorgung mit Erdgas für Aystetten auch in Zukunft sicherstellen können.“

Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz, betonte: „Erdgas schont die Umwelt und leistet damit einen unverzichtbaren Beitrag zur Klimawende. Wir gewährleisten Versorgungssicherheit mit dem klimaschonenden Energieträger Erdgas und freuen uns deshalb über die Entscheidung.“

Der Vertrag läuft bis 2038. □

Der stärkste Energiemix

**Erdgas // Bio-Erdgas
Strom // Bio-Strom**

Geld sparen, Klima schonen –
unser Mix macht's möglich

Wir sind da, wo unsere Kunden sind

www.erdgas-schwaben.de

Intelligente Vernetzung von Strom und Wärme

Bayerische Gemeinde Bodenmais mit innovativer Wärmeversorgung für private Anwohner wie Gewerbetreibende

Bislang war die beschauliche niederbayerische Gemeinde Bodenmais hauptsächlich bekannt als attraktive Touristenregion – mit gut 900.000 Übernachtungsgästen im Jahr zählt Bodenmais sogar zu den beliebtesten Touristenregionen im Bayerischen Wald. Ein weiterer Imageträger ist die ortsansässige Firma Joska, eine der traditionsreichsten Glashütten in Deutschland und zugleich Weltmarktführer für Kristall- und Glaspokale. Doch seit dem Frühjahr 2015 verfügt Bodenmais nun noch über ein weiteres Aushängeschild, denn als eine der ersten Gemeinden in Deutschland verfügt die 3000-Seelen-Ortschaft über ein so genanntes kaltes Nahwärmenetz.

Das in einer Mischstruktur angelegte Gewerbegebiet hat sich sowohl mit seinen Privathaushalten als auch mit den ansässigen Gewerbetreibenden dazu entschlossen, seine Wärmeversorgung über diese neue, äußerst innovative regenerative Technologie laufen zu lassen. Dabei hat alle Anschlussnehmer die enorme Leistungsfähigkeit eines „kalten“ Nahwärmenetzes überzeugt, wodurch sich eine klare ökologische Zielsetzung für die zukünftige Wärmeversorgung der Gewerbegebiete Bodenmais definieren lässt: eine Reduzierung des Energieaufwands um rund 70% - bei gleichzeitiger CO₂-Einsparung von ebenfalls fast 70%.

Echtes Versorgungsnetz

Das Gewerbegebiet in Bodenmais besteht aus einer bunten Mischstruktur, was sich entsprechend in der Charakteristik der Anschlussnehmer an das Nahwärmenetz widerspiegelt: So findet sich unter den Anschlussnehmern die Dorfbäckerei, eine Tankstelle, die beliebte Pizzeria im Ortskern genauso wie 12 private Ein- und Mehrfamilienhäuser. Das 4-Sterne Wellness Hotel „Bergknappenhof“ ist als nächster Anschlussnehmer in Planung. Insgesamt erstreckt sich die autarke Energieversorgung der Anschlussnehmer über eine Fläche von 50.000 qm.

Umfangreiche Dimensionierung

Die recht umfangreiche Dimensionierung des Nahwärmenetzes in Bodenmais war ursprünglich eigentlich gar nicht so geplant, wie Christian Zelzer, Initiator dieser besonders Ressourcen schonenden Form der Wärmeversorgung sowie Inhaber der ortsansässigen Sanitär- und Heizungsfirma, verrät. „Am Anfang wollte ich eigentlich nur für mein Wohnhaus und meine gewerblichen Flächen die Energieversorgung über ein

plan Lösungen für nachhaltige Nahwärmenetze, vorrangig für größere Anschlusseinheiten wie Gemeinden, Kommunen oder Gewerbegebiete. So erarbeitete Ratioplan auch für besagtes Mischgebiet in Bodenmais ein umfassendes Wärmeversorgungskonzept – angefangen von der Bestandsanalyse über die konkrete Konfiguration der technischen Komponenten bis hin zur gesamten Regelungstechnik.

Kaltes Nahwärmenetz

Das Konzept für ein kaltes Nahwärmenetz ruht im Wesentlichen auf zwei Säulen: der Nutzung erneuerbarer Energien und flexiblen Temperaturen, die sich dem tatsächlichen Verbrauch anpassen. In einem konventionellen Netz stellt die Heizzentrale permanent 70 bis 80°C warmes Wasser bereit. Während der Sommermonate gibt es aber zumeist nicht diesen Bedarf für solch hohe Temperaturen, so dass große Netzverluste entstehen.

Um diese Verluste zu minimieren, wird das System im Sommer als so genanntes „kaltes Netz“ betrieben. Dafür wird die Netztemperatur von Mai bis Ende September – in Bodenmais sogar von April bis Oktober - auf 20 bis 40°C abgesenkt. Mit einem solchen „kalten“ Betriebsmodus lässt sich der Wärmebedarf der Anschlussnehmer in der warmen Jahreszeit vollständig durch erneuerbare Energien abdecken, in Bodenmais durch Solarthermie-Kollektoren an der Außenfassade der Heizzentrale.

Positive Vor-Ort-Bedingungen

Von zentraler Bedeutung für die Umsetzung eines kalten Nahwärmenetzes in Bodenmais war natürlich die positive Bewertung der Vor-Ort-Bedingungen durch Ratioplan. Sprich eine ausreichende Ressource erneuerbarer Energiequellen, in diesem Fall Solar und Holzheizung. Dabei war durch das angrenzende Waldgebiet die Bereitstellung von Hackschnitzeln kein Problem, mit denen die 400kW Hackgut-Anlage in der Heizzentrale, dem Zentrum des Nahwärmesystems, betrieben werden kann. Als Heizzentrale fungiert im Übrigen ein Anbau an das Firmengebäude der Firma Zelzer. An die Außenfassade der Heizzentrale wurden dabei

über eine Fläche von 110m² besagte Solarthermie-Kollektoren eingebaut.

Mit fast fünf Stunden Sonnenscheindauer pro Tag liegt die Region Bodenmais gut 10% über dem Jahresdurchschnitt im Bundesgebiet, so dass eine effiziente Auslastung der Solar-Kollektoren gewährleistet ist. Die technische Ausstattung der Heizzentrale wird komplettiert durch einen leistungsstarken Pufferspeicher mit einem 25.000 Liter Fassungsvermögen.

Hinzu kommen in der Peripherie für jeden der bisher 19 angeschlossenen Haushalte bzw. Gewerbetreibenden noch jeweils eine „kleine“ Wärmepumpe als Übergabestation sowie ein Speicher mit mindestens 500 Liter Fassungsvermögen. Die Wärmepumpen sind dabei jeweils auf ca. 50% der jeweiligen Gebäudeheizlast ausgelegt. Alle Komponenten sind über eine Datenleitung miteinander verbunden und können sich somit – dank einer hochkomplexen Regelungsleittechnik - über die jeweilige Wärmebereitstellung und den Bedarf der Verbraucher informieren.

Zwei Phasen

Die Leitungsverlegung geschah in Bodenmais in zwei Phasen: Die erste Trasse wurde im Februar 2014 verlegt, die zweite Trasse im Oktober des gleichen Jahres. Und bereits drei Monate später waren alle Teilnehmer an das Wärmenetz angeschlossen. Wobei das kalte Nahwärmenetz in Bodenmais als offenes System konzipiert ist, was bedeutet, dass jederzeit neue Anschlussnehmer in das System integriert werden können. Insgesamt beläuft sich die Trassenlänge zur Einbindung aller Netzteilnehmer auf nur 950 Meter. Diese relativ geringe Trassenlänge bedeutet sehr kurze Rohrleitungswege und damit eine Minimierung möglicher Wärmeverluste auf dem „Transportweg“. Dadurch kann die Anlage in Bodenmais äußerst energieeffizient arbeiten.

Zu einem ersten Fazit nach nun gut 1,5 Jahren Betriebszeit des kalten Nahwärmenetzes meint Christian Zelzer: „Ich glaube, ich kann hier guten Gewissens für alle Anschlussnehmer sprechen, wenn ich sage, dass die Anlage vom ersten Tag an ohne nennenswerte Störungen oder Zwischenfälle gelaufen ist. Und auch über mehr Geld in der Haushaltskasse kann sich jeder Teilnehmer freuen, denn der Energieeinspareffekt liegt für jedes Gebäude – unabhängig ob privat oder gewerblich – bei mindestens 20%.“

Nachteile ausgeglichen

Mit diesem Konzept eines „kalten“ bzw. Niedrigenergie-Nahwärmenetzes wurden in Bodenmais gezielt zwei zentrale Nachteile klassischer Wärmeversorgung ausgeglichen: Zum einen die Vermeidung relativ hoher Leitungsverluste aufgrund starker Temperaturdifferenzen. Zum anderen der Wegfall der Anschaffungskosten für eine eigene Heizanlage für die eingebundenen Anschlussnehmer. Und letztendlich sind alle Beteiligten nicht mehr dem unkalkulierbaren Risiko steigender Energiepreise ausgesetzt, da Hackschnitzel und Sonnenstunden ausreichend vorhanden.

Das Beispiel Bodenmais zeigt eindrucksvoll, wie eine kleine Gemeinschaft aus überzeugten und engagierten Bürgern und Unternehmen einen großen Schritt in Richtung nachhaltige und autarke Energieversorgung gegangen ist, die sicherlich Beispielcharakter in der Region haben wird.



Die gewerblichen Nutzer des kalten Nahwärmenetzes in Bodenmais bestehen aus einer recht bunten Mischung. Von der Dorfbäckerei bis zur Großtankstelle am Ortseingang reicht die Charakteristik der Anschlussnehmer. Bild: Ratioplan

Probetrieb Fischpass Perach gestartet

Nach dem Bau, der aus Rücksicht auf Flora und Fauna vorrangig außerhalb von Brut- und Wachstumszeiten erfolgte, konnte nun der Probetrieb am Fischpass Perach aufgenommen werden. Die Erfahrungen aus dem Probetrieb werden zeigen, ob punktuelle Nachbesserungen erforderlich sind oder der Fischpass sofort in den Regelbetrieb übernommen werden kann. Der Fischpass Perach ist rund 3,3 km lang und ist eine Besonderheit: es wurde versucht, im Verlauf alle Lebensraumkomponenten zu gestalten oder zu fördern, die so am Inn nicht mehr vorkommen.

Für Georg Loy, bei den bayerischen VERBUND Innkraftwerken verantwortlich für die Ökomaßnahmen, war es ein besonderer Augenblick: „Wir haben viele Monate geplant und umgesetzt. Wenn nun das erste Mal Wasser durch den Fischpass fließt, so ist das auch ein emotionaler Moment. Vor allem aber ist es der Moment, wo der Mensch einen Schritt zurück macht und der Natur Raum zur Entfaltung gibt.“

Ohne Hürden

Während des Probetriebes fließen rund 1.000 Liter Wasser je Sekunde durch den Fischpass. Damit ist das Kraftwerk für Wasserlebewesen nicht länger eine unüberwindbare Hürde. Dank des Lebensraumsatzes ist es jedoch mehr als ein Umgehungsgewässer oder eine Umleitung für Wasserlebewesen.

Es wurden viele flach überströmte Kiesbänke, Flachwasserzonen und Stillwasserbereiche gestaltet. Natürliche Erosion an den Ufern und der Sohle werden zugelassen. Damit werden vorrangig den Kies liebenden Fischarten neben Lebensraum auch Laichplätze angeboten. Der Ausblick dabei ist positiv: Wie auch bereits im Fischpass Gars mehrjährig beobachtet wurde, laichen Huchen, Nasen und Äschen etc. in dem Gerinne und Jungfische finden Flachwas-

serzonen und Auengewässer, bevor diese in den Hauptstrom zurückwandern können. Die offenen Kies- und Sandflächen, die gestalteten Tümpel und Gewässer werden nicht bepflanzt.

Es ist davon auszugehen, dass die in den historischen Innsedimenten enthaltene Samenbank auch in Perach beeindruckende Ergebnisse liefert und mit seltenen Arten beeindruckend wird. Der terrestrische Lebensraum in der Aue wird vermutlich ähnlich spannend wie der in den Gewässern. Für den Forstaussgleich werden entsprechende Flächen bepflanzt.

Den Naturkräften freien Raum lassen

Georg Loy abschließend: „Wir lassen nun den Kräften des Wassers und der Natur in den ersten Wochen freien Raum und Zeit und freuen uns auf jede sichtbare Veränderung mit einem positivem Beitrag zum Erhalt von Naturraum und Biodiversität. Da es sich auch um einen Raum handelt, der noch durch den Fluss und seine Hochwässer beeinflusst wird, werden die Veränderung die Gerinne dominieren und wir sowohl bzgl. geeignete Dotationswassermenge, Gewässerstrukturen und Unterhalt Erfahrungen sammeln, die in ein Dotations- und Unterhaltskonzept eingearbeitet werden.“

Stärkung der Elektromobilität in der Region

Umfrage in den Landkreisen Berchtesgadener Land und Traunstein gestartet

Mit einer gemeinsamen Strategie zur Weiterentwicklung der Elektromobilität in der Region wollen die beiden Landkreise Berchtesgadener Land und Traunstein die Elektromobilität zielorientiert stärken.

Wie sieht eine leistungsstarke und bedarfsgerechte Ladeinfrastruktur in den beiden Landkreisen aus und wie kann Elektromobilität den öffentlichen Nahverkehr ergänzen und damit stärken? Diese Fragen soll das Elektromobilitätskonzept beantworten, um die Attraktivität der Region für die Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft und den Tourismus weiter zu steigern.

Für die Entwicklung einer Strategie zur Stärkung der Elektromobilität in der Region sind die Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zum Thema Mobilität entscheidend. Daher wurde im Rahmen des Projektes eine Online-Umfrage gestartet, die u.a. die Anforderungen der Anwohner im Landkreis an die Elektromobilität in der Region sowie an eine bedarfsgerechte Ladeinfrastruktur erfragt. Um an der Umfrage teilnehmen zu können, ist es jedoch nicht erforderlich, bereits eigene Erfahrungen mit dem Thema E-Mobilität gemacht zu haben. Vielmehr ist das gesamte Mobilitätsverhalten der Bürgerinnen und Bürger vor Ort ausschlaggebend für die Entwicklung umweltfreundlicher Mobilitätslösungen.

Die Online-Umfrage ist direkt unter folgendem Link zu erreichen: <https://www.umfrageonline.com/s/bbd7332>

Intelligentes Energiemanagement für Ihre Gemeinde.

- Machbarkeitsstudie
- Wirtschaftlichkeitsbetrachtung
- Projektentwicklung

Wir sorgen für die zukunftsfähige Energieversorgung Ihrer Kommune!

ratioplan
Energie. Fortschritt. Kompetenz.

Wellheimer Straße 34 | 91795 Dollnstein
T +49 8422 997 79 - 0 | www.ratioplan.bayern

EFFIZIENTE WÄRMENETZE
Klimaschutz, Kostensicherheit und Unabhängigkeit

Ein Statusbericht zur eMobilität in Deutschland

E-WALD Fachforum Elektromobilität in Teisnach bietet praktische Einblicke in Trends und Entwicklungen

„eMobilität bewegt“ war der eindeutige Tenor der sieben Fachreferenten des ersten Fachforums für Elektromobilität der E-WALD GmbH am 27.04.2017. Mehr als 75 Zuhörer aus Gewerbe, kommunalen Einrichtungen und Bildungsstätten informierten sich über die Entwicklung der Elektromobilität in Deutschland und konnten aus erster Hand die neuesten Modelle von Elektroautos in Augenschein nehmen und eine begleitende Fachausstellung besuchen. Eingangs begrüßte der Geschäftsführer der E-WALD GmbH, Otto Loserth, die anwesenden Workshopteilnehmer und wünschte eine diskussionsfreudige Fachvortragsreihe.

Der Key-Note Sprecher Kurt Sigl, Präsident des Bundesverbandes eMobilität (BEM), eröffnete die Veranstaltung mit deutlichen Worten. Unter dem Titel „eMobilität in Deutschland: Zwischen Traum und Wirklichkeit“ kritisierte der Experte für Elektromobilität deutlich die politischen Entscheidungsträger und nationalen Koordinationsstellen. Deutschland sei im Moment nicht wie gefordert „Leitmarkt, sondern Leidmarkt“. Sigl forderte ein eigenes Ressort auf Bundesebene, das die Themenfelder Umwelt und Mobilität bündelt, und verwies auf die positive Entwicklung des E-Bikes im Mobilitätssektor. Unternehmen wie die E-WALD GmbH, die den Sprung aus einem Modellprojekt zu einem bundesweit agierenden Player im Elektromobilitätssektor geschafft haben, lobte Sigl ausdrücklich. Gerade der Ausbau von Ladeinfrastruktur sei unabdingbar für den Erfolg des Elektroautos.

Als Experte für Ladetechnik referierte Maximilian Vetter von der Schweizer Firma EVTEC AG über den „Unsinn oder Notwen-

digkeit“ von Superchargern. Er betonte, dass sich Schnellladestationen mit 150 kW als Standard für die neue Modellreihe von Elektroautos mit einer durchschnittlichen Akkuleistung von 60 kWh etablieren werden, um die Ladedauer weiter zu reduzieren.

Optimale Vermarktung

Karl-Heinz Kaiser von der Firma mikar GmbH aus Deggendorf eröffnete Optionen, wie man Elektromobilität vor Ort am besten vermarkten kann. Sein eCar-sharing-Konzept zielt auf das Anwerben eines Nutzerkreises (z.B. Vereine), die für besondere Aktivitäten ein Elektrofahrzeug benötigen. Durch diese zielgerichtete Vermarktung können Synergieeffekte entstehen und bestehende eCar-sharing-Fahrzeuge optimal eingebunden werden. „Solche Angebote sind für Vereine bis zu 60 % günstiger als vergleichbare Fahrzeugmieten“ erläuterte Kaiser, der besonders auf eine enge Kooperation mit der E-WALD GmbH setzt.

Dr. Johann Schwenk, Leiter der Projektstelle Elektromobilität von Bayern Innovativ, gab einen Einblick über die aktuelle Situation zur Elektromobilität in Bayern. Er sah eine positive Entwicklung bei den Themen Reichweite und Akzeptanz von Elektroautos und verwies darauf, dass es aktuell mehrere Förderprogramme auf Bundesebene gäbe, die die Anschaffung von Ladeinfrastruktur und Fahrzeugen begünstigen. Er stellte zudem in Aussicht, dass auch auf Landesebene bald ein eigenes Förderprogramm gestartet werde und motivierte alle Akteure, aktiv zu werden.

Zukunftsweisende Technologie

Katrin Juds von der THD präsentierte das dort entwickelte Induktionsschnellladesystem, mit dem Ladeleistungen bis zu 30 kW erzielt werden können. Diese Technologie sei zukunftsweisend

für den Elektromobilitätsmarkt und würde den Ladevorgang optimieren, da mit Induktionsladestationen das Problem der verschiedenen Ladestecker gelöst sei.

Als zweite Referentin der THD stellte Diana Sellner das Optimierte Reichweitenmodell (ORM) vor, das in Echtzeit Fahrten und topographische Daten, sowie Umwelteinflüsse verarbeitet und dadurch eine vielfach verbesserte Reichweitenangabe präsentiert. Zudem stellte sie das EU-Projekt Electric vor, in welchem die Europäische Union erforscht, wie sich ein zunehmender Einsatz von Elektrofahrzeugen auf das Stromnetz auswirkt und ob Ladevorgänge hierzu optimiert werden können.

Den Abschluss der Vortragsreihe bot Anton Achatz, COO der E-WALD GmbH, zum Thema Abrechnung bei Ladevorgängen. Er verwies darauf, dass es eine Vielzahl an Abrechnungsmodellen gibt, die nicht zwingend zielführend für die Entwicklung der Elektromobilität wären. So konnte er berichten, dass aufgrund der bis dato gängigen Praxis mancher Energieversorger, Strom gratis zu verschenken, Ladestationen aufgrund der verursachten Kosten abgeschaltet würden. Er appellierte daran, einen fairen Preis



Die Referenten des Fachforums (von links): E-WALD Geschäftsführer Otto Loserth, Katrin Juds (TH Deggendorf), Dr. Johann Schwenk (Bayern Innovativ), Diana Sellner (TH Deggendorf), Prof. Dr. Peter Sperber (Präsident der TH Deggendorf), Kurt Sigl (Präsident des Bundesverbandes eMobilität), Karl-Heinz Kaiser (mikar), Anton Achatz (COO, E-WALD GmbH) und Maximilian Vetter (EVTEC).

für Endkunden und Betreiber zu finden.

Neben der Vortragsreihe konnten man sich an den verschiedenen Ständen der Fachausstellung informieren. Hier präsentierten sich neben der TH Deggendorf und E-WALD auch das Autohaus Kraus aus Erlangen, die Firma Zollner und EMA-eMobilität für Alle. Außerdem wurden neben Elektrofahrzeugen von der E-WALD GmbH auch verschiedene Elektroautos von den Autohäusern

BMW Hubauer, Hirschvogel, Ringler und Breu aus Cham ausgestellt. Hier konnte man zum Beispiel einen BMW i8, den Hyundai Ioniq, einen Kia Soul eV, den Mercedes Benz B 250e und viele andere Fahrzeuge begutachten. Als Besonderheiten konnte man auch den seltenen VW XL-1 und den sportlichen BMW i8 bestaunen.

In einer abschließenden Diskussionsrunde mit den Experten konnten noch Fragen aus dem Publikum beantwortet werden. □

Straßen im neuen Licht

Kommunen sparen Energie mit LED-Straßenbeleuchtung unterstützt vom An-Institut der Hochschule Landshut

Straßenbeleuchtung ist oft ineffizient. Kommunen könnten hier bis zu 80 Prozent Energie einsparen, wenn sie auf moderne LED-Technologien umrüsten. „Ein lohnenswertes Ziel, denn die Straßenbeleuchtung macht rund 30 bis 50 Prozent des gesamten Stromverbrauchs der kommunalen Liegenschaften aus“, so Prof. Dr. Petra Denk. Sie leitet das Institut für Systemische Energieberatung an der Hochschule Landshut (ISE), das Kommunen unterstützt, energiesparende Maßnahmen zu finden und umzusetzen. Die Teilnehmer des kommunalen Energieeffizienznetzwerks trafen sich kürzlich zum zweiten Mal in Ampfing.

Mit dabei war auch Staatsminister Dr. Marcel Huber: „Der Schutz unserer Umwelt und unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist ein Megathema unserer Zeit und geht uns alle an. Neue Technologien nutzen, Effizienz erhöhen und den Verbrauch minimieren – das ist der richtige Ansatz und ich freue mich, dass meine Heimatgemeinde Ampfing hier eine Vorreiterrolle einnimmt. Der Aufbruch in ein neues Energiezeitalter fängt vor Ort an, in den Kommunen, bei den Bürgerinnen und Bürgern, mit vielen kleinen und nachhaltigen Schritten und Initiativen. Daran knüpft das Energieeffizienznetzwerk an und bietet eine Plattform für Diskussion und Austausch unter fachkundiger Leitung des ISE. Ich begrüße den Zusammenschluss ober- und niederbayerischer Kommunen sehr und wünsche dieser Ideenschmiede weiterhin viel Erfolg!“

160 MWh Ersparnis

Ampfing geht mit gutem Beispiel voran: Bis Mitte des Jahres wird die Kommune die gesamte Straßenbeleuchtung auf energieeffiziente Leuchten umgerüstet haben. Ausgenommen werden nur wenige historische Leuchten im Ortskern. Ampfing spart dadurch pro Jahr etwa 160 Megawattstunden – so viel Strom wie rund 65 Haushalte mit je zwei

Personen verbrauchen – und 100 Tonnen CO₂ ein. Damit ist Ampfing eine der ersten bayerischen Kommunen, die die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf moderne und energieeffiziente LED-Technologien konsequent umgesetzt hat.

Weitere Themen auf der Agenda

Die Straßenbeleuchtung ist nur ein Thema, das zur Energieeffizienz beiträgt. Weitere Inhalte wie zum Beispiel kommunales Energiemanagement, Gebäudesanierung und Heizungsaustausch werden in den folgenden Treffen diskutiert.

„Ziel des kommunalen Energieeffizienznetzwerks ist es, dass die neun Kommunen mit Unterstützung des Instituts für Systemische Energieberatung Energieeffizienzmaßnahmen identifizieren und umsetzen. Wir beraten sie dazu individuell. Gleichzeitig sollen die Kommunen auch voneinander lernen. Wichtig ist, dass die Projekte auch umgesetzt werden“, betonte Prof. Denk.

Das kommunale Energieeffizienznetzwerk hat eine Laufzeit von drei Jahren und wird vom Bund gefördert. Mitglieder sind die Gemeinden Ampfing, Aschheim, Buch am Erlbach, Höhenkirchen-Siegertsbrunn, Kumbhausen, Mengkofen, der Markt Arnstorf, der Markt Pilsting und der Markt Reisbach. □

LECH REPORTER

FLUSS-TOUREN

Die schönsten Plätze in der Region entdecken!

Videos auf www.lechreporter.de

BayWa Energie Dienstleistungs GmbH:

Holz-Hackschnitzel nach ENplus zertifiziert

Viele Städte und Gemeinden haben in der Vergangenheit in Hackschnitzel-Heizzentralen investiert, um ihrer Vorbildfunktion auch hinsichtlich der Wärmewende gerecht zu werden. Sie erwarten zu Recht, dass ihre Holz-Hackschnitzelheizungen effektiv, sauber und mit minimalen Emissionen betrieben werden. Auch die Verlässlichkeit der Feuerungen ist ein Thema. Wenn das Rathaus oder die Schule morgens kalt sind, weil die Heizung über Nacht ausgefallen ist, ist dies sehr ärgerlich. Insbesondere bei mit feuchten Hackschnitzeln betriebenen Anlagen gibt es vielerorts deutliche Probleme.

Heute am Markt verfügbare Hackschnitzelsortimente unterscheiden sich ganz erheblich hinsichtlich der Brennstoffparameter und daraus resultierend in ihrer Qualität. Vor diesem Hintergrund hat das Deutsche Pelletinstitut (DEPI) ein Zertifikat für qualitativ gesicherte Hackschnitzel entwickelt, das klare Anforderungen an die Gleichmäßigkeit (Partikelgröße), den Feinanteil (Staub, Sand etc.) sowie den Wasser- und Aschegehalt stellt. Erst wenn eine gute Kesseltechnik durch einen hochwertigen Brennstoff ergänzt wird, sind die Voraussetzungen für einen komfortablen Heizbetrieb geschaffen.

Das Ziel des Zertifizierungsprogramms ENplus-Hackschnitzel ist die Bereitstellung eines standardisierten, qualitativ gesicherten Energieträgers für Feuerungen im kleinen und mittleren Leistungsbereich. Typische Abnehmer hierfür sind kommunale Betreiber von Hackgutheizungen, die auf eine kontinuierliche Versorgung mit gleichbleibender Qualität angewiesen sind. Diese Anforderungen müssen zertifizierte Anbieter nachweisen.

Die Einhaltung der Vorgaben

wird regelmäßig durch unabhängige Auditoren und Prüflabore überwacht und die Kombination verschiedener Inspektionsmethoden ermöglicht praktikable und glaubwürdige Lösungen. Die wichtigsten Hersteller von Heizkesseln befürworten für ihre Hackschnitzelkessel einen Betrieb mit ENplus-Ware.

Markteinführung im vergangenen Jahr

Die Markteinführung erfolgte im Herbst 2016 und in Bayern war das Interesse der Anbieter, sich nach ENplus auszeichnen zu lassen, von Beginn an groß. Bereits fünf Unternehmen sind erfolgreich nach ENplus zertifiziert, darunter die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH (BayWa EDL), die eine Reihe kommunaler Heizzentralen mit aufbereiteten Holz-Hackschnitzeln versorgt.

Nach dem hohen Standard der ENplus A1 zertifiziert sind beispielsweise seit März 2017 die von der BayWa EDL in Taglaching bei Grafing erzeugten Holz-Hackschnitzel. Bei dem Qualitätsprodukt flokets® handelt es sich um Wald-Hackschnitzel, die

mit der Abwärme einer Biogasanlage auf einen kontrollierten Wassergehalt von weniger als 15 Prozent in einem kontinuierlichen Prozess (Wälzbettrockner) technisch getrocknet werden. Zudem werden neben der Trocknung bei zwei Siebvorgängen über große Holzstücke sowie Fein- und Nadelanteile von den Hackschnitzeln getrennt. Eine engmaschige Eigen- und Fremdüberwachung sichert die Einhaltung des Qualitätsstandards nach ENplus A1.

Qualitätsprodukt flokets®

Die Eigenschaften des Qualitätsprodukts flokets® sind für den Einsatz in Hackschnitzelkesseln bis 1.000 kW Leistung besonders geeignet. Der Heizwert ist bis zu 50 Prozent höher als gegenüber ungetrockneten Hackschnitzeln. Aufgrund des gleichbleibenden Wassergehalts der Hackschnitzel lässt sich der Heizkessel optimal auf das Produkt einstellen und führt so zu einem effizienten Kesselbetrieb. Durch den höheren Heizwert sinkt die Einkaufsmenge des nötigen Brennstoffs.

Störungen des Kessels aufgrund von Übergrößen in der Brennstoffzufuhr werden vermieden und führen zu einem stabilen Betrieb der Anlage. Der Ascheanteil liegt durch die Aussiebung des Feinanteils bei unter 1 Prozent, dadurch reduzieren sich die Entsorgungskosten.

Mit der Zertifizierung der Holz-Hackschnitzel flokets® nach ENplus A1 geht die BayWa EDL

den Weg der Sicherstellung aller Qualitätseigenschaften von der Anlieferung zur Trocknungsanlage über die dortige Aufbereitung bis zum Einsatz im Heizkessel konsequent weiter.

Eigene Contracting-Heizzentralen

Einen Teil der Produktion verheizt die BayWa EDL in eigenen Contracting-Heizzentralen zur Wärmelieferung an ihre Wärmekunden, der andere Teil geht an externe Kunden, die von der Produktqualität bereits überzeugt sind. Um neuen Kunden den Wechsel von den klassischen feuchten Wald-Hackschnitzeln zum aufbereiteten Qualitätsprodukt zu erleichtern, bietet die

BayWa EDL zusätzlich auch den kompletten Heizhausbetrieb bis zur Abrechnung nach Wärmemenge an.

Als breit verfügbarer, wirtschaftlicher und CO₂-neutraler Energieträger macht Holz aktuell rund zwei Drittel der erneuerbaren Energien am Wärmemarkt aus und bildet einen der wichtigsten Pfeiler der Energiewende. Besonders in Bayern ist die Holzenergie schon verbreitet und bietet in ganz Deutschland noch ein ganz großes natürliches Potential. Einen weiteren deutlichen Zubau wird sie aber auch hier nach Einschätzung von BayWa EDL-Vertriebsleiter Bertram Kölsch nur dann erfahren, wenn sie den gestiegenen Anforderungen an Effizienz, Emissio-

nen und Komfort gerecht wird. Besonders die erhöhten Ansprüche an die Luftreinhaltung stellen eine Herausforderung für automatisch beschickte Holzfeuerungen mit naturbelassenem Brennstoff dar. Eine qualitativ gesicherte Aufbereitung der Holz-Hackschnitzel, wie sie das Programm ENplus vorsieht, sei eine Voraussetzung für den sicheren und sauberen Betrieb, so Kölsch. Kommunen könnten sich viel Ärger ersparen, wenn sie ENplus A1 als Qualitätskriterium in ihre Ausschreibungen aufnehmen. Wenn sich dann noch ein erfahrener Betreiber um die Anlage kümmert, stehe einem zuverlässigen Betrieb der kommunalen Hackschnitzel-Heizung nichts mehr im Wege. **DK**

Energiewende in Bürgerhand:

Solarregion Freisinger Land als Partner der Kommunen

Was im Pariser Klimaabkommen erst Ende 2015 beschlossen wurde, hat der Landkreis Freising bereits vor zehn Jahren konsequent in Angriff genommen: 2007 entschied der Freisinger Kreistag, dass der Landkreis bis zum Jahr 2035 die Energiewende geschafft haben soll. Konkret heißt dies, bis dahin den Energiebedarf auf 100 % Erneuerbare Energien (Sonne, Wind, Wasser, Bioenergien und Geothermie) vollständig umzustellen. Aktuell werden bereits über 70 Prozent des verbrauchten Stroms aus Erneuerbaren Energien selbst erzeugt, wie aus der neuesten sogenannten 100 %-Broschüre, herausgegeben vom Landratsamt Freising, hervorgeht.

In der mittlerweile fünften Ausgabe von „Strom aus Erneuerbaren Energien“ wird ein umfassender Überblick über den Stromverbrauch im Landkreis, über die Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien (EE) und über die Wege hin zu einer vollständig regenerativen Stromversorgung gegeben. Die Broschüre hilft, den Weg zu dokumentieren, Herausforderungen frühzeitig zu erkennen und Lösungen zu finden.

In zwei neuen Kapiteln zu Elektromobilität und Energieeinsparung zeigen die Hauptautoren Raimund Becher und Andreas Henze, Mitglieder der 2004 gegründeten Solarregion Freisinger Land, konkrete Wege für die Kommunen auf. Die Solarregion ist der Markenname für die „Energiewende in Bürgerhand“: Die beiden Solarvereine – Sonnenkraft Freising und Solarfreunde Moosburg – sowie der Landkreis und je nach Thema weitere Umwelt- und Agendagruppen packen gemeinsam an, um die Umstellung auf 100 % Erneuerbare Energien möglichst rasch umzusetzen.

Sehr positiv auf die Machbarkeit der Energiewende wirkt sich nach Auffassung der Autoren dabei die sog. Sektorkopplung von Strom, Wärme und Mobilität aus. Der gesamte Endenergiebedarf in Deutschland würde dadurch von rund 2.400 Mrd. kWh um knapp ein Drittel auf rund 1.600 Mrd. kWh sinken und der Strombedarf sich in etwa auf 1.320 Mrd. kWh verdoppeln. Für den erhöhten Strombedarf sowie für die begleitende Speicher- und Netz-Infrastruktur seien entsprechende Ausbaupfade erforderlich und möglich. Landkreis und Kommunen sollten diesen Transformationspfad deshalb tatkräftig unterstützen. Ohnehin, so prognostiziert Raimund Becher von den Solarfreunden Moosburg, werde die Bundespolitik die Kommunen künftig verstärkt in die Pflicht nehmen. Diese müssten die Aufgabe annehmen, aktiv sein und sich eigene Ziele setzen.

Einen sportlichen Wettbewerb zwischen den Kommunen im Landkreis will die seit einigen Jahren stattfindende Solar-Kreisliga anregen; damit sollen die Dynamik und die Möglichkeiten der Erneuerbaren Energien auf spielerische Weise deutlich gemacht werden. Bewertet werden die in der Kommune installierte Photovoltaikleistung sowie die Fläche für thermische Solarkollektoren. Geehrt werden bei dieser Ver-

anordnungen im EEG – vor allem den Ausschreibungen – und mit der 10 H-Regelung ausgebreit. Dabei wären gerade diese gefragt, um die „Arbeitspferde“ Wind und Solarenergie auf den meist privaten Grundstücken umzusetzen“, heißt es. Die ökologische Krise werde sich zweifellos in den nächsten Jahrzehnten verschlimmern, weil im System Erde viele Verzögerungseffekte wirken. „Auch an Klima-Flüchtlinge in großen Mengen werden wir uns gewöhnen müssen, wenn wir nicht schnell und energisch handeln.“

„Ohne einen weiteren starken Zubau bei Sonne und Wind wird auch der Landkreis sein Energieziel verfehlen“, lautet die Warnung der Mitglieder der Solarregion. Der Landkreis habe zwar beim Strom schon einiges erreicht, doch Wärme und Verkehr träten auf der Stelle. Lippenbekenntnisse reichten nicht mehr aus, um den bereits spürbaren Klimawandel aufzuhalten. Daher sollten Landkreis und Kommunen jetzt gezielte politische, planerische und unternehmerische Impulse setzen.

Zehn Jahre nach dem wegweisenden Energiewendebeschluss seien konzentrierte Anstrengungen für einen Umsetzungsplan dringend geboten. Die Energiewende dürfe nicht stecken bleiben. Sie dürfe nicht als Zwang, sondern müsse als Chance gesehen werden, um die katastrophalen Folgen einer Klimaüberhitzung abzuwenden. Es gebe nichts Globales als das Klima, weshalb die Umstellung auf 100 % Erneuerbare Energien jede Anstrengung wert sei. „Wir, die Solarregion Freisinger Land, verstehen uns dabei als Partner der Kommunen, Bürger und Unternehmen - ehrenamtlich und jeden Tag“, unterstreicht Andreas Henze. **DK**

Die Energiewende stockt

Gleichwohl – und das ist die schlechte Nachricht – stockt die Energiewende sowohl im Landkreis als auch bundesweit. Die Wasserkraft schwankt zwar, ist aber nicht in Gefahr. Ein weiterer Ausbau ist dagegen kaum noch möglich, genauso wenig wie bei der Bioenergie. Dort muss ohne Anschlusslösung im EEG ab 2021 sogar mit starken Rückgängen gerechnet werden.

Wirklich kritisch aber sei der bundesweit massive Rückgang des Zubaus bei der Photovoltaik seit 2013 und aktuell bei der Windkraft. „Der Gesetzgeber und die Staatsregierung haben die Bürger als Macher und Motor der Energiewende mit neuen Vor-

Neue Version des Energie-Atlas Bayern

Der Energie-Atlas Bayern (www.energieatlas.bayern.de), das kostenfreie Internetportal der Bayerischen Staatsregierung zur Energiewende steht in einer neuen Version mit vielen zusätzlichen Funktionen zur Verfügung. Bayerns Energieministerin Ilse Aigner: „Der Energie-Atlas Bayern informiert Bürger umfassend über die Energiewende und steht gleichzeitig Experten als digitale Planungshilfe zur Verfügung. Die neue Version ist jetzt noch informativer, noch benutzerfreundlicher und bietet den Benutzern zahlreiche neue Anwendungsmöglichkeiten. Für Planer wird der Energie-Atlas so zum digitalen Reißbrett. Und die Bürger können sich informieren, wie der Energie-Mix in ihrer Region aussieht.“

Mit der neuen Digitalisierungs- bzw. Zeichenfunktion können beispielsweise Kreise, etwa zur Abstandsmessung, erstellt und mit Daten in der Karte kombiniert werden. Wer wissen möchte, wie viele Photovoltaikanlagen es in seiner Gemeinde gibt, wird in Sekundenschnelle mit der kombinierten Orts- und Themensuche fündig. Wer detailliertere Informationen sucht, kann mit der erweiterten Recherchefunktion individuelle Suchkriterien (zum Beispiel alle Windenergieanlagen mit einer Leistung von 2 bis 3 MW im Regierungsbezirk Unterfranken) angeben und die Ergebnisse als Excel- oder kml-Datei herunterladen und weiterverwenden.

Die vielseitigen Karten-Funktionen werden ergänzt durch ausführliche Themenseiten, deren Inhalte in der neuen Version als PDF gespeichert werden können. So können Texte ganz einfach offline gelesen, abgelegt oder ausgedruckt werden. **DK**



AKTIVES ENERGIEMANAGEMENT IN DER KOMMUNE

LGA COCKPIT

Aktives Energiemanagement in der Kommune mit dem LGA Cockpit: Statusuntersuchung mit dem „Cockpit Check“ und kontinuierliches Energiemanagement mit dem „Cockpit Portal“. Für alle energierelevanten Bereiche!

LGA COCKPIT CHECK

Unsere Initialuntersuchung:

- Wie sind die Energieverbräuche?
- Welche Energiedaten werden wie erfasst?
- Wie organisiert die Kommune ihre Energie?
- Wie werden Maßnahmen identifiziert, priorisiert und umgesetzt?
- Wie sieht die Energiepolitik bzw. strategische Planung aus?
- Wie gestaltet die Kommune ihren lokalen Energiemarkt?

LGA COCKPIT PORTAL

Unser Online Portal für ein ganzheitliches Energiemanagement:

- Webbasiertes Energiecontrolling
- Aussagekräftige Auswertungen
- Jährlicher Energiebericht mit Maßnahmenempfehlungen
- Fachliche Unterstützung bei allen energierelevanten Fragen
- Integriertes schlankes Anlagen-, Gebäude- und Vertragsmanagement

www.lga-cockpit.de



Bayernwerk bündelt gesamtes Netzgeschäft

Zum 3. Juli 2017 führt das Regensburger Energieunternehmen Bayernwerk eine sogenannte Holdingstruktur ein. Dazu bündelt die heutige Bayernwerk AG ihr gesamtes Netzgeschäft in der zukünftigen Bayernwerk Netz GmbH. Die Bayernwerk AG fungiert ab diesem Zeitpunkt als Holding der Unternehmensgruppe. Damit trennt das Unternehmen das regulierte Netzgeschäft noch konsequenter als bisher von den wettbewerblichen Geschäftsfeldern.

Das Bayernwerk stellt sich neu auf. Zum 1. Juli 2017 wird das gesamte Netzgeschäft der heutigen Bayernwerk AG auf eine 100%ige Tochtergesellschaft, die zukünftige Bayernwerk Netz GmbH, übertragen. Diese wird das Netzgeschäft in der bisherigen Form weiter betreiben. Diese Ausgliederung umfasst alle wesentlichen Betriebsgrundlagen wie Anlagen, Vertragsbeziehungen und dem Netzbetrieb zuzuordnende Mitarbeiter. Die Bayernwerk-Gruppe besteht dann aus der Holding Bayernwerk AG und den Tochtergesellschaften Bayernwerk Netz GmbH, Bayernwerk Natur GmbH und Bayernwerk Energietechnik GmbH. Zudem führt die Bayernwerk AG die Beteiligungen des Unternehmens.

„Indem wir alle Netzaktivitäten in einer eigenen Gesellschaft bündeln, trennen wir unser reguliertes Netzgeschäft noch konsequenter als bislang von den Wettbewerbsfeldern des freien Marktes. Damit fokussieren wir uns auf der einen Seite auf Versorgungssicherheit und die technologische Entwicklung des intelligenten Netzes. Auf der anderen Seite schaffen wir uns im freien Markt unternehmerischen Spielraum, um Wachstumspotentiale für uns zu erschließen“, betonte Reimund Gotzel, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG.

Der neue Zuschnitt der Bayernwerk-Gruppe mit einer Holding als Klammer über die unterschiedlichen Geschäftsfelder sei zudem auch im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG), das eine klare Trennung von Netz und wettbewerblichen Aktivitäten erfordere. „Mit Blick auf die Zukunft ist eine Holding-Struktur auch in dieser Hinsicht die konsequentere Organisationsform“, so Gotzel.

Auf Mitarbeiter und Standorte hat die innere Neuorganisation keine Auswirkungen. „Berufliche

Aufgaben, Mitarbeiterzahlen und Einsatzorte ändern sich nicht“, betonte Reimund Gotzel. Das sei auch eine wichtige Botschaft an Kunden und Partner des Unternehmens. Auch die Zusammensetzung des Vorstands der Bayernwerk AG bleibt mit Reimund Gotzel als Vorstandsvorsitzendem und den Vorstandsmitgliedern Andreas Ladda und Dr. Egon Westphal unverändert. Die Tochtergesellschaften werden jeweils von einer eigenen Geschäftsführung geleitet.

Die Bayernwerk-Gruppe bietet mit der Bayernwerk AG und ihren Tochtergesellschaften Bayernwerk Netz, Bayernwerk Natur und Bayernwerk Energietechnik rund fünf Millionen Menschen in Bayern eine sichere Energieversorgung und unterschiedliche Energiedienstleistungen an.

Die Unternehmensgruppe forscht, entwickelt, arbeitet an Energielösungen von morgen und gestaltet die Energiezukunft in Bayern in verantwortlicher Rolle mit. Dazu zählen die Integration regenerativer Erzeugungsanlagen in das Energienetz, die Entwicklung intelligenter Netzkomponenten, die Energiepartnerschaft zu Bayerns Kommunen mit vielfältigen Energiedienstleistungen sowie kundenbezogene moderne Energiekonzepte.

Mit einem Stromnetz von rund 154.000 Kilometern Länge und einem etwa 5.800 Kilometer langen Erdgasnetz ist die Bayernwerk Netz GmbH der größte regionale Netzbetreiber in Bayern. Zudem betreibt Bayernwerk Netz ein Straßenbeleuchtungsnetz mit einer Länge von 34.600 Kilometern. Das Netzgebiet erstreckt sich über Unter- und Oberfranken, die Oberpfalz sowie Nieder- und Oberbayern. An ihr Netz hat die Gesellschaft rund 265.000 regenerative Erzeugungsanlagen angeschlossen und verteilt so zu mehr als 60 Prozent ausschließlich regenerativen Energie. □

E-Carsharing für den Landkreis Bamberg

Alles neu macht der Mai! Der Landkreis Bamberg startete zusammen mit 14 seiner 36 kreisangehörigen Gemeinden das E-Carsharing-Modell „E-mobil Landkreis Bamberg“. Seit Mai können sich Bürgerinnen und Bürger der Stadt und des Landkreises Bamberg insgesamt 14 BMW i3 ausleihen.

Landrat Johann Kalb: „Der Landkreis Bamberg fördert anhand eines 10-Punkteprogramms die Elektromobilität in der Region. Das E-Carsharing ist ein wichtiger Baustein, um die Bevölkerung für den Bereich der Elektromobilität zu sensibilisieren und die Mobilität in unserem Flächenlandkreis - auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung - zu stärken.“

33 Ladesäulen

Ein erstes Projekt des Landkreises im Bereich Elektromobilität war die Schaffung einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur, so stehen derzeit in 28 von 36 Gemeinden insgesamt 33 Ladesäulen. Die Einführung eines E-Carsharing-Modells ist nun der nächste Schritt. Am vergangenen Freitag holte Landrat Johann Kalb zusammen mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der teilnehmenden

Kommunen die 14 BMW i3 eigens bei der BMW Niederlassung in Nürnberg ab.

Erst im vergangenen Herbst war der Landkreis Bamberg für sein vorbildliches Klimaschutzmanagement mit dem Bayerischen Energiepreis 2016 ausgezeichnet worden.

Die E-Fahrzeuge können ganz unkompliziert ausgeliehen werden: Anhand einer Buchungsanfrage per Telefon, E-Mail oder persönlich bei der jeweiligen am E-Carsharing teilnehmenden Kommune erfolgt die Buchungsterminbestätigung und Vertragsunterzeichnung zur Nutzung des E-Fahrzeuges. Nach Abgabe der Unterlagen und Vorlage des gültigen Personalausweises und Führerscheines bekommt die Fahrerin bzw. der Fahrer die Fahrzeugschlüssel und kann den BMW i3 am angegebenen Standort abholen. **Alle Infos sind auch unter www.klimaallianz-bamberg.de erhältlich.** □



V. l.: Technikvorstand Dr. Egon Westphal, Personalvorstand Andreas Ladda und Vorstandsvorsitzender Reimund Gotzel. □

Bayernwerk stellt Firmenflotte um

1.300 Pkw-Fahrzeuge umfasst die Firmenflotte des Bayernwerks. Das Regensburger Energieunternehmen wird diese in den nächsten Jahren vollständig auf reine E-Fahrzeuge umrüsten. Damit ist das Bayernwerk einer der ersten Netzbetreiber, der sich vollumfänglich zur Elektromobilität als Zukunftsmodell bekennt.

Der Bayernwerk-Vorstand stellt die Weichen Richtung E-Mobilität und rüstet den Fuhrpark des Unternehmens um. „Wir werden unsere gesamte Firmenflotte auf reine E-Fahrzeuge umstellen“, erklärte Bayernwerk-Vorstandsvorsitzender Reimund Gotzel.

Gute Erfahrungen im Praxiseinsatz

Gerade als Energieunternehmen sehe sich das Bayernwerk in einer Vorreiterrolle. „Wir haben im Herbst letzten Jahres rund 30 neue E-Fahrzeuge in unseren Fuhrpark integriert und machen mit diesen Fahrzeugen schon heute gute Erfahrungen im Praxiseinsatz. Das ist nur ein erster Schritt. In den nächsten Jahren werden wir sukzessive beginnen, den Anteil von E-Fahrzeugen in unserer Flotte deutlich auszubauen, bis alle unsere rund 1.300 Firmen- und Servicefahrzeuge elektrisch, lautlos und emissionsfrei durch Bayerns Regionen fahren“, so Gotzel.

Als hauptsächlichen Umrüstungszeitraum sieht der Vorstand die Jahre ab 2020. „Ab dann werden wir jährlich große Fuhrparktranchen austauschen. Die E-Mobilität wird dann sehr bald unseren Fuhrpark dominieren. Wir gehen einher mit der Entwicklung im Nutzfahrzeugbereich, da unsere Servicefahrzeuge spezifische Anforderungen haben. Spätestens im Jahr 2025 wird der letzte konventionell betriebene Bayernwerk-Pkw seinen Dienst quittieren“, so Gotzel.

Klimaschutz: Einsparung von 5.000 Tonnen CO2

Mit der Umstellung des Fuhrparks spart das Bayernwerk jährlich 5.000 Tonnen CO2 und den Verbrauch von rund zwei Millionen Litern an fossilen Brennstoffen ein. Nach den Worten Gotzels will der Bayernwerk-Vorstand mit diesen Planungen auch die eigene Haltung zur E-Mobilität unterstreichen. Es müsse mehr und mehr gelingen, die Menschen mit E-Mobilität in Berührung zu bringen, Interesse zu wecken und Vorbehalte abzubauen.

Eine Schlüsselrolle für den Fortschritt der E-Mobilität sieht das Bayernwerk zudem in der Ladeinfrastruktur. „Die muss besser werden, sonst wird sie zum Hemmschuh für E-Mobilität“, so Gotzel. Wichtig sei dabei das Ladesäulen-Förderprogramm des Bundes. Gotzel: „Insbesondere für unsere kommunalen Partner und Kunden haben wir Förderträge für rund 400 Ladepunkte in Bayern beantragt“. Jede Ladesäule mehr sei ein mobiler Fortschritt und ein wichtiger Beitrag zum lokalen Klimaschutz.

Mettenheim und Bayernwerk AG:

Konzessionsvertrag über weitere 20 Jahre

Die sichere Stromversorgung der Gemeinde Mettenheim im oberbayerischen Landkreis Mühldorf am Inn ist in Zukunft Aufgabe des Bayernwerks. Das Energieunternehmen und die Gemeinde waren bereits früher Partner bei der Stromversorgung. Nach dem Ablauf des vorhergehenden Vertrags schrieb die Gemeinde die Konzession neu aus und vergab diese schließlich wieder an das Bayernwerk.

Erster Bürgermeister Stefan Schalk und Ursula Jekelius, zuständige Leiterin für Kommunen und Kooperationen in Oberbayern beim Bayernwerk, unterzeichneten im Beisein von Kommunalbetreiber Armin Irlbeck den neuen Konzessionsvertrag. Die Gemeinde räumt mit der Vergabe der Konzession dem regionalen Netzbetreiber Bayernwerk formal das Recht ein, für die kommenden 20 Jahre das Stromnetz auf ihrem Gebiet zu betreiben sowie Versorgungsanlagen und Leitungen auf gemeindlichen Wegen und Grundstücken für die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger und der örtlichen Wirtschaft zu errichten.

Sowohl die Gemeinde als auch das Unternehmen zeigten sich mit der langfristigen Verlängerung überaus zufrieden. Für das Bayernwerk bedeute diese Verlängerung einen großen Vertrauensbeweis, erklärte Ursula Jekelius: „Wir freuen uns, dass wir weiterhin der Wunschpartner der Gemeinde für den Betrieb des Stromnetzes sind.“ Der Mettenheimer Bürgermeister Stefan Schalk zeigte sich ebenfalls erfreut: „Die Zusammenarbeit mit dem Bayernwerk war und ist geprägt von Kompetenz und gegenseitigem Respekt. Deshalb ist diese Unterzeichnung des Konzessionsver-

trags ein wichtiger Schritt in die Energiezukunft.“

Durch den Zuwachs dezentraler Erzeugungsanlagen auf rund 265.000 im Bayernwerk-Netz und den damit verbundenen Anstieg des eingespeisten Stroms aus Erneuerbarer Energie stehe die Leistungsfähigkeit der regionalen Verteilnetze im Zuge der Energiebewende vor zunehmenden Herausforderungen, erläuterte Jekelius. Diese werde das Bayernwerk gemeinsam mit der Kommune angehen. „Die Grundlage einer umfassenden Versorgungssicherheit vor dem Hintergrund der Energiewende sind eine kontinuierliche Wartung und Instandhaltung, der Einsatz innovativer Technologien, ein moderner Netzbetrieb und die strukturelle Nähe zum Netz.“

Zum Stromnetz der rund 3.500 Einwohner zählenden Gemeinde Mettenheim gehören Kabel und Leitungen im Nieder- und Mittelspannungsbereich in einer Länge von 40, beziehungsweise 45 Kilometern. Zur sicheren Stromversorgung der etwa 900 Hausanschlüsse sind 37 Trafostationen und 215 Kabelverteilerkästen installiert. Außerdem sind in der Region mobile Serviceeinheiten stationiert, die bei Störungen sofort eingreifen können. □



Bürgerenergiepreis
Mein Impuls.
Unsere Zukunft!

10.000 Euro
für Bürger, Schulen
und Vereine!

Sie engagieren sich in den Bereichen Energieeffizienz oder Ökologie und geben damit einen Impuls für die Energiezukunft in Ihrer Region oder Ihrem persönlichen Umfeld?
Dann bewerben Sie sich für den Bürgerenergiepreis.

Weitere Informationen unter
www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis

bayernwerk

Ideenwerkstatt in Altötting:

energylab – Energiezukunft regional gestalten

Abschlussveranstaltung mit länderübergreifender Expertenrunde
Bayerische Gemeindezeitung als Medienpartner

Wie gelingt die Strom-, Wärme- und Mobilitätswende in der Region? Dies war die zentrale Frage einer länderübergreifenden Expertenrunde aus Industrie, Gewerbe, Gemeinde-, Regional- und Landespolitik, die monatlang an konkreten Lösungsszenarien arbeitete. Bei der Abschlussveranstaltung im Kultur + Kongress Forum Altötting stellten sie ihre Vorschläge zur Diskussion. Die Bayerische Gemeindezeitung begleitete die Veranstaltung als Medienpartner.

Das „energylab – Energiezukunft regional gestalten“ ist eine gemeinsame Initiative von VERBUND mit den Landratsämtern Passau, Traunstein, Altötting, Berchtesgadener Land, den regionalen Planungsverbänden Lands- und Südostoberbayern, der Energieagentur Südostbayern, Zentrum Digitalisierung Bayern, Bayern Innovativ, Bayerischer Industrie- und Handelskammertag, Industriellenvereinigung Österreich, Wirtschaftskammer Österreich, Energie- und Umweltagentur Niederösterreich, Wien Energie, Siemens und OMV.

In verschiedenen Themen-Clustern und Kleingruppen wurde im dynamischen Entwicklungsformat an Umsetzungsprototypen gearbeitet. Die Gruppe „Erneuerbare Energie“ machte den Vorschlag, regionale Cluster-Maßnahmen zu konzipieren. Regionale Energiecluster sorgten dafür, dass im Sinne eines marktwirtschaftlichen Modells der Ausbau von Erneuerbaren Energien vorangetrieben wird. Durch Clustere/Bündelung kleiner Ausbauleistungen von entsprechenden Anlagen werde ein förderunabhängiger Massenmarkt geschaffen. Die Cluster-Ausbauten basierten auf Potenzialanalysen bzw. Energiekonzepten.

Diverse Expertenteams

Im Expertenteam „Regionale Marktteilnehmer“ war man der Auffassung, dass es notwendig ist, eine Initiative zu gründen, um regenerative Energieprojekte umzusetzen. Konkret soll dies durch den Aufbau einer Dialogplattform und einer regionalen Finanzierungsplattform bewerkstelligt werden. Zudem sollen regionale Unternehmen gemeinsam mit überregionalen Playern eine Open-Source-Plattform gründen, um gemeinsam Produkte zu entwickeln.

Die Arbeitsgruppe „Finanzierung und Regulierung“ hatte die Idee, dass zunächst die Finanzierung der erneuerbaren Energien neu geordnet werden muss. Dazu seien viele regulatorische Anpassungen notwendig. Die EEG-Umlage sollte in einem ersten Schritt auf mehr Schultern verteilt werden, um insbesondere den aktuell wenig zur Energiezukunft beitragenden Wärme-Sektor an der Finanzierung zu beteiligen. Am geeignetsten wäre eine Finanzierung der Energiezukunft auf EU-Ebene, um auch in allen Mitgliedsstaaten gleiche Bedingungen zu schaffen. Dabei sollte der Fokus u. a. auf der CO₂-Reduktion liegen.

Ergänzt werden sollte die Anpassung der Finanzierung durch die Ausweitung dezentraler Prosumer-Modelle, insbesondere Quartiermodelle mit regionalem Label. Ein Mehrfamilienhaus könne dabei die Bewohner des Hauses sowie jene umliegender Gebäude mit hauptsächlich eigen produziertem Strom und Wärme versorgen. Dabei soll das Modell einen regionalen Anstrich erhalten (z.B. Altöttinger Energie). Ein Dienstleister könnte die gesamte Regulierung und Umsetzung übernehmen.

Das Team „Regionales Energiesystem“ machte den Vor-

schlag, das bestehende Verteilernetz zu einem intelligenten Netz + smart metering auszubauen. Die marktgesteuerte Steuerung von Erzeugung und Verbrauch sowie die lokale Steuerung und zentrale Koordination seien ebenso begrüßenswert wie eine Sektor-kopplung.

Die Gruppe „Digitalisierung und Datenmanagement“ brachte die Idee eines Data Trust Centers (DTC) in die Diskussion mit ein. Das DTC macht transparent, wie Daten regional verteilt und genutzt werden. Dem Produzenten von Daten wird gezeigt, was mit seinen Daten passieren wird – und ggf. ein vorgefertigter Vertrag geschlossen, der diesen Zweck absichert. Ein Trusted Data Siegel garantiert die rein regionale Nutzung der Daten und macht den Effekt der Nutzung für die Region sichtbar und beobachtbar. Der Konsument wird über die Nutzung informiert und behält die Kontrolle.

Wärmewende

Im Expertenteam „Wärmewende“ wurde für innovative Dienstleistungskonzepte rund um das Heizen plädiert. Die Idee ist, Dienstleistungen rund um das Heizen zu bündeln und den Kunden komplette Problemlösungen anzubieten. Darüber hinaus soll der Kundenkontakt dazu genutzt werden, auch andere Dienstleistungen wie Strom, Telekommunikation, Home Automatisierung, Sicherheit und Versicherungen zu vertreiben. Darüber hinaus wurde eine „lokale Mobilisierung von Eigentümern bestehender Gebäude zur Nutzung von erneuerbarer Wärme“ vorgeschlagen.

Die Idee beruht auf der Kombination einer (eventuell gesetzlich zu verankern) und von der Gemeinde zu veranlassenden) Begehung aller (alten) Heizanlagen durch Experten (Rauchfangkehrer, Energieberater, Gemeindevertreter, evtl. Dienstleistungsanbieter) und diversen Kommunikationsmaßnahmen, die motivierende Wirkung haben sollen.

E-Mobilität

Die Arbeitsgruppe „E-Mobilität“ vertrat die Auffassung, dass es zwar bereits zahlreiche Aktivitäten und Angebote zur Elektromobilität gibt, eine zentrale Plattform jedoch hier die Sicht- und Nutzbarkeit deutlich verbessern kann. Das Ziel sei daher der Aufbau einer Informations- und Vernetzungsdrehscheibe für alle Bevölkerungsgruppen und Marktteilnehmer als „Schaufenster Elektromobilität im Alltag“.

Das Team „Verbrauchersicht und Bewusstseinswende“ machte schließlich den Vorschlag, das RegioLab-energylab-Format vor Ort umzusetzen und damit vorhandenen, regionalen Klima- und Energiestrategien Nachdruck zu verleihen. Es gehe darum, das Bekenntnis zur Umsetzung auf eine breite Basis zu stellen.

Im Rahmen zweier Dialogrunden (Moderation: GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel) wurden die Resultate der einzelnen Arbeitsgruppen reflektiert und diskutiert. An der Podiumsdiskussion nahmen neben Dr.

Marcel Huber, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, auch Wolfgang Anzengruber, Vorstandsvorsitzender der Verbund AG, Landrat Erwin Schneider (Altötting), Prof. Dr. Manfred Broy, Gründungspräsident des Zentrums Digitalisierung Bayern, Gunnar Braun, Geschäftsführer der Landesgruppe Bayern im Verband kommunaler Unternehmen, Thomas Gangl, Senior Vice President der OMV, Dr. Dieter Gilles, Burghauser Werksleiter der Wacker Chemie und Peter Koren, Vize-Generalsekretär der Industriellenvereinigung in Österreich, teil. Die Diskutanten waren sich einig, dass das „energylab“ der Beginn eines Prozesses ist, der langfristig zur positiven Energiezukunft beitragen wird.

Neue Dynamik

„Die Energiezukunft stellt uns alle vor große Herausforderungen“, betonte Landrat Erwin Schneider. Der forcierte Ausbau erneuerbarer Energieträger habe in den vergangenen Jahren eine neue regionale Wertschöpfung ermöglicht. In der „zweiten Phase der Energiezukunft“ sei nun mehr Markt gefragt, um die Zielsetzungen volkswirtschaftlich bestmöglich zu erreichen. Darüber hinaus bringe die digitale Revolution auch in den Energiesektor eine neue Dynamik. Grundsätzlich fehle ein „richtiger Masterplan“. Man befinde sich immer noch „mitten im Feld-

VARTA Storage:

Kompakter Wandspeicher pulse erstmals vorgestellt

VARTA Storage erweitert seine Produktfamilie der Heimspeicher für Privathaushalte. Neu hinzu kommt VARTA pulse. Der kleine, kompakte Wandspeicher ist in zwei Leistungsklassen erhältlich: 3,3 Kilowattstunden (kWh) und 6,5 kWh. „Einfach, preiswert und dabei qualitativ hochwertig – das ist pulse. Perfekt für alle, die höchste Energiedichte platzsparend bündeln möchten“, erklärt Herbert Schein, CEO der VARTA AG.

Erstmals zu sehen gab es die Neuheit auf der Intersolar in München. Zudem erweitert das Unternehmen die erfolgreiche element-Serie um VARTA element 12 und benennt VARTA home und VARTA family in VARTA one L und VARTA one XL um. „Damit haben wir unser Produktportfolio nun optimal an die verschiedensten Bedürfnisse unserer Kunden angepasst“, meint Schein weiter.

VARTA pulse ist in nur 30 Minuten dank Plug & Play einsatzfähig und kann mit allen Quellen grüner Energie kombiniert werden. Mit Abmessungen von 60 x 69 x 18,5 Zentimetern ist er auch im kleinsten Raum unterzubringen. VARTA pulse 3 mit einer Kapazität von 3,3 kWh wiegt gerade einmal 45 Kilogramm. Der größere VARTA pulse 6 hat eine Kapazität von 6,5 kWh und ein Gewicht von 65 Kilogramm. Die erfolgreiche VARTA element-Serie als Komplettsystem mit integriertem Wechselrichter und Batteriemanagementsystem gibt es nun auch mit 13 kWh Kapazität. VARTA element 12 macht es möglich. Die kleineren element 3, 6 und 9 sind weiterhin mit Nachrüst-Sets modular erweiterbar – je nach Kundenanforderung.

VARTA one L und XL

Aus VARTA home und VARTA family wurde one L und one XL. Die Batteriekapazität lässt sich hier individuell je nach An-

versuch“. Ob es den heutigen „Gemischtwarenladen“ auch in zehn Jahren noch geben wird, stellte Schneider in Frage. Gleichzeitig gab er seiner Freude darüber Ausdruck, dass die Ideenwerkstatt „energylab“ viele interessante Aspekte und mögliche Lösungsszenarien aufgezeigt habe.

Da gute Ideen „zwar in Ordnung sind, zwischen ihnen und der Umsetzung jedoch das weite Meer liegt“, äußerte der Landkreischef die Hoffnung, diesen Dialog fortzusetzen. „Mein Wunsch wäre, künftig regionale, landkreisbezogene energylabs zu veranstalten.“

VERBUND als Partner der Regionen

Wolfgang Anzengruber, CEO von VERBUND, dem größten Erzeuger von Strom aus Wasserkraft in Bayern, bekannte sich zur Regionalität, die im Energiebereich immer wichtiger werde. Man stehe erst am Anfang einer dynamischen Entwicklung in Richtung „mehr Dezentralität“, so der Vorstandsvorsitzende. Durch neue Speicher und digitale Anwendungen werde diese Entwicklung weiter an Fahrt zulegen. Das Prädikat „regional“ könne hier „das neue Qualitätssiegel“ werden. VERBUND sei in diesem Prozess „Partner der Regionen, der Unternehmen und aller, die die Energiezukunft – insbesondere auch vor Ort – aktiv gestalten“.

Das Ziel der Energiezukunft basiere auf Decarbonisierung, Dezentralisierung, Demokratisierung sowie Digitalisierung und deren sinnvolle Verbindung, erklärte Anzengruber. Es gelte, die Balance zu finden „zwischen der Volatilität der Erzeugung und der konkreten Nachfrage des Kunden“. Als Ausgleichsmechanismen dienten hierzu schaltbare

Einheiten in der Industrie (Stichwort: Demand Response) und Speicher. Unumstritten sei die Tatsache, dass die Pumpspeicherkraftwerke mit einem Wirkungsgrad von 80 % die mit Abstand effizienteste großtechnische Speichertechnologie darstellen. Ohnehin werden Speicher ein „Riesenthema“ werden, prognostizierte der CEO – „egal, ob es sich um Batteriespeicher, Power-to-Gas-Einheiten oder das Thema Mobilität handelt“.

Lob für Kreativwerkstatt

Staatskanzleiminister Dr. Marcel Huber lobte die Kreativwerkstatt „energylab“ mit ihrem branchen- und länderübergreifenden Austausch an passgenauen Ideen und Visionen. Sie könne beispielhaft für alle Regionen sein. Huber: „Wer die Energiezukunft aktiv mitgestalten will, muss bei den Menschen vor Ort anfangen. Ihre Akzeptanz ist richtungweisend. Nur wenn sich alle Beteiligten an einen Tisch setzen, um die Umstellung auf erneuerbare Energien voranzubringen, wird die Energiezukunft gelingen.“

Bei Betrachtung der bundesdeutschen Energiepolitik würden aktuell freilich nicht nur Vernunftargumente, sondern auch Arbeitsmarkt-, regional- und industriepolitische Argumente angeführt, bemerkte Huber. Diese seien nicht selten alles andere als zielgerichtet, wenn es um die optimale Gestaltung der Energiezukunft und die Minimierung der Kosten geht.

Mit Blick auf die E-Mobilität konzidierte der Staatskanzleichef dem Freistaat Bayern einen „deutlichen Anschlag“. So seien in Nürnberg ein Batterieforschungszentrum aufgebaut und auf der A 9 eine Teststrecke für autonomes Fahren eröffnet worden. Zudem würden Pilotregionen für Elektromobilität gegründet. E-Mobilität werde allerdings erst dann funktionieren, „wenn Preis-Leistungsverhältnis und Reichweite in einer vernünftigen Relation stehen und die Kommunen auch mit eigenen Ladestationen in Vorleistung gehen“.

Für mehr Speichertechnik

Gunnar Braun, Geschäftsführer der Landesgruppe Bayern im VKU, wies darauf hin, dass 95 Prozent der Erneuerbaren Energien in die von den Stadtwerken und kommunalen Unternehmen überwiegend betriebenen Verteilnetze gehen. Sie hielten das System am Laufen, indem sie Versorgungssicherheit schafften. Der Politik wünschte Braun dringend „ein paar anders gedrehte Schrauben“ wie den vermehrten Einsatz von Speichertechnik.

Vor Ort zu reagieren und flexibel zu sein, sei wichtig; hierfür seien Plattformen unverzichtbar. Braun zufolge „arbeiten wir auch im VKU auf Bundesebene an Datenplattformen. Unternehmen kümmern sich dabei um Kritische Infrastrukturen.“

In punkto Informationsplattform verwies Braun auf den Internetauftritt der ASEW – Arbeitsgemeinschaft für sparsame Energie- und Wasserverwendung im VKU. Mit dem Business-Check EDL erleichtere die ASEW Unternehmen den Einstieg in den Energiedienstleistungsmarkt. Erfahrene Experten begleiteten Unternehmen mit dem standardisierten Analyse-Tool bei der Untersuchung ihres Marktfelds. „Sie erfahren, wo sie stehen und welche nächsten Schritte strategisch sinnvoll sind, um sich erfolgreich auf dem Markt zu positionieren.“

Laut Prof. Dr. Manfred Broy, Gründungspräsident des Zentrums Digitalisierung Bayern, „begeben wir uns derzeit in eine Situation, in der die Stabilität der Energienetze zunehmend in Schwierigkeiten gerät“. Das Wichtigste im Energiebereich sei aber die sichere Versorgung.

Nach Broys Worten „können wir heute mit den vorhandenen volatilen Netzen ohne digitale Steuerung nicht mehr zurechtkommen“. Das Augenmerk liege auf dem „Wechselspiel zwischen den digitalen Möglichkeiten und den Chancen der Stromversorgung“. Die Digitalisierung ermögliche beispielsweise Endverbrauchern, stärker an der Strompreisgestaltung teilzunehmen. „Dies ist nicht nur eine Frage der Technologie, sondern auch der Organisation.“

Peter Koren, Vize-Generalsekretär der Industriellenvereinigung in Österreich, verwies auf „spannende Ansätze gerade für die produzierende Industrie“, wenn es darum geht, Energieverbrauchsspitzen auszugleichen und die Netze stabil zu halten. Auch sei die Lieferung industrieller Abwärme für kommunale Dienstleistungen sowohl auf dem Land als auch in der Stadt verstärkt zu beobachten.

Kein Selbstzweck

„Die Energiezukunft ist aus unserer Sicht kein Selbstzweck“, so Koren. Die Kosten-Nutzen-Relation müsse allerorten stimmen. Energylabs trügen zur verstärkten Partizipation der Bürger, der kleinen Kommunen genauso wie der großen Unternehmen, bei. „Wenn wir diese Involvement nicht schaffen, wird die Energiezukunft nicht gelingen“, urteilte Koren.

Die Digitalisierung sieht er als „echte Chance für die Energiewirtschaft, cooler zu werden und damit junge Leute wieder mehr für Technologien zu begeistern“. An die deutsche Politik gerichtet, vertrat Koren die Auffassung, dass die Energiezukunft möglicherweise etwas vorausschauender hätte geplant werden sollen.

Nach den Worten von Thomas Gangl, Senior Vice President der OMV, „brauchen wir viel Energie und diese vor allem verlässlich“. Netzstabilität beginne für ihn bei der Planungssicherheit und den regulatorischen Maßnahmen und ende bei der Verfügbarkeit der Elektronen. Die OMV versorge weltweit ca. 200 Mio. Menschen mit Energie, doch sei man – siehe Burghausen – auch regional unterwegs.

„Wir müssen aber auch wissen, was wir erwarten können“, unterstrich Gangl. „Sprechen wir von Stabilität, meinen wir auch die Wirtschaftlichkeit, d.h. der Strom muss wettbewerbsfähig sein.“ Schließlich stehe man als österreichisches Öl- und Gasunternehmen im internationalen Wettbewerb. In der Erwartung eines längerfristigen zeitlichen Übergangs, forderte der Vizepräsident einen effizienten Energiemix, wobei Gas aus seiner Sicht ein wesentlicher Energieträger ist.

„10.000 Mitarbeiter arbeiten bei Wacker Chemie in Burghausen täglich daran, den spezifischen Energieverbrauch zu senken“, erläuterte Werksleiter Dr. Dieter Gilles. Beabsichtigt sei, den spezifischen Energieverbrauch bis 2022 zu halbieren – „eine großartige Leistung, die die Industrie erbringt“.

Alzkanal als Lebensader

„Par excellence“ praktiziere Wacker Chemie darüber hinaus die Regionalisierung der Energieerzeugung: „Wir haben ein Gas- und Dampfkraftwerk mit einer Leistung von 160 MW und einem Wirkungsgrad von etwa 85 %. Zudem haben wir gerade 40 Mio. Euro in eine Generalsanierung des Alzkanals investiert. 9 % des gesamten Energiebedarfs werde durch die Wasserkraft gedeckt. „Das ist die Lebensader für Wacker“, meinte Gilles, der dem Publikum abschließend folgende Botschaft mit auf den Weg gab: „Das Warten auf die große Lösung versperrt nicht selten den Blick auf die vielen Möglichkeiten.“ Daran sollte man sich gelegentlich erinnern. **DK**

Bahnstrom-Kraftwerk Bertoldsheim:

Freie Bahn für Huchen und Co.

Aufwändigste Fischaufstiegsanlage an der bayerischen Donau eingeweiht

Vor wenigen Wochen wurde die Fischaufstiegsanlage beim Bahnstrom-Kraftwerk Bertoldsheim der Donau-Wasserkraft AG (DWK) im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen nach der ökumenischen Weihe durch Pfarrer und Dekan Werner Dippel von der katholischen Pfarreiengemeinschaft Burgheim und Pfarrer Jürgen Bogenreuther von der evangelischen Christuskirche in Neuburg an der Donau ihrer Bestimmung übergeben. Sie ist mit knapp drei Millionen Euro Gesamtkosten die bisher aufwändigste technisch-natürliche Fischaufstiegsanlage im deutschen Abschnitt der Donau.

Ministerialdirektor Dr. Christian Barth, Amtschef im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, nahm die hochmoderne Fischwanderhilfe, die seit Februar erfolgreich im Dauerprobetrieb arbeitet, mit tatkräftiger Unterstützung offiziell in Betrieb. Mit dem gemeinsamen Druck auf

konstruktive Mithilfe und positive Begleitung. Nur so war es möglich, dieses Musterbeispiel für eine umweltverträgliche Nutzung der regenerativen Wasserkraft zu verwirklichen. Der letzte Durchgängigkeits-Baustein beim Kraftwerk Bittenbrunn bei Neuburg wird in Angriff genommen, sobald der



Offizielle Inbetriebnahme der Fischaufstiegsanlage Bertoldsheim (v. l.): Roman Töpler, Technikvorstand der Donau-Wasserkraft AG, Peter Fösel, kaufmännischer Vorstand der Donauwasserkraft AG, Reinhold Bittner, stv. Landrat Donau-Ries, Dr. Klaus Engels, Direktor Wasserkraft Deutschland der Uniper Kraftwerke GmbH und Mitglied des Vorstands der Rhein-Main-Donau AG, Ministerialdirektor Dr. Christian Barth, Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz, Georg Hirschbeck, Erster Bürgermeister der Marktgemeinde Rennertshofen, Dr. Albrecht Schleich, Mitglied des Vorstands der Rhein-Main-Donau AG, Dr. Bernhard Gmehling, Oberbürgermeister der Stadt Neuburg an der Donau, Prof. Dr.-Ing. Albert Göttle, Präsident des Landesfischereiverbands Bayern und Alois Rauscher, stv. Landrat Neuburg-Schrobenhausen.
Bild: Jan Kiver, RMD AG

den blauen Knopf wurde symbolisch eines der sechs Absperrschütze, die den Wasserzulauf in die Fischaufstiegsanlage regulieren, geöffnet und der Fisch-Bypass um das Kraftwerk für die Donaufische freigegeben.

„Wir freuen uns, dass wir gemeinsam mit unserem Partner, Betriebsführer und Projektleiter Uniper Kraftwerke in nicht ganz 16-monatiger Bauzeit und nach intensiver Erprobung heute dieses ökologisch vorbildliche und anspruchsvolle Projekt offiziell abschließen können“, begrüßte Dr. Albrecht Schleich, Aufsichtsratsvorsitzender der Donau-Wasserkraft AG und Vorstandsmitglied der Rhein-Main-Donau AG, die zahlreichen Gäste aus Politik, Wirtschaft, Behörden, Vereinen und Medien.

„Dieses Öko-Projekt ist ein Musterbeispiel für die zeitgemäße Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie zur Herstellung eines guten ökologischen Zustands von Gewässern auf dem derzeit aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik.“, erläuterte Schleich und ergänzte: „Uns ist es ein zentrales Anliegen, Ökologie und Ökonomie bei der Nutzung der Wasserkraft in Einklang zu bringen. Mit dieser neu errichteten Fischaufstiegsanlage in Bertoldsheim ist das erneut gelungen.“

Schleich dankte allen Beteiligten für das gute Ergebnis und angesichts von rund 11.500 geleisteten Arbeitsstunden vor allem für die unfallfreie Durchführung des Projekts. Besonders hob er die Rolle der an dem Projekt beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, allen voran der Projektleiterin Uta Mentz von Uniper Kraftwerke, hervor. „Unser herzlicher Dank gilt auch den zuständigen Ämtern und Behörden sowie der Fischerei, den Grundeigentümern und allen anderen Partnern für die

Die Anlagen ermöglichen den Fischen nicht nur, stromauf zu wandern. Sie finden dabei in den neuen, ober- und unterwasserseitig angelegten Verbindungsgewässern an das bestehende Umgehungs-Fischgewässer hochattraktive, zusätzliche Lebensräume vor, die in der Donau sonst infolge vielfacher menschlicher Nutzungen und Einflüsse fehlen. So ist es den Fischen jetzt möglich, vom über sieben Meter tiefer gelegenen Unterwasser in den Staubeereich von Bertoldsheim zu gelangen. Gleichwohl bleibt zu hoffen, dass wir in der Zukunft gemeinsam genauso überzeugende Lösungen für einen gefahrlosen Fischabstieg finden und realisieren können“, so Professor Göttle abschließend.

Alois Rauscher, stv. Landrat des Landkreises Neuburg-Schrobenhausen, beglückwünschte die Donau-Wasserkraft AG, deren Muttergesellschaften Rhein-Main-Donau AG und Uniper sowie die weiteren Beteiligten zu dem gelungenen Ökologie-Projekt: „Naturschutz, Ökologie und die Renaturierung wertvoller Areale werden im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen sehr ernst genommen. Ich freue mich daher, dass wir in unserem Landkreis, der immerhin drei der fünf DWK-Bahnstrom-Wasserkraftwerke (Bergheim, Bittenbrunn, Bertoldsheim) beherbergt, so erfolgreich an der Durchgängigkeit unserer Donau arbeiten. Solche Projekte, wie die Fischaufstiegsanlage Bertoldsheim, tragen wesentlich dazu bei, die Akzeptanz der Wasserkraft im Spannungsfeld zwischen den Interessen der regionalen Fischerei, der Energiepolitik und der Energiewirtschaft zu erhöhen und einen Konsens zu finden.“

Georg Hirschbeck, Erster Bürgermeister der Marktgemeinde Rennertshofen, schloss sich den Glückwünschen zur erfolgreichen Projektumsetzung an und betonte: „Wir sind froh, in unserem Gemeindegebiet, das in einem so wichtigen und sensiblen Flussgebiet, wie es die Donau darstellt, liegt, eine neue Attraktion erhalten zu haben. Hier können sowohl unsere Bürgerinnen und Bürger, aber auch die zahlreichen touristischen Gäste, die unsere Region besuchen, dank der gut einsehbaren Bauweise der Fischaufstiegsanlage die gelungene Kombination aus Technik und Natur „hautnah“ erleben. Einen wichtigen Beitrag dazu leisten sicher auch die beiden neuen, großen Informationstafeln direkt hier am technischen Bauwerk der Fischaufstiegsanlage, die heute quasi Premiere haben und für die ich mich ausdrücklich bei Uniper und RMD bedanken darf. Wir wünschen uns, dass die Fische und Wasserlebewesen den neu geschaffenen, über einen Kilometer langen Lebensraum aus Raugerinnen und ökologisch wertvollem Umgehungs-gewässern zahlreich annehmen. Ich wünsche der Anlage störungsfreien Betrieb und freue mich über den gelungenen Beitrag zur ökologischen Aufwertung unserer Donau-Auen.“

„Mit der Bertoldsheimer Fischaufstiegsanlage leisten wir einen weiteren wichtigen Umweltbeitrag, von dem Menschen und Fische bzw. Wasserlebewesen profitieren“, freute sich Dr. Klaus Engels, Direktor Wasserkraft Deutschland der Uniper Kraftwerke GmbH und Mitglied des Vorstands der RMD AG, und erläuterte: „Mit der Einweihung der Anlage dokumentieren wir einmal mehr unsere Verantwortung für die Umwelt als großer Wasserkraftbetreiber in Bayern und unseren Beitrag für eine ökologische Durchgängigkeitsverbesserung an unseren rund 100 Kraftwerksstandorten in Bayern.“

Engels machte deutlich, dass das Thema Durchgängigkeit auch unter Wirtschaftlichkeitsaspekten eine langfristige Aufgabe ist: „Wegen der Vielzahl der Anlagen ist die ökologische Verbesserung der Wasserkraftwerke eine ambitionierte Aufgabe, für die wir insgesamt einen knapp dreistelligen Millionenbetrag eingeplant haben. Solche Summen sind für uns eine große Herausforderung, denn sie müssen bei aller Notwendigkeit für eine zeitgemäße Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie zur Herstellung eines guten ökologischen Zustands von Gewässern natürlich auch erst mal erwirtschaftet werden, was sich angesichts der angespannten Marktbedingungen als immer schwieriger darstellt.“

Ökonomie und Ökologie Hand in Hand

Engels betonte: „An unseren Kraftwerken gehen Stromerzeugung aus Wasserkraft, Gewässerökologie und Fischschutz grundsätzlich Hand in Hand. Für unsere Kraftwerke sieht der gemeinsame Plan der Wasserwirtschaftsämter und unseres Hauses die Errichtung von Fischaufstiegsanlagen in den nächsten drei Jahren an der Donau und in den nächsten fünf bis zehn Jahren an den anderen Flüssen vor. Das Thema biologische Durchgängigkeit kümmert sich nicht um Zuständigkeitsbereiche. Deswegen sind wir froh, mit den Wasserwirtschaftsämtern und den Bezirksgliederungen des Landesfischereiverbandes vertrauensvoll und lösungsorientiert zusammenzuarbeiten. Ich darf an dieser Stelle allen am Projekt Bertoldsheim Beteiligten in den zuständigen Ämtern und Behörden für die Unterstützung sowie der Fischerei und den Grundbesitzern für die partnerschaftliche Zusammenarbeit sehr herzlich danken; ohne sie wäre der Zeitplan nicht zu halten gewesen. Für das gelungene Werk und dessen unfallfreie Durchführung gilt mein Dank auch insbesondere unserer Projektleiterin Uta Mentz sowie den bauausführenden Firmen

Mayerhofer Hoch-, Tief- und Ingenieurbau GmbH und Hagn Umwelttechnik GmbH sowie den Planungsbüros WipflerPLAN Planungsgesellschaft mbH und RMD Consult GmbH.“

Ende Oktober 2015 begann der knapp drei Millionen Euro teure Bau zur insgesamt 1.150 Meter langen Fischumgehung am linken (nördlichen) Flussufer um das Bahnstrom-Kraftwerk Bertoldsheim an der Donau, die eine Gesamthöhendifferenz von bis zu 7,2 Meter überwinden muss. Die Herausforderung war, ein bestehendes wertvolles Fischgewässer im Umlauf um das Kraftwerk so an die Donau unterhalb und oberhalb des Kraftwerks Bertoldsheim anzubinden, dass ein funktionierendes Fischaufstiegssystem unter Einbindung des bestehenden Fischgewässers entsteht, ohne dieses in seiner bisherigen Funktion zu beeinträchtigen.

Dazu wurde das Projekt in fünf unterschiedlich gestaltete Bauabschnitte gegliedert: Neubau von zwei Raugerinnen, einer künstlichen Insel sowie einem aufwändigen Ausstiegsbauwerk, einem „Vertical Slot“-Fischpass, und Anbindung der Raugerinne an das bestehende Fischgewässer, das mit 700 Meter den längsten Abschnitt des gesamten Umgehungs-systems darstellt.

Die wanderwilligen Fische finden in den beiden Raugerinnen ebenso wie in dem technischen Teil einen optimal gleichmäßigen Anstieg von rund 10 cm pro Becken vor. In dem bestehenden Fischgewässer ist es für die wanderwilligen Fische sehr komfortabel, da auf 700 Meter nur eine Höhendifferenz von 60 cm überwunden werden muss.

Damit die Fische den Abzweig aus der Donau unterhalb des Kraftwerks leichter finden, wurde zur Erzeugung der entsprechenden Lockströmung der flussabwärts gelegene Einstieg in Absprache mit Fischereisachverständigen aufwändig neu gestaltet. Wasserbausteine und eine neue künstliche kleine Insel sorgen vor dem fischfreundlich gestalteten Einstieg in

das 120 Meter lange, unterwasserseitige Raugerinne für die unverzichtbare Lockströmung. Über 20 versetzte, naturnah gestaltete Beckenstrukturen mit durchbrochenen Querriegeln überwinden die Fische eine Höhendifferenz von 1,80 Meter.

Um den Weg aus dem bestehenden Fischgewässer in das oberwasserseitige Raugerinne zu finden, wurde der Bereich strömungstechnisch mit Wasserbausteinen optimiert. Der Weg in den Stauraum oberhalb des Kraftwerks führt über ein 210 Meter langes mäandrierend angelegtes Raugerinne mit 39 versetzten, naturnah gestalteten Beckenstrukturen, über die 3,20 Meter Höhendifferenz überwunden werden können.

Eine besondere Herausforderung war das aufwändige technische Ausstiegsbauwerk und dessen Anbindung über ein Trogbauwerk durch den bestehenden Stauhaltungsdamm. Dieser „Vertical Slot“-Fischpass aus 21 versetzten Betonelementen ist technisch so ausgerüstet, dass trotz der mehrmals am Tag schwankenden Pegelstände im Stauraum immer die optimalen Wasserverhältnisse für die wandernden Fische in der Fischwanderhilfe bereitgestellt werden. Dazu erhielt der aus Beton modellierte Schlitzpass sechs regelbare Einlaufschütze, die voll automatisch sicherstellen, dass die Fischaufstiegsanlage immer mit einer Wassermenge von durchschnittlich 500 Liter pro Sekunde (3,3 Badewannenfüllungen pro Sekunde) versorgt wird, damit die Fische, ob Barbe, Äsche, Huchen, Nase oder Gründling, problemlos den Aufstieg gegen die Strömung durchwandern können. Diese Wassermenge, die dem bestehenden Fischgewässer zugeführt wird, wird daher auch beim Abzweig des unterwasserseitigen Raugerinnes aus dem Parallelgewässer wieder entnommen.

Konzeption und Bau der Fischaufstiegsanlage um das Bahnstromkraftwerk Bertoldsheim wurden von der RMD Consult GmbH geplant, die auch die Bauoberleitung verantwortete. □

TV BAYERN

LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.

Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region

* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: www.tvbayernlive.de

Start in Stadt und Landkreis Würzburg:

„Interkommunales Präventions-Netzwerk Radikalisierung“

Das Problem „Radikalisierung“ spaltet zunehmend die Gesellschaft. Warum und auf welchen Wegen aber lassen sich Menschen radikalieren? Wie lässt sich eine Neigung zu Radikalisierung jeglicher Form überhaupt erkennen? Und die wichtigste Frage: Wie kann ein Gegensteuern gelingen? Frühzeitig Signale erkennen und Ebenen aufbauen, um radikalen Gruppen und Ideologien keinen Nährboden zu bieten, ist das Ziel von Stadt und Landkreis Würzburg. Dazu starteten sie ein „Interkommunales PräventionsNetzwerk Radikalisierung“.

Das interkommunale Netzwerk mit konkreten Projekten für Kinder und Jugendliche ist, mit diesem Schwerpunkt, bisher einzigartig in ganz Bayern. Stadt und Landkreis erhalten dafür eine Förderung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration. Das StMAS fördert sowohl die Personalstellen als auch die Projektarbeit in beiden Verwaltungen bis Ende 2019.

„Wir arbeiten intensiv interkommunal zusammen, um Radikalisierung unabhängig von ihrer Richtung vorzubeugen. Hauptaufgabe ist der Dialog und das Miteinander“, formuliert Oberbürgermeister Christian Schuchardt eine Überschrift des PräventionsNetzwerks. Das Netzwerk wird helfen, Ideologisierung vorzubeugen, indem den Jugendlichen vielfältige Lebensentwürfe nahegebracht und gemeinsame Werte vermittelt werden.

Prävention meint in diesem Zusammenhang die Grundimmunisierung von Personen gegenüber extremistischen Ideologien aufgrund von Sensibilisierung über Aufklärung und Prävention. Denn: „Wir wollen keine Vorurteile“, betont Landrat Eberhard Nuß.

„Wir sind sehr dankbar für die Förderung und auch stolz“, sagt Würzburgs Sozialreferentin Dr.

Hülya Düber. „Es ist ein einzigartiges Projekt, das allgemeine und spezifische Themen und Bedürfnisse Jugendlicher aufgreift und pädagogische Fachkräfte informiert und sensibilisiert.“

„Der interkommunale Ansatz und die direkte Präventionsarbeit mit den Jugendlichen machen die Einzigartigkeit des Projektes aus“, erklärt Eva-Maria Löffler, Geschäftsbereichsleiterin Jugend, Soziales und Gesundheit vom Landratsamt Würzburg. „Tatsächlich wissen wir nicht, wie Radikalisierung funktioniert, aber mit der Jugendarbeit haben wir einen guten Hebel, frühzeitig anzusetzen und Mechanismen zum Gegensteuern zu entwickeln“, weiß Klaus Rostek, Fachbereichsleiter Amt für Jugend und Familie, Landkreis Würzburg.

Ideologisierung vorbeugen

Die Arbeit im PräventionsNetzwerk Radikalisierung wird sich in einem ersten Schritt religiös begründeter Radikalisierung widmen. Dazu wird der Dialog mit allen Glaubensrichtungen gesucht, um jeder Form von Ideologisierung vorzubeugen. Das PräventionsNetzwerk Radikalisierung schließt sich dem Leitbild von Ufuq an, einem anerkannten Träger der freien Jugendhilfe und der

politischen Bildung und Prävention zu den Themen Islam, Islamfeindlichkeit, aber auch Islamismus. Dieses Leitbild besagt, dass die Veränderungen in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland auch zu Irritationen, Verunsicherungen und Ängsten führen. Daran knüpfen nationalistische, rassistische oder religiös begründete fundamentalistische Strömungen an und setzen der pluralistischen Wirklichkeit Ideologien der Ungleichheit entgegen. Dies ist laut Ufuq „eine Chance für die beständig notwendigen Prozesse der Vergewisserung, Stärkung und Weiterentwicklung von Werten und Normen des Zusammenlebens in der Demokratie.“

Handlungsfelder

Das Konzept des PräventionsNetzwerks Radikalisierung basiert auf drei Handlungsfeldern: Netzwerkbildung aller Akteure, Sensibilisierung und Schulungen von Multiplikatoren, Prävention: Konkrete Projekte für Kinder und Jugendliche.

Die Stadt Würzburg setzt sich bereits seit 2011 sehr engagiert im bundesweiten Rahmen von „Demokratie leben“ und dessen Vorgängerprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ gegen jede Form von Diskriminierung ein, ganz besonders auch Rechts-Extremismus. Inhalt ist der Ausbau demokratischer Werte und zivilgesellschaftlichen Engagements. Kooperationspartner von „Demokratie leben“ in Würzburg ist das Bündnis für Zivilcourage. Die vielfältigen Erfahrungen der Akteure aus „Demokratie leben“, sowie die

daraus schon erfolgte Vernetzung der Kräfte vor Ort, sind beim Aufbau des PräventionsNetzwerks Radikalisierung hilfreich. Eingebunden sind darin Akteure sämtlicher hier ansässiger Glaubensgemeinschaften und Kirchen.

Multiplikatoren wie Pädagogen werden in Fachvorträgen, Fachtagungen, Diskussionsveranstaltungen und Fortbildungen für Warningsignale und Ursachen von Radikalisierung sensibilisiert. Vermittelt wird dort auch religionspädagogisches Wissen. Damit werden die Multiplikatoren befähigt, Radikalisierungstendenzen bei Jugendlichen frühzeitig zu erkennen.

Entwickelt werden Präventionsformen und individuelle Maßnahmen bei ersten Anzeichen von Radikalisierungstendenzen, die die Jugendlichen stärken und ihnen eine gemeinsame Wertebasis vermitteln. In Workshops setzen sich die Jugendlichen dann gezielt mit Vorurteilen, Diskriminierung aber auch Demokratie und Werten auseinander. Ziel ist es, die Heranwachsenden in ihrem Selbstbewusstsein zu stärken, damit sie vor einfachen ideologisch begründeten Angeboten und deren Wirkmechanismen besser geschützt sind. Themen werden sein: religiöse Bildung und interreligiöser Dialog, Auseinandersetzung mit der eigenen Identität, Aufklärung über Extremismus und Terrorismus, partizipative Methoden der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung. Das Angebot wird sich an alle Jugendlichen richten, ob mit oder ohne Migrationshintergrund.

Jugendliche, die deutliche Verhaltensänderungen zeigen, sich von sogenannten „Ungläubigen“ abgrenzen, gegen klar abgegrenzte Feindbilder agitieren, sich isolieren und abschotten, zeigen Warningsignale von Radikalisierung. Auch das äußere Erscheinungsbild oder das Essverhalten können sich ändern. „Wichtig ist es, eventuelle Identitätskrisen von Jugendlichen zu erkennen und schon bei vereinzelten, ideologischen Kommentaren frühzeitig einzugreifen“, erklärt Elena Enzmann, Projektleiterin des PräventionsNetzwerks für die Stadt Würzburg. Häufig setzen betroffene Jugendliche der Komplexität der modernen Welt eine Schwarz-Weiß-Sicht gegenüber. Unabhängig vom ideologischen Gehalt bedinge Radikalisierung aber immer ein Zusammenspiel von Persönlichkeitsfaktoren, Sozialisierungseffekten und Gelegenheitsstrukturen, wie eine labile Persönlichkeit im Jugendalter mit geringer sozialer Resonanz, konfliktbeladenen Familienverhältnissen, Diskriminierungserfahrungen sowie die letztlich zufällige Gelegenheit mit Szenenangehörigen in Kontakt zu kommen.

Sowohl Stadt als auch Landkreis Würzburg haben für die Leitung des Präventions-Netzwerks eine eigene Stelle geschaffen. Im Landkreis Würzburg übernimmt diese Tätigkeit Diplom-Sozialpädagoge Jürgen Schwab, in Würzburg Diplom-Sozialpädagogin Elena Enzmann. □



Von links: Würzburgs Landrat Eberhard Nuß, Eva-Maria Löffler (Geschäftsbereichsleiterin Jugend, Soziales und Gesundheit, Landratsamt Würzburg), Klaus Rostek (Fachbereichsleiter Amt für Jugend und Familie, Landratsamt), Elena Enzmann (städtische Projektleiterin des PräventionsNetzwerks), Dr. Hülya Düber (Sozialreferentin, Stadt Würzburg), Gunther Kunze (Leiter Fachbereich Jugend und Familie, Stadt Würzburg), Oberbürgermeister Christian Schuchardt. Bild: Claudia Lothar

Ateliertage in Nördlingen:

Reizvolle Stationen der Kunst

20 Künstler hatten bei den 9. Ateliertagen der Stadt Nördlingen ihre Ateliers geöffnet, um mit den Bürgern in Kontakt treten zu können. Nach 16 Jahren hat sich die Reihe als fester Bestandteil im Nördlinger Veranstaltungskalender etabliert. Das Konzept, ausgehend von der Ursprungsidee, möglichst viele zeitgenössische Künstlerinnen und Künstler an einem Wochenende, zu genau den exakt festgelegten Öffnungszeiten, besuchen zu können, hat sich bewährt.

Der Reiz bestand einmal mehr darin, durch die mittelalterliche Altstadt zu schlendern, fußläufig die historische Bausubstanz zu erleben und in elf Ateliers allein innerhalb der 2,7 Kilometer langen rundum begehbaren Stadtmauer zeitgenössische Kunstwerke zu betrachten.

Metropolen im Blick

Im südlichen Stadtteil beispielsweise waren die Ateliers Troll, Mussnug, Ranftl und Kamlah Garant für überraschende, neue, aber auch immer wieder schön anzuschauende Kunstwerke. Wolfgang Mussnug führte seine „Metropolen“-Serie mit Shanghai und Montevideo fort – sie bestehen aus jeweils sieben Tafeln mit Materialien, Symbolen und Bildern, die den Geist der Stadt symbolisieren.

Auch neue Nördlingen-Motive auf Suevit und neue Objekte aus Murano-Glas waren zu sehen. Zu Gast war als Neuzugang der Ateliertage die 17-jährige Afghanin Shiba Kamran mit Architekturzeichnungen und gegenständlicher Ölmalerei.

Fokus auf Designobjekte

Im Atelier Ranftl zeigte Marianne Ranftl aktuelle Figuren aus unterschiedlichen Stoffen und neue Überhängungen und Stickbilder. Helmut Ranftl führte seine Auslotung von Farbe, Form und Struktur in Einzelbildern und Sequenzen fort. Zu Gast war Heiner Hildebrand, der seine Kunst und Präzision anhand von Möbel-Unikaten und weiteren Designobjekten demonstrierte.

Faszinierende Symbiose

Bei Wolfgang Kamlah faszinierte die Symbiose zwischen prächtigem Garten und Öl- und Acrylbildern mit neuen Landschafts- und Urlaubsmotiven. Auch abstrakte Struktur motive wie von Felsformationen oder Wäldern fügten sich gut ins grüne Atelier ein.

In der Altstadt präsentierte der Miniaturkünstler Hennes

Rußing in der besonders dichten künstlerischen Atmosphäre seines Mini-Ateliers ein bislang unveröffentlichtes riesiges Gemälde zum Kunstmetier an sich, nämlich einen Akt mit der Kunstklasse im Hintergrund. Sehenswert waren zudem seine Ölgemälde mit Landschaftsansichten aus dem Ries. DK

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 51 vom 01.01.2017

Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags
und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

500 Jahre Salzbergwerk Berchtesgaden

Bergfest mit Ministerpräsident Seehofer als Höhepunkt

Das Salzbergwerk Berchtesgaden, eine der bedeutendsten Attraktionen Deutschlands, feiert 2017 runden Geburtstag: Gregor Rainer, Reichspräsident und Propst des Augustiner-Chorherrenstifts Berchtesgaden, gründete 1517 mit dem Anschlag des Petersbergstollens das Salzbergwerk Berchtesgaden. Damit begann die einmalige Chronik von 500 Jahren ununterbrochenem Salzabbau in den Tiefen der bayerischen Alpen.

360.000 Gäste aus dem In- und Ausland besuchen jährlich die Attraktionen des Besucherbergwerks. Moderne audiovisuelle Darstellungen und Lasershows sowie traditionelle Bestandteile wie die Einfahrt mit der Besucher-Grubenbahn, die Bergmannsrutsche in der Salzkathedrale oder die Fahrt mit dem Floß über den unterirdischen Salzsee, machen es zu einem beliebten Ausflugsziel in der Tourismusregion Berchtesgaden-Königssee.

Aktionen und Veranstaltungen bilden den Rahmen für das Geburtstagsjahr. Am Salzbergwerk selbst zeigen in den Monaten Juli und August 2017 sog. Deichelbohrer, wie man einst aus Baumstämmen Soleleitungen fertigte und Salzsieder sowie Schachtelmacher stellen ihr traditionelles Handwerk vor. Gäste wandern auf einem Jubiläumspfad und erfahren mehr über Gebäude und die 400-jährige Geschichte der Zunft sowie einiges über das 200-jährige Bestehen der Soleleitung Berchtesgaden-Bad Reichenhall. Während des gesamten Jahres sind zu salzrelevanten Themen wie „500 Jahre Salzbergbau“ oder „Salz und Glaube“ mehrere Sondervorträge unter Tage geplant.

Den Höhepunkt der Veranstaltungsreihe bildete am Pfingstmontag das traditionelle ganztägige Bergfest, das ganz im Zei-

chen der 500 Jahre Salzbergwerk stand. Kirchen- und Festzug der Bergleute mit vielen Kapellen aus der Region, der Gottesdienst in der Berchtesgadener Stiftskirche mit Kardinal Marx, Erzbischof von München und Freising, und der Festakt mit Bühnenprogramm sowie viel Prominenz im Berchtesgadener Kongresshaus schufen den angemessenen Rahmen für ein großes Geburtstagsfest.

Im Rahmen eines Festakts gratulierte Ministerpräsident Horst Seehofer der Südwestdeutschen Salzwerke AG zu einem „einmaligen Jubiläum“ und unterstrich die Bedeutung des Salzbergwerks für das Berchtesgadener Land und ganz Bayern: „Als ältestes aktives Bergwerk Deutschlands und Touristenmagnet ist das Salzbergwerk Berchtesgaden eine bayerische Institution. Es steht für nachhaltiges Wirtschaften, langfristiges Denken und gelebte unternehmerische Verantwortung. Im Freistaat gibt es kaum eine so gesegnete Region wie das Berchtesgadener Land mit Bilderbuchlandschaften, wo man hinsieht, Tradition, Heimatliebe und Zukunftskraft. Hier ist die Lebensqualität daheim“, betonte Seehofer.

Mit seinem Mehr an Lebensqualität und Lebenskultur, dem Zusammenhalt und den gelebten Werten, seiner wirtschaftlichen Stärke und Zukunftsfähig-

keit stehe der Freistaat auch für Stabilität in einer instabilen Welt, so der Ministerpräsident. „Ein Symbol dafür, dass Bayern etwas Besonderes ist, ist auch der heutige Tag mit diesem ganz besonderen 500-jährigen Jubiläum des Salzbergwerkes Berchtesgaden“, hob Seehofer hervor.

Staatskanzleichef Marcel Huber unterstrich ebenso wie Bürgermeister Franz Rasp und Landrat Georg Grabner die „historische und wirtschaftliche Bedeutung des Salzes für die Region“. Das in Berchtesgaden gefertigte und in Reichenhall verarbeitete Speisesalz sei fest verankert mit dem Berchtesgadener Land, weshalb Huber die „feste Überzeugung“ vertrat, „dass dies noch lange Bestand haben wird“. DK



V.l.: Raimund Bartl, Betriebsleiter des Salzbergwerkes, Wolfgang Rütter, Vorstand der Südwestdeutschen Salzwerke AG, Pfarrer Dr. Thomas Frauenlob, Ulrich Fluck, Sprecher des Vorstands der Südwestdeutschen Salzwerke AG, Staatsminister Dr. Marcel Huber, Prinz Leopold von Bayern und Ministerpräsident Horst Seehofer. Bild: Salzbergwerk Berchtesgaden



Vl.: Landrat Johann Kalb (Bamberg), MdL Hans Herold, Parl. Staatssekretär und stv. Bez.-Vors. Thomas Silberhorn, CSU-Bezirksvorsitzender MFR Joachim Herrmann, Europaabgeordnete Monika Hohlmeier, Staatssekretär und CSU-Bezirksvorsitzender UFR Gerhard Eck, MdB Dr. Anja Weisgerber, Bundestags-Listenkandidat Tibor Brumme, MdL Manfred Ländner, Bundestags-Listenkandidat Manfred Scholl, Bezirkstagspräsident OFR Dr. Günther Denzler, Bezirksrätin Christin Bender, Bezirkstagspräsident MFR Richard Bartsch.
Bild: Albrecht Börner

Drei-Franken-Treffen der CSU:

Lust auf Zukunft

Innere Sicherheit als Kernkompetenz der Union

Franken (pmw). Beim diesjährigen Drei-Franken-Treffen der ober-, mittel- und unterfränkischen CSU-Verbände rief Joachim Herrmann alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, bei der Bundestagswahl am 24. September zur Wahl zu gehen und sich im Vorfeld aktiv zu informieren. „Es kommt auf jede Stimme an!“. Und die Parteifreunde müssten im Zuge des Wahlkampfes den Menschen „Lust auf Zukunft, Lust auf Politik, Lust auf CSU“ machen. Keine Zweifel ließ der Bayerische Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr daran, dass „überall, wo dies möglich ist, die Roten mit den Linken und den Grünen koalieren werden“.

Es gelte gerade angesichts zunehmender Unsicherheiten von außen und im Innern eben dies zu verhindern. Die CSU verfüge über die Kernkompetenz in Sachen Sicherheit, was auch in Berlin noch stärker zur Geltung kommen könnte, wenn die Wählerinnen und Wähler mitmachen. „Nur mit einer klaren Sicherheits- und Rechtspolitik können die Herausforderungen bewältigt werden“, so CSU-Bezirksvor-

sitzender Joachim Herrmann. Dass die CSU Wort hält, zeigte Herrmann unter anderem anhand der aktuellen Baustelle zum 6-streifigen Ausbau der Autobahn bei Geiselwind auf: „Versprochen und gehalten“.

Bekennnis zum ländlichen Raum

Beim jährlichen Drei-Franken-Treffen gab es auch wieder ein klares Bekenntnis zum ländlichen Raum und zur Landwirtschaft. In diesem Zusammenhang entschuldigte er den örtlichen Wahlkreis-abgeordneten im Deutschen Bundestag und Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Christian Schmidt, der beim zeitgleich stattfindenden Evangelischen Kirchentag in Berlin auch in seiner Eigenschaft als stellvertretender Parteivorsitzender gebunden war. Herrmann: „Es ist wichtig, dort vertreten zu sein, weil das Christliche auch im 21. Jahrhundert zukunftsweisend ist“.

Damit dankte er auch den beiden Geistlichen, die traditionsgemäß in gelebter Ökumene das Drei-Franken-Treffen mit einer Andacht eröffneten und die Frage stellten, ob auch eine Partei „Heimat“ bieten könne. Innen-Staatssekretär Gerhard Eck beantwortete dies mit einem eindeutigen „Ja“: So gestalte die CSU seit Jahrzehnten das Land. In der Demokratie seien politische Gruppierungen unabdingbar und könnten somit nicht nur politische Heimat sein, sondern auch die Heimat als Land prägen.

„Verantwortung für unsere Heimat“

Herrmann und Eck mit Blick auf die aktuelle Diskussion um einen weiteren Nationalpark: „Der Steigerwald bleibt Naturpark“. Für Gerhard Eck stehe „schützen und nutzen“ im Mittelpunkt des Umgangs mit dem Steigerwald, „aus Verantwortung für unsere Heimat“. Die naturnahe Waldbewirtschaftung habe die Kultur- und Waldlandschaft geformt und diese Symbiose aus Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit mache Sinn.

„Mit Joachim Herrmann an der Spitze setzt ganz Bayern bei der Bundestagswahl auf Franken“, meinte Parlamentarischer Staatssekretär Thomas Silberhorn und

ging damit auch auf die Bemerkung von Gerhard Eck ein, wonach Joachim Herrmann „das Gesicht für Innere Sicherheit“ sei. „Es ist eben nicht gleichgültig, wer Politik macht“, was schon die unterschiedlichen Bilanzen aus den einzelnen Bundesländern aufzeigten.

Sicherstellung der Infrastruktur

Armin Luther, Erster Bürgermeister von Burghaslach begrüßte anfangs mehrere Hundert Gäste auch im Namen des diesjährig ausrichtenden Ortsverbandes und dankte der Kapelle „Drei-Franken-Eck“ unter Leitung von Norbert Volk für die schwingvolle musikalische Begleitung. Sichtlich stolz auf diesen von den drei Kommunen Schlüsselfeld, Geiselwind und Burghaslach gemeinsam gestalteten „wunderschönen Platz“ an der Schnittstelle der Regierungsbezirke. Als Bürgermeister einer Landgemeinde fühle er sich bei der Sicherstellung der Infrastruktur im ländlichen Raum bei seinen Freunden von der CSU „in besten Händen“.

Zum 60. Geburtstag von Gerold Noerenberg:

Kompetent und tatkräftig

„Neu-Ulm ist eine aufstrebende, junge Stadt, für die ich mit Engagement, Freude und Passion arbeite“, unterstreicht Oberbürgermeister Gerold Noerenberg. Seit 13 Jahren stellt er sich kompetent und tatkräftig der besonderen Verantwortung. Am 19. Mai beging der CSU-Politiker seinen 60. Geburtstag.

Seit 1975 ist der gebürtige Neu-Ulmer CSU-Mitglied und seitdem im politischen Geschehen aktiv. Nach dem Abitur stu-



Gerold Noerenberg.

dierte er Jura und eröffnete 1984 seine eigene Kanzlei. Acht Jahre lang saß Gerold Noerenberg im Neu-Ulmer Stadtrat, von 1999 bis 2002 bekleidete er das Amt des CSU-Fraktionsvorsitzenden.

Von 2002 bis 2004 wirkte der Jubilar die Entwicklung als zweiter hauptamtlicher Bürgermeister mit, ehe er schließlich 2004 zum Oberbürgermeister gewählt wurde. Seit Oktober 2008 ist Noerenberg außerdem Vorsitzender des Sportausschusses des Bayerischen Städtetages und seit September 2014 Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der großen Mitglieder des Bayerischen Gemeindetages.

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Der französische Präsident spricht Englisch. Öffentlich! Der macht aber wirklich alles anders als seine Vorgänger.“ Mein Chef, der Bürgermeister, kann sich manchmal in kleine Meldungen verbeißen, die unsers einem kaum auffallen.

Aber richtig: Emmanuel Macron hat auf die Ankündigung Präsident Trumps, das Pariser Klimaabkommen zu kündigen, mit dem englisch gesprochenen Satz „Make our planet great again“ reagiert und mit dieser Persiflage auf „Make America great again“ nicht nur einen rhetorischen Volltreffer gelandet, sondern auch ein Tabu der Fünften Republik gebrochen. Bisher sprach seit de Gaulle, der den Angelsachsen zutiefst misstraute, kein französischer Präsident bei offiziellen Anlässen ungestraft eine andere Sprache als die Voltaires, Baudelaires und Goscinnys. Im Gegenteil, Frankreich ist die Hochburg im Kampf gegen



Union, wonach jeder EU-Bürger neben seiner Muttersprache noch zwei weitere Sprachen beherrschen sollte. Wobei das mit dem Beherrschen natürlich ein weites Feld ist. Beherrsche ich Italienisch, nur weil ich mir bei mindestens zwei Aufenthalten pro Jahr seit meinem 14. Lebensjahr alle für vivere und soppravvivere notwendigen Vokabeln beigebracht habe, ohne Rücksicht auf Grammatik und Orthographie? Die Leute kapiere, was ich von ihnen will und ich kapiere, was sie von mir wollen und das ganz locker und freundschaftlich. Sprache dient ja in erster Linie der Verständigung zwischen den Menschen – und wenn die klappt, ist es gut.

Was ich sehr bedauere ist, dass bei uns so wenig ost- und ostmitteleuropäische Sprachen gelehrt werden. Dabei ist Deutsch nach Englisch östlich der Oder und des Bayerwaldes die beliebteste Fremdsprache überhaupt. Warum bemühen wir uns so wenig, mit unseren Nachbarn im Osten und Südosten genauso ins Gespräch kommen zu können, wie mit Franzosen, Italienern oder Spaniern? Weil die Sprachen schwieriger sind? Möglich. Ich hab mal einen Polnisch-Kurs bei der Volkshochschule belegt und bin gescheitert. In erster Linie natürlich wegen mangelnder Lerndisziplin, aber sicherlich auch, weil man keine Bezüge zu aus der Schulzeit bekannten Sprachen ziehen kann. Eigentlich schade.

Mein Chef, der Bürgermeister, wollte mal Russisch lernen, ist aber über das kyrillische Alphabet nicht recht rausgekommen. Irgendwie fehlte dann die Motivation. Die könnte jetzt wieder wie ein kleines Pflänzchen aufscheinen, denn bei einer Moskau-Reise hat er bemerkt, wie nützlich es trotz fehlender Sprachkenntnisse war; zumindest die Straßenschilder lesen zu können. Ja Reisen bildet und motiviert! Vielleicht sollte ich auch mal nach Bulgarien, Kroatien oder Polen reisen, um auf den Sprach-Geschmack zu kommen? Wie sehr wir aber trotz aller Sprachenvielfalt doch immer an unserer Muttersprache hängen werden, zeigt ein kleiner Satz der Schriftstellerin Herta Müller: „Sprache ist keine Heimat, man nimmt seine Sprache ja mit in ein anderes Land“.

Make our planet great again – egal in welcher Sprache!

Anglizismen aller Art und unbegrenzt erfindungsreich, wenn es darum geht, Entsprechungen für englische Ausdrücke zu erfinden. Legendar die Übersetzung des Schiffstyps Tanker mit Bateau-citerne, des Computers mit ordinateur oder des Web mit réseau.

Hat die Globalisierung jetzt auch Frankreich fest im Griff, die sich nach einer sehr klugen Bemerkung von Wolfgang Schäuble ja nicht zuletzt durch das Ausbreiten von BSE (Bad Simple English) auszeichnet? Oder sieht man mittlerweile auch jenseits des Rheins die Kenntnis und den Gebrauch von Fremdsprachen entspannt? Schließlich haben sich eine ganze Reihe der neuen Minister beeilt, auf ihre Deutschkenntnisse hinzuweisen und während die alte Regierung in Paris den Deutschunterricht in den Schulen noch als Elitenprojekt sah, will die neue Deutsch als Unterrichtsfach wieder stärken. Schon deshalb wünsche ich den Macronisten am Sonntag alles Gute für die Wahl.

Mein Chef liebt ja Sprachen. Mit seinen Leistungskursen in Englisch und Französisch erfüllt er auch die Idealvorstellung der Europäischen

ihre Sabriul

nischen Militär- und Kasernengeländes Wiley oder die Umgestaltung des Petrusplatzes als Bei-

spiele für die erfolgreiche Stadtentwicklung Neu-Ulms in den vergangenen Jahren. DK

Zum 65. Geburtstag von Josef Mend:

Geschick und Gespür

Er ist länger im Amt als Bundeskanzler Kohl es je war. Die Rede ist von Iphofens Erstem Bürgermeister Josef Mend, der seit 27 Jahren die Geschicke der weit über die Grenzen hinaus bekanntesten unterfränkischen Weinstadt lenkt. Am 24. Mai feierte der überaus beliebte und geschätzte Rathauschef seinen 65. Geburtstag.

Nach seiner Ausbildung bei der Stadt Iphofen zum Verwaltungsangestellten absolvierte Mend



Josef Mend.

später die Anstellungsprüfung für den gehobenen Verwaltungsdienst. 1990 wurde der FW-Politiker mit 38 Jahren zum Ersten Bürgermeister bestimmt. Zudem fungiert der Jubilar u. a. als Erster Vizepräsident des Bayerischen Gemeindetags und als Vorsitzender des Forstausschusses des Bayerischen Städtetags.

Josef Mend hat in Iphofen Spuren hinterlassen und Akzente gesetzt, die noch weit in die Zukunft reichen werden. In den 1970er Jahren wurde es noch eher als Be-

lastung empfunden, dass der Ort viel historische Bausubstanz aufzuweisen hat. Damals standen Wohnungen und Geschäfte leer. Landwirtschaftliche Hofstellen wurden nicht mehr gebraucht und öffentliche Gebäude waren ohne Nutzung bzw. standen kurz davor. Die Bausubstanz und die Straßen und Plätze waren größtenteils in schlechtem Zustand.

Die Vielzahl an Maßnahmen, die überwiegend unter Mendts Ägide erfolgten, hat das Erscheinungsbild der Stadt positiv verändert. Exemplarisch hierfür stehen das Altenbetreuungscenter, die Vinothek, die Karl-Knauf-Halle, die zahlreichen Bürgerhäuser auf den Dörfern und ein neues Dienstleistungszentrum. Junge Familien sind in der Altstadt geblieben oder zugewandert. Handel und Tourismus haben wieder im Zentrum investiert.

Gefragt nach seinem Lebensmotto, verweist das populäre Stadtoberhaupt, das bei der Kommunalwahl 2014 stolze 95,5 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen konnte, auf den französischen Moralisten Joseph Joubert: „Denke beratend an die Vergangenheit, genießend an die Gegenwart und handelnd an die Zukunft.“ In diesem Sinne: Ad multos annos! DK

Erdwärmesonden im Neubaugebiet

Gerolzhofen. 30 von 31 wunderschön gelegenen, naturnahen Grundstücken wurden im Baugebiet „Am Nützelbach“ mit Erdwärmesonden erschlossen. Die Stadt Gerolzhofen will mittels „Kaltwärmeverorgung“ den künftigen Energiebedarf im Neubaugebiet ermöglichen. „So wird die CO2-Belastung minimiert“, informierte Bürgermeister Thorsten Wozniak.

Die Kaltwärmeverorgung besteht aus zwei Erdwärmesonden, die Verbindungsleitungen zum Soleverteiler sowie den Soleverteilerschacht. Die weiteren Anlagen wie die Wärmepumpe werden nach derzeitigen Stand gefördert. Die Lebensdauer der Erdwärmesonde beläuft sich auf mehr als 50 Jahre.

Wozniak/Stadt Gerolzhofen



V.l.: Landrat Dr. Hermann Ulm, Landtagsabgeordneter Peter Meyer, stellv. Vorsitzender von Oberfranken Offensiv e.V., Bezirkspräsident Dr. Günther Denzler, Gabriele Teufel, Mitarbeiterin von Oberfranken Offensiv e.V., Sigmund Teufel, Bundesratsabgeordnete Dr. Silke Launert, Christine Ulm.

Bild: Oberfranken Offensiv e.V.

Muggendorf leuchtet:

Wiesentpromenade im Farbenspiel

„Die Eröffnungsfeier von ‘Muggendorf leuchtet’ war ein voller Erfolg. Das Lichtevent von Oberfranken Offensiv e.V. lockte am Eröffnungswochenende viele Besucher in die Wiesentgemeinde“, so Bürgermeister Helmut Taut.

„Meine Erwartungen wurden weit übertroffen“, freute sich der Bürgermeister der Gemeinde Wiesenttal, über die hohe Besucherzahl. Trotz Regen am Vormittag und Champions-League Endspiel ließen sich Hunderte Muggendorfer, Besucher aus Nachbargemeinden und Touristen das Lichterspektakel nicht entgehen. Bei Blasmusik, fränkischem Bier und Bratwürsten wurde Muggendorf zunächst erleuchtet. Anschließend informierte Diplom-Ingenieur Michael Müller, Projektleiter von der Hochschule Coburg, beim nächtlichen Spaziergang entlang der Wiesentpromenade über die Lichtinstallationen.

Die Orte der Fränkischen Schweiz bieten eine einmalige Kulisse für Oberfrankens Lichtevents. Nicht umsonst gehören

Muggendorf und Streitberg zu den ältesten Tourismusorten der Region, betonte Dr. Günther Denzler, stellvertretender Vorsitzender von Oberfranken Offensiv e.V., bei seiner Eröffnungsrede. „Mit dem kreativen Einsatz von moderner Beleuchtung wird ein wertvoller Beitrag zur Zukunftsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden geleistet. In ganz Bayern, ja nicht einmal in ganz Deutschland finden Sie etwas Vergleichbares“, schwärmte der Bezirkspräsident.

Ziel der Lichtinstallationen in Oberfranken ist es, die Kommunen zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu motivieren und das Gemeinde- und Städtebild aufzuwerten. Das Muggendorfer Event ist bereits das 45. seiner Art.

Vorschau auf GZ 12

In unserer Ausgabe Nr. 12, die am 29. Juni 2017 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV · IT · Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Kommunikationstechnologie · Breitband · Mobilfunk
- Wasser · Abwasser · Gewässerschutz
- Kommunale Baupolitik
- Kommunalfahrzeuge · Dienstfahrzeuge

Imageoffensive der Metropolregion Nürnberg:

Platz für viele Lebensmodelle

Nürnberg (obx). Innovationen und die Lebensgrundlagen von morgen entstehen nicht nur in den großen Städten. Das ist seit ihrer Gründung im Jahr 2005 die „DNA“ der Metropolregion Nürnberg. Eine groß angelegte Imageoffensive erzählt seit dem vergangenen Jahr die Erfolgsgeschichten aus dem Raum, in dem rund 3,5 Millionen Menschen in Franken und der Oberpfalz sowie Südtüringen leben unter der Überschrift „Platz für...“.

Zehn Motive und dazugehörige Videos sind bisher entstanden – unter anderem mit Forschern, Unternehmern, Sportlern im Mittelpunkt. Das Ziel: die Vielfalt der Möglichkeiten in der Region zu erzählen. Was alle Motive eint: Alle Porträtierten präsentieren sich mit weit ausbreiteten Armen. „Das symbolisiert nicht nur den Raum zur Entfaltung, den ihnen die Region bietet; sie stehen auch für die Offenheit für Neues und den Willkommensgeist der Metropolregion“, so Dr. Christa Ständcker, die Geschäftsführerin der Europäischen Metropolregion Nürnberg. Sie zieht eine positive Zwischenbilanz der Aktion: „Es ist uns gelungen, etwas in Bewegung zu setzen“, sagt sie und kündigt an: Mit neuen, überraschenden Motiven will der Raum in diesem Jahr eine weitere Stufe seiner Imageoffensive zünden.

Im Rahmen einer mehrjährigen, groß angelegten Imagekampagne werden viele ihre ganz persönlichen Erfolgsgeschichten erzählen. Es ist bereits heute eine Erfolgsstory, wie sie sich in einem Lehrbuch der Regionalentwicklung kaum schöner darstellen ließe: Kein anderer deutscher Wirtschaftsraum ist in den vergangenen zehn Jahren stärker gewachsen. Die Wirtschaftsleistung legte im Zeitraum von 2005 bis 2015 um rund 25 Prozent zu. Die Arbeitslosigkeit ging in der vergangenen Dekade um mehr als die Hälfte zurück (minus 57 Prozent). Rund 190.000 Stellen entstanden neu, viele davon in den Zukunftssektoren Forschung und Entwicklung. „Unsere Herausforderung ist aber: viele wissen das nicht“, sagt Dr. Ständcker. „Platz für...“ soll im Wettbewerb mit den Megacities das Image schärfen und nach innen die regionale Identität stärken. Die Mitmachkampagne stellt

talentiert und engagierte Menschen und ihre Erfolgswege vor. Als Botschafter auf Anzeigen und Plakaten stehen diese dann mit ihrem Namen für Ideen. „Die Botschaft lautet: Dank ihrer großen Lebensqualität, dank ihres einzigartigen Stadt-Land-Mixes sowie ihrer Wirtschafts- und Innovationskraft bietet die Metropolregion Nürnberg alle Möglichkeiten“, so der Ratsvorsitzende der Metropolregion, Landrat Armin Kroder (Nürnberger Land).

Die Kampagne hat nach Zahlen der Geschäftsstelle der Metropolregion längst eine beachtliche Reichweite erzielt: Mehr als 14 Millionen Menschen erreichte sie seit dem Start. Über Facebook kommen nochmals mehr als eine halbe Million Personen dazu.

Bei der Aktion setzt die Metropolregion auf Kooperation. Inzwischen sind vier Motive entstanden in Zusammenarbeit mit Partnern. So porträtierte „Platz für Alltagsheldinnen“ eine jungen Gesundheits- und Krankenpflegerin in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Nürnberger Land. „Platz für Meister“ kreierte die Metropolregion gemeinsam mit der Stadt Bamberg.

Weitere 14 Cobranding-Motive, bei denen Unternehmen, Kommunen oder andere Einrichtungen ihre Geschichte erzählen, sind laut Geschäftsstelle für das Jahr 2017 gebucht. „Die Kampagne hat Fahrt aufgenommen“, sagt der Wirtschaftsvorsitzende der Metropolregion, Professor Dr. Klaus Wübbenhorst.

Die Stadt Coburg geht demnächst mit einem besonders mutigen Motiv an den Start. „Platz für Exzentriker“ heißt die Botschaft. In der Region ist man überzeugt: „Ohne kreative Köpfe keine Innovationen – die Zukunftsfähigkeit einer Region hängt davon ab“, so Dr. Ständcker.



V.l.: Wolfgang Wittmann, Geschäftsführer der Metropolregion München; Landrat Christoph Göbel; Umweltministerin Ulrike Scharf; Dr. Eva Krumme, stv. Geschäftsführerin der Metropolregion; Landräte-Präsident Christian Bernreiter und Dr. Johann Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags. Bild: Metropolregion München

Europäische Metropolregion München beim Landkreistag:

Macht Mehr Miteinander

„Europäische Metropolregion München – Macht Mehr Miteinander“ lautet der Titel der aktuellen Ausstellung im Haus der bayerischen Landkreise, die Umweltministerin Ulrike Scharf gemeinsam mit dem Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Vereins Europäische Metropolregion München (EMM e.V.), Landrat Christoph Göbel, eröffnete.

Mit der Ausstellung zeigt die Metropolregion München bis Jahresende, wie sich die verschiedenen Akteure des Vereins als interessenübergreifendes Netzwerk für eine ausgeglichene und nachhaltige Entwicklung der gesamten Region und eine intensive Kooperation von Stadt und Land engagieren. Dafür werden verschiedene Projekte aus den Bereichen Mobilität, Wissen, Wirtschaft und Umwelt ausgestellt.

„Unser Slogan ‘Metropolregion München. Mehr Region. Mehr Möglichkeiten.’ ist eine Aufforderung, über den eigenen Tellerrand zu blicken und dabei die Vorteile von überregionalen Kooperationen zu erkennen. Gleichzeitig soll der Slogan auch einladen, als Partner oder Mitglied des EMM e.V. die Angebote unseres interessenübergreifenden Netzwerks wahrzunehmen. Die Ausstellung ist eine tolle Plattform, auf diese Punkte aufmerksam zu machen“, so Wolfgang Wittmann, Geschäftsführer des Vereins. Als Netzwerk von 25 südbayerischen Landkreisen, den sechs kreisfreien Städten Augsburg, Ingolstadt, Kaufbeuren, Landshut, München und Rosenheim, rund 40 kreisangehörigen Kommunen, wichtigen

lokalen und internationalen Wirtschaftsunternehmen, renommierten Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie Verbänden hat sich der Verein großes Renommee erworben. Fragen der Regionalentwicklung, die Bewältigung der Pendlerströme, die Initiierung von Mobilitätsprojekten und Herausforderungen im Bereich des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit löst am besten „miteinander“.

Staatsministerin Ulrike Scharf äußerte hierzu: „Mein Ziel ist eine nachhaltige Förderung der Wirtschaft und eine ausgeglichene Entwicklung der Region im Einklang mit Natur und Umwelt. Zwei Ziele, die mir auch persönlich sehr am Herzen liegen.“

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, verriet, dass „Miteinander Mehr zu Machen“ eines der Erfolgsgeheimnisse der bayerischen Landkreise wäre. „Ob im Umweltbereich oder als Wirtschaftsstandort, der sich in einer globalen Welt behaupten will, „miteinander“ wird man größer. Wir sind gespannt, welche Synergien aus dieser Ausstellung bis Ende des Jahres entstehen werden!“, so Bernreiter.

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG  **Fahnen Koch**
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Energiedienstleistung



Fahnenmaste + Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER  **Fahnen**
• Fahnen
• Maste
• Roll-Ups
• Bekleidung
• und vieles mehr
www.fahnen-koessinger.de
Telefon: 09451 / 9313-0

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der
BAYERISCHE GemeindeZeitung
www.gemeindezeitung.de

Fahnenmaste + Fahnen

HELA-MAST GmbH  **HELA-MAST**
Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten,
Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsammler
HELA-MAST GmbH · Postfach 10 11 55 · 57202 Kreuztal
Telefon: 02732/7687-0 · Telefax: 02732/7687-10
E-Mail: info@hela-mast.de · Internet: www.hela-mast.de

Fahnenmaste + Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG  **Fahnen Koch**
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Gewerbebau

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500
Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de · info@laumer.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme 
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANZE VON HASSEL

Telefon 081 71.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL

Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de